



Landtag von Baden-Württemberg

96. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 10. Juli 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 12:50 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	5833	Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE	5850, 5858
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Lars Patrick Berg.	5833	Abg. Paul Nemeth CDU.	5851
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Andreas Glück.	5833	Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD.	5852
Abstimmung über den Einspruch gegen die Ordnungsrufe gegen Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	5834	Abg. Gernot Gruber SPD	5853
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	5834	Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	5854
Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung)	5836	Minister Franz Untersteller	5855
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (persönliche Erklärung).	5837	Beschluss	5859
1. Aktuelle Debatte – Karliczek bootet Baden-Württemberg aus – die Standortentscheidung zur Batteriezellenforschung muss revidiert werden – beantragt von der Fraktion der SPD	5837	3. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Daheim im Innovationsland: wie baden-württembergische Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Innovation und Zukunftsfähigkeit beitragen – Drucksache 16/2161	5859
Abg. Andreas Stoch SPD	5837	Abg. Nese Erikli GRÜNE	5859, 5866
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	5839	Abg. Andreas Deuschle CDU	5860
Abg. Winfried Mack CDU	5842, 5849	Abg. Rüdiger Klos AfD	5861
Abg. Carola Wolle AfD	5843	Abg. Ramazan Selcuk SPD	5862
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5844, 5849	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	5863
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	5846	Ministerin Theresia Bauer	5864
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5849	Beschluss	5867
2. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Daheim im Innovationsland: Innovation im Bereich Umweltschutz, Umwelttechnik, Ressourceneffizienz und Bioökonomie in Baden-Württemberg – Drucksache 16/2160.	5850	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Neuerlass des Gesetzes über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 16/6450	5867
		Minister Guido Wolf	5867
		Abg. Reinhold Pix GRÜNE.	5868
		Abg. Dr. Patrick Rapp CDU.	5869
		Abg. Anton Baron AfD	5870
		Abg. Sabine Wölfler SPD	5870
		Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	5871
		Abg. Andreas Glück FDP/DVP	5871
		Beschluss	5872
		Nächste Sitzung	5872

Protokoll

über die 96. Sitzung vom 10. Juli 2019

Beginn: 9:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 96. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Balzer, Herr Abg. Nelius, Frau Abg. Neumann-Martin sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen wird sich Herr Minister Wolf verspäten.

Entschuldigt ist außerdem Frau Staatsrätin Erler.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Vielen Dank.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juni 2019, Az.: 1 BvR 2879/17 – Verfassungsbeschwerde gegen die Erhebung von Abwassergebühren

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus vom 28. Juni 2019 – 1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus – Drucksache 16/6487

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, verabschieden wir heute zwei Abgeordnete aus dem Landtag. Die Kollegen Lars Patrick Berg von der AfD-Fraktion und Andreas Glück von der FDP/DVP-Fraktion sind ins Europaparlament gewählt worden. Dazu gratuliere ich Ihnen beiden im Namen des Hauses sehr herzlich.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle erleben es in unserer täglichen Arbeit: Die EU regelt vieles im Grundsatz. Davon profitieren wir, die deutsche wie die europäische Gesellschaft, weil Bürgerinnen und Bürger sich freier bewegen können, wenn in vielen Lebensbereichen europaweit die gleichen Regeln gelten, und auch weil für unsere exportorientierte

Wirtschaft faire, harmonisierte Wettbewerbsbedingungen überlebenswichtig sind.

Gleichzeitig sind Brüssel und Straßburg Orte, an denen die Vielfalt Europas sichtbar wird. Vielfältige Interessen und politische Kulturen treffen bei der Suche nach gemeinsamen Lösungsansätzen aufeinander.

Sie, lieber Herr Abg. Berg, scheinen persönlich Gefallen an dieser faszinierenden Vielfalt gefunden zu haben. Bevor Sie 2016 in den Landtag einzogen, arbeiteten Sie bereits hauptamtlich im Europäischen Parlament. Auf Ihrer Internetseite schreiben Sie, dass Ihr Herz für Europa und seine vielfältigen Kulturen und Traditionen schlägt. Ich gehe davon aus, dass Sie Ihre Arbeit in der Herzammer der europäischen Demokratie mit ebenso großem Elan angehen wie Ihre Tätigkeit als Mitglied dieses Hauses.

Schon in Ihrem ersten Jahr als Abgeordneter gehörten Sie zu den Abgeordneten mit den meisten Kleinen Anfragen. Vor allem die Themen „Innere Sicherheit“ und Polizei waren Ihnen dabei wichtig. Ihren Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen vertraten Sie mit großem Einsatz.

Zugleich haben Sie sich im Ausschuss für Europa und Internationales engagiert. Bei dieser Tätigkeit vermissten Sie allerdings die Gestaltungsmöglichkeiten. Sie kritisierten die aus Ihrer Sicht mangelnden Mitspracherechte des Landtags in EU-Angelegenheiten. Sie wollten die Themen intensiver diskutieren. Diese Möglichkeit haben Ihnen die Wählerinnen und Wähler nun gegeben. Um die Interessen der Wählerinnen und Wähler bestmöglich zu vertreten, braucht es ein starkes Parlament, das sich und seine Rechte nicht infrage stellt.

Ich wünsche Ihnen, lieber Herr Berg, viel Kraft für diese Aufgabe. Ich danke Ihnen für Ihre Tätigkeit als Abgeordneter im Landtag sehr und wünsche Ihnen einen guten Start im Europaparlament. Alles Gute!

(Beifall bei der AfD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Lieber Herr Glück, Sie waren seit 2011 Mitglied des Landtags und als wahrer Allrounder unterwegs: Umwelt, Klima, Integration, Finanzen, Wirtschaft, Verbraucherschutz, ländlicher Raum sowie die Aufarbeitung des sogenannten EnBW-Deals. Sie haben alle diese Themen intensiv beackert. Einen Schwerpunkt haben Sie aber zweifellos auf die Themen Energieeffizienz und Umweltschutz gelegt. Als energiepolitischer Sprecher Ihrer Fraktion haben Sie Ihr Augenmerk vor allem auf neue Technologien und Innovationen gelegt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Grundsätzlich war es Ihnen als Politiker besonders wichtig, in Ihrer Heimat verwurzelt zu sein. Als langjähriges Mitglied im Gemeinderat von Münsingen, als stellvertretender Bürgermeister Ihrer Heimatstadt, als Verantwortungsträger und Mitglied in zahlreichen Organisationen – vom Verein Schwäbische Alb-Bahn bis zum DRK Reutlingen – kennen Sie die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort bestens. Berühmt sind in diesem Zusammenhang auch Ihre Wanderungen mit Bürgerinnen und Bürgern, die sogenannten „Glückstouren“.

Lieber Kollege Glück, diese enge Anbindung an die Heimat ist sicherlich auch von Vorteil, wenn in der EU um die Frage gerungen wird, welche Themen eine europaweite Regelung brauchen und bei welchen Fragen die beste Lösung vor Ort liegt.

Ich bin sicher, dass Sie Ihre im Landtag gesammelten langjährigen Erfahrungen auch in Brüssel und Straßburg gut einsetzen werden. Zu diesen Erfahrungen gehört auch, dass Sie mehrmals als Arzt zur Stelle waren, wenn Besucherinnen und Besucher medizinische Hilfe brauchten. Lieber Herr Glück, Sie waren in jeder Hinsicht eine Bereicherung für den Landtag. Aber für diese Einsätze danke ich Ihnen ganz besonders.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lieber Herr Glück, Sie werden vielen von uns auch als leidenschaftlicher Musiker in Erinnerung bleiben, der bei diversen Veranstaltungen auch in dieser Hinsicht sein großes Können zeigte.

Ich danke Ihnen für Ihre Tätigkeit als Abgeordneter im Landtag sehr und wünsche Ihnen einen guten Start im Europaparlament.

Ich hoffe, dass dem Familienmensch Andreas Glück trotz der vielen neuen Verpflichtungen genügend Zeit für das Familienleben auf der Schwäbischen Alb und vielleicht auch für neue „Glückstouren“ bleibt. Alles Gute!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir haben heute noch über den Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Zur Geschäftsordnung?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja!)

– Bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Nach § 84 der Geschäftsordnung werde ich eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machen.

„Im Anfang war das Wort“, zitiert unser noch stellvertretender Ministerpräsident regelmäßig im Landtag das Johannesevangelium. Er neigt zwar leider dazu, das Wort falsch zu interpretieren, dennoch hat er dessen Wichtigkeit erkannt.

Ganz anders als mit dem göttlichen Wort, das Leben und Licht bringt, verhält es sich mit dem Menschenwort. Hier sagt Ja-

kobus zu den Gläubigen, aus einem Munde kommen Loben und Fluchen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Moment, Moment! Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das ist richtig.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Evangelium!)

Präsidentin Muhterem Aras: Ja, aber Sie sprechen erstens nicht zur Geschäftsordnung, zweitens geht es jetzt um die Abhandlung Ihres Einspruchs. Und über den Einspruch wird jetzt ohne Aussprache abgestimmt.

Ich dachte, Sie wollten zum Abstimmungsverhalten sprechen. Aber das, was Sie jetzt machen, geht nicht.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Nein, ich spreche zur Geschäftsordnung. Ich bin in meiner Sprache etwas ungelenkt.

(Zurufe, u. a. Abg. Sascha Binder SPD: Das Johannesevangelium steht gar nicht auf der Tagesordnung! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Nein, nein. Herr Abg. Dr. Fiechtner – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich verweise auf § 84 der Geschäftsordnung, wonach mir zur Begründung des Geschäftsordnungsantrags fünf Minuten Redezeit zustehen.

(Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Abg. Dr. Fiechtner! Nein!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich werde den Antrag stellen.

Präsidentin Muhterem Aras: Nein, Sie werden jetzt keinen Antrag stellen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Natürlich werde ich! Sie werden doch nicht – –

Präsidentin Muhterem Aras: Haben Sie einen Antrag? Es geht um die Abstimmung über Ihren Einspruch. Diese erfolgt ohne Aussprache, und da gibt es nichts zu regeln.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das ist auch keine Aussprache. Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Den möchte ich stellen, aber ich möchte jetzt auch eine ...

Präsidentin Muhterem Aras: Dann stellen Sie den Antrag jetzt.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... Begründung abgeben. Lesen Sie bitte § 84 nach: bis zu fünf Minuten Redezeit. Und die werde ich jetzt auch ausschöpfen.

Präsidentin Muhterem Aras: Stellen Sie bitte den Antrag.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich werde jetzt ganz formgerecht im Rahmen der Geschäftsordnung meinen Geschäftsordnungsantrag stellen.

Wir haben uns hoffentlich darauf verständigt, dass hier allenfalls eine strafbewehrte Äußerung ein präsidialrichterliches Eingreifen rechtfertigen kann. Denn wir in unserer Unvollkommenheit wissen oder sollten wissen, dass jede Beschneidung der freien Rede nach willkürlichen Kriterien ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ...

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... in gefährlicher Weise ...

Präsidentin Muhterem Aras: ... Moment!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... alle Freiheiten infrage stellt.

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, warten Sie bitte!

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Sie reden jetzt zu dem Ordnungsruf. Das ist kein Geschäftsordnungsantrag. Stellen Sie Ihren Antrag. Was ist Ihr Begehren? Stellen Sie den Antrag, und begründen Sie nicht, warum Sie gegen einen Ordnungsruf vorgehen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, bitte lesen Sie – –

Präsidentin Muhterem Aras: Ich bin „Frau Präsidentin“. So viel muss man können.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, das ist vielleicht in Ihrer genderorientierten Sprache der Fall.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich rede Sie auch nicht mit „Frau Fiechtner“ an.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Nein, ich bin ein Herr. Eine solche Anrede wäre auch falsch.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: „Fiechtnerin“!)

Ich bin vom Geschlecht her, biologisch, ein Mann.

(Zurufe, u. a.: „Fiechtnerin“!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, stellen Sie – – Ich bitte Sie, zu beachten: Wir sind – sorry für diesen Ausdruck – nicht im Kindergarten. Wir sind im Parlament.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Genau.

Präsidentin Muhterem Aras: Ich habe das Wort. – Wir sind im Parlament, und wir haben eine Geschäftsordnung.

Sie haben in der letzten Sitzung zwei Ordnungsrufe bekommen. Dagegen haben Sie Einspruch eingelegt. Das ist Ihr gutes Recht. Über diesen Einspruch wird heute abgestimmt. Auch das steht in der Geschäftsordnung. Wenn Sie dazu einen Antrag stellen, dann stellen Sie den Antrag, aber machen Sie keine Ausführungen zu den Ordnungsrufen, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, (Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist jetzt langsam unverschämt!)

§ 84 sieht vor, dass für einen Antrag oder eine Bemerkung zur Geschäftsordnung bis zu fünf Minuten Begründungszeit zur Verfügung stehen. Und die nehme ich mir auch heraus.

Präsidentin Muhterem Aras: Stellen Sie bitte Ihren Antrag.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie stehen, auch wenn Sie Präsident dieses Landtags sind, doch nicht über der Geschäftsordnung – außer der Landtag beschließt jetzt, für die heutige Sitzung § 84 auszusetzen. Das kann man natürlich gern machen.

Präsidentin Muhterem Aras: Stellen Sie bitte Ihren Antrag.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich werde ihn stellen, und zwar so, wie ich es für richtig halte. Fünf Minuten stehen mir zu.

(Unruhe)

Die Ordnungsrufe ergingen zum einen wegen der Meinung, dass ein bestimmtes Wort hier in diesem Landtag nicht gebraucht werden dürfe. Wir sind hier im Landtag, und hier gilt Artikel 5 des Grundgesetzes wie überall für alle Bürger auch, und hier sogar ganz besonders. Wenn wir anfangen, einzelne Wörter zu reglementieren, quasi eine Sprachpolizei einzuführen, eine Reichsschriftungskammer,

(Zuruf: He!)

dann haben wir hier die ersten Schritte zu einer Zensur, und das kann nicht sein. Es kann vor allen Dingen deswegen nicht sein, weil jeder Ordnungsruf letztlich dazu führen kann, wenn ein zweiter und ein dritter dazukommen, dass ein Parlamentarier aus diesem Parlament ausgeschlossen wird und damit das Stimmenverhältnis maßgeblich verändert wird.

(Vereinzelt Lachen)

Es ist also ein ganz schwerwiegender Eingriff in die Freiheit eines Parlamentariers mit unter Umständen ganz weitreichenden Folgen.

Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie auf, da Sie ja meinen Widerspruch als Parlamentarier erst heute auf den Tisch bekommen haben und demzufolge noch gar nicht Kenntnis erlangen konnten, was überhaupt Inhalt meines Widerspruchs ist,

(Zurufe: Doch! – Abg. Sascha Binder SPD: Kein Problem!)

dass Sie sich diesen erst einmal zu Gemüte führen.

Der zweite Ordnungsruf war unverhältnismäßig, weil ich meine Redezeit allenfalls geringfügig überschritten hatte.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, stellen Sie bitte Ihren Antrag, sonst muss ich Ihnen das Wort entziehen. Sie können jetzt nicht zum Ordnungsruf grundsätzlich reden. Stellen Sie Ihren Antrag. Was ist Ihr Antrag?

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich muss doch meinen Geschäftsordnungsantrag begründen, Frau Präsident.

(Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Beate Böhlen GRÜNE:
Aber ganz schnell! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜ-
NE: Um was geht es?)

– Dann warten Sie doch.

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Bevor Sie den Antrag begründen, stellen Sie erst einmal den Antrag. Was ist denn der Antrag?

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, Sie können mir doch die Reihenfolge nicht vorschreiben. Ich bitte Sie!

(Zurufe: Doch!)

Präsidentin Muhterem Aras: Sie stellen den Antrag.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Dann sagen Sie mir, wo in der Geschäftsordnung diese Reihenfolge steht. Ich bezweifle, dass das der Fall ist.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, stellen Sie bitte den Antrag, damit wir weitermachen können.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Diese gefährliche Geschäftsordnung muss dringend überarbeitet werden, weil sie an den Grundfesten des freien Mandats rüttelt und an den Grundsätzen der freien Meinungsäußerung.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ein letztes Mal – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich stelle deswegen den Geschäftsordnungsantrag, den jetzigen Sachverhalt auf die nächste Debatte zu verschieben, damit die Parlamentarier genügend Zeit haben, sich erstens mit meinem Widerspruch überhaupt zu befassen – denn es ist undemokratisch, unsinnig und unseriös, hier ein größeres Papierkonvolut vorzulegen und dann zu erwarten, dass man fachkundig darüber entscheiden kann –

(Abg. Sascha Binder SPD: Ich habe alles verstanden!
– Zuruf: Alles verstanden!)

und sich zweitens vor dem Hintergrund der Verfassungsgemäßheit der freien Rede und des großen Gewichts sehr wohl zu überlegen, wie sie sich hier zu diesem Sachverhalt dann bei einer Abstimmung verhalten.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Der Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner lautet also, dass über den Ordnungsruf, den er bekommen hat, nicht heute, sondern erst in einer der nächsten Plenarsitzungen abgestimmt wird.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Zuruf von der SPD: Das ist doch klar, dass die AfD da zustimmt!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einspruch gegen die Ordnungsrufe. Nach § 93 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung entscheidet der Landtag ohne Beratung. Deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin!)

– Ein Geschäftsordnungsantrag. Herr Abg. Baron, bitte.

Abg. Anton Baron AfD: Da es zwei Ordnungsrufe waren, möchten wir gern eine getrennte Abstimmung.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das waren völlig unterschiedliche Sachverhalte! – Zurufe: Namentlich! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Namentlich geht ja gar nicht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Okay. – Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist zulässig. Es gab zwei Ordnungsrufe wegen zwei parlamentsunwürdigen Vorgängen. Die Beleidigung wiederhole ich nicht. Es war einmal eine Beleidigung,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich habe niemanden beleidigt! Ich widerspreche!)

und der zweite Ordnungsruf erging wegen anhaltenden Ignorierens der Sitzungsleitung.

Wir stimmen zuerst ab über den Ordnungsruf wegen der Beleidigung. Wer den Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner für begründet hält und dafür ist, den Ordnungsruf aufzuheben, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das betrifft jetzt den Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gegen den Ordnungsruf wegen der Beleidigung.

(Abg. Anton Baron AfD: Das war keine Beleidigung, Frau Präsidentin! – Unruhe)

– Wir haben jetzt darüber nicht zu diskutieren. Herr Abg. Baron, Sie sind parlamentarischer Geschäftsführer. Die Debatte hatten wir jetzt. – Danke.

Wer stimmt – die Zustimmung haben wir – gegen den Einspruch des Abg. Dr. Fiechtner? – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner auf Aufhebung des Ordnungsrufs mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Ordnungsruf. Ihn hat Herr Abg. Dr. Fiechtner erhalten wegen anhaltenden Ignorierens der Sitzungsleitung. Wer dem Ansinnen – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: 20 Sekunden! – Gegenruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Jetzt Ruhe da hinten!)

Wer dem Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Zuruf: Doch so viele?)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Einspruch mehrheitlich abgelehnt. Vielen Dank.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Er will eine persönliche Erklärung abgeben!)

Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie wollen eine persönliche Erklärung abgeben? – Ja, bitte.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Oh nein!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Was hier heute Morgen abgeht, ist wirklich skandalös,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

wenn hier vom Präsidium behauptet wird – eine Falschbehauptung –, ich würde hier beleidigen. Ich stelle fest: Wenn Sie die Rede noch einmal genau lesen, sehen Sie: Ich habe gesagt: „Ich rieche es ...“ Das ist noch keine direkte Zuschreibung, dass sie es getan hätten.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das Protokoll ist völlig eindeutig! – Zuruf: Haben Sie das Protokoll verändert?)

Und ich habe der Aufforderung der Präsidentin, Frau Kurtz, Folge geleistet und habe, als sie gesagt hatte, ich solle es zurücknehmen, gesagt: „Man könnte denken ...“ Man könnte denken.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Was Sie hier gemacht haben, ist eine eindeutige Zuschreibung von Mordtaten zu bestimmten Personen, zu bestimmten Personengruppen – unverhohlen und direkt. Und das ist eine Beleidigung. Und auf diese Beleidigung hin müssen Sie gefasst sein, dass Sie natürlich mit den gleichen Leisten gemessen werden wie Sie selbst,

(Zuruf: Also doch eine Beleidigung!)

dass man eben auch sagt, dass Sie oder andere z. B. durch Ihr Agieren möglicherweise Gewalttaten hervorrufen.

Aber das führt doch zu nichts. Wir müssen uns endlich daran gewöhnen, dass die Rede frei sein muss, und wir dürfen nicht jedes Mal irgendwelche Strafhandlungen damit verbinden.

Die wohlfeile Behauptung, hier würde die Sprache verrohen, stimmt doch auch nicht. Schauen Sie sich die Plenarsitzungen der vergangenen Jahrzehnte an. Dort wurde sehr hart gefochten.

Hier dient das nur dazu, bestimmte Positionierungen zu verunmöglichen, zu skandalisieren und aus dem politischen Diskurs auszuklinken.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das ist der einzige Grund, warum so gehandelt wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie darauf hinweisen – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Aus diesem Grund verwahre ich mich hier gegen Beleidigungen oder Behauptungen, ich würde irgendwelche Parlamentarier persönlich verunglimpfen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist doch keine persönliche Erklärung! Was ist daran eine persönliche Erklärung? – Abg. Nese Erikli GRÜNE: Das ist doch keine persönliche Erklärung! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Hanebüchene Rechtfertigungen und keine Erklärungen! – Unruhe – Abg. Daniel Rottmann AfD meldet sich.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Rottmann, wollen Sie auch eine persönliche Erklärung abgeben?

(Abg. Daniel Rottmann AfD begibt sich zum Redepult. – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er ist doch gar nicht betroffen! Das wird ja immer besser!)

– Moment, Moment! – Persönliche Erklärungen können nur die Personen abgeben, die betroffen waren, die etwas zurückweisen wollen. Da Sie nicht betroffen waren, können Sie auch keine persönliche Erklärung abgeben.

(Abg. Daniel Rottmann AfD begibt sich zu seinem Abgeordnetenplatz. – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Macht doch mal einen Workshop zur Geschäftsordnung bei der AfD! – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Karliczek bootet Baden-Württemberg aus – die Standortentscheidung zur Batteriezellenforschung muss revidiert werden – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf wie immer auch die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Dass ausgerechnet unser Land, unser Automobilland Baden-Württemberg, vom Bund keine Forschungsfabrik für Batteriezellen erhalten hat, ist eine herbe Enttäuschung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht nur eine Enttäuschung; es ist eine der größten wissenschafts- und industriepolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer sitzt denn in der Bundesregierung?)

(Andreas Stoch)

Gerade für ein Land wie Baden-Württemberg, aber auch für Deutschland insgesamt stellt die Transformation im Bereich der Automobilindustrie und dort insbesondere die der Antriebstechnik eine der größten Herausforderungen dar. Wir wissen alle, dass Batterien bei einem vollelektrischen Fahrzeug 40 % der Wertschöpfung ausmachen und davon wiederum bis zu 90 % in den Batteriezellen liegen. Wer Elektromobilität voranbringen will, der muss auch Batterietechnik und Batterien voranbringen. Dass wir diese Forschungsfabrik nicht nach Baden-Württemberg bekommen sollen, ist darum bitter. Es nützt überhaupt nichts, wenn jetzt aus den Reihen der CDU irgendwelche Trostplättchen präsentiert werden.

Fast alles, was wir seit der Absage der Förderung des Standorts Ulm hierzu gehört haben, sind längst bekannte Maßnahmen, denen man jetzt neue Etiketten verpasst hat. Frau Ministerin, Herr Fraktionsvorsitzender Reinhart, bieten Sie hier nicht irgendwelche Gelder aus Berlin auf, die letztlich nichts Neues sind. Wir brauchen die Förderung der Batteriezellenforschung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Als sich Baden-Württemberg mit dem Standort Ulm beworben hat, haben wir einen der europaweit wichtigsten Hotspots der Batterieforschung ins Rennen geschickt. Allein das Zentrum für elektrochemische Energiespeicherung in Ulm und Karlsruhe hat international bereits einen hervorragenden Ruf und einen gewaltigen Output. Wir haben das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung in Ulm und das Karlsruher KIT, das Fraunhofer-Institut, seitens der Wirtschaft gibt es eine ganze Reihe von Partnern, allen voran VARTA in Ellwangen.

Seitens des Landes waren über 180 Millionen € zusätzlich zu den über 100 Millionen €, die das Land im vergangenen Jahrzehnt bereits in Eigenregie für diverse Batterieprojekte ausgegeben hatte, vorgesehen. Das Projekt für die Massenfertigung großer Lithiumzellen sei nur als ein Beispiel genannt.

Wir verfügen über all das, was ein Cluster ausmacht: Autohersteller und Automotivefirmen, Batteriehersteller, Forschung. Bei uns gibt es die Einrichtungen, wir haben die Labore. Wir haben vieles, was es in Münster schlicht nicht gibt und was man dort erst unter erheblichem Geld- und Zeitaufwand bauen muss. In Ulm können wir sofort loslegen. Wir dürfen keine Zeit durch falsche Standortentscheidungen verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Ulm ist als klarer Favorit in diese Ausschreibung gegangen. Das hat nicht nur die Landesregierung so gesehen. Nach allem, was wir inzwischen wissen, hat die Gründungskommission Ulm klar auf den ersten Platz gesetzt. Aufgrund der Vorleistungen, der Synergien und der Nähe zur Wirtschaft hatte Ulm praktisch uneinholbare Vorzüge zu bieten.

Entscheidend sollten die fachliche Expertise – so die Ausschreibung –, die industrielle Anbindung, die finanziellen Zusagen des Landes und das mögliche Tempo beim Aufbau sein. Auch hierbei hat Ulm wohl mehr Punkte gesammelt als alle anderen Bewerber.

Darum noch einmal: Es ist enttäuschend, es ist bitter, es ist nicht nachvollziehbar, dass die Forschungsfabrik nun in Münster und Ibbenbüren angesiedelt werden soll, in einer Gegend, die zwar in Teilen den Wahlkreis der Bundesbildungsministerin bildet, angeblich aber nicht einmal unter den ersten drei Empfehlungen der Gründungskommission landete. Man darf daher die schlichte Frage stellen: Warum Münster?

(Beifall bei der SPD)

Es geht zunächst einmal um Fördermittel von einer halben Milliarde Euro. Aber auf diese wichtige Frage bekommen wir keine Antwort. Die Experten sprechen sich klar für Ulm aus, zwei Tage später votieren die Ministerien für Wirtschaft und Forschung, beide CDU-geführt, für Münster. Ministerin Karliczek hätte viel zu erklären, erklärt aber nichts. Irgendwie habe sie das Konzept zum Batterierecycling in Münster mehr überzeugt, hat sie am Anfang einmal gesagt. Darüber, wo Münster diesbezüglich ein besseres Konzept haben soll als Ulm, rätseln selbst die Fachleute. Dass Ulm gerade bei den umweltfreundlicheren Zellen mit kobaltfreien Elektroden absolut führend ist, fiel dabei offenbar auch unter den Tisch der Ministerin.

Frau Karliczek hat dann auch schnell die Strategie gewechselt und erklärt seither, sie habe sich aus der gesamten Entscheidung sowieso weitgehend herausgehalten. Diese Aussage ist interessant. Die Gründungskommission sieht Ulm auf Platz 1, Frau Karliczek hält sich heraus, entscheidet dann aber doch gegen das Votum der Gründungskommission. Es sei nur um den höchsten Grad an Exzellenz gegangen; den habe Münster gehabt. Mit Verlaub: Wer definiert denn hier Exzellenz? Ist dies die Privatmeinung von Frau Karliczek, oder geht es um die wirtschaftspolitischen Interessen von ganz Deutschland, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen?

(Beifall bei der SPD)

Als man die Ministerin dann nochmals gefragt hat, warum denn aber die Gründungskommission aus Experten die höchste Exzellenz so klar in Ulm sah, hat sich die Ministerin noch einmal eine neue Version ausgedacht. In Wahrheit habe sowieso das Wirtschaftsministerium mit Herrn Altmaier entschieden; sie habe das Ergebnis ja dann lediglich verkündet, könne aber eigentlich nichts dafür.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, riecht nach einem Skandal. Nein, es stinkt zum Himmel!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf: Genau!)

Seit über einer Woche schüttelt man in diesem Land den Kopf über die Standortentscheidung für die neue Forschungsfabrik. Und seit über einer Woche macht das Wort vom Skandal die Runde und wird immer lauter. Seit einer Woche haben wir nichts, aber auch gar nichts von der Bundesbildungsministerin gehört, was an diesem verheerenden Eindruck etwas ändern könnte.

(Zuruf von den Grünen: Ihr seid in der Regierung! In der Bundesregierung! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Moment! Meine Damen und Herren! Herr Abg. Stoch, warten Sie bitte. – Es ist einfach zu laut. Ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe, damit Herr Stoch seine Rede fortsetzen kann. – Vielen Dank.

Abg. Andreas Stoch SPD: Wir wissen ziemlich genau, was die Experten sagten, nämlich: Ulm. Wir wissen auch ziemlich genau, was sie nicht sagten, nämlich: Münster. Nach allem, was wir wissen, lag Münster nicht einmal unter den ersten drei von der Gründungskommission favorisierten Bewerbungen.

Wir wissen aber nicht im Geringsten, was zur Entscheidung für Münster beigetragen hat. Die Maßstäbe, die man offiziell angesetzt hat, können es jedenfalls nicht gewesen sein. Denn nach diesen Maßstäben lag Ulm eindeutig vorn und weit vor Münster.

Alles, was bisher aus den beiden CDU-geführten Ministerien in Berlin kommt, ist Stottern und Achselzucken. Auch das möchte ich den Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen schon mal deutlich sagen: Von dieser Entscheidung haben selbst Regierungsmitglieder der SPD und die SPD-Bundestagsfraktion lediglich aus den Medien erfahren, nicht anders als die Antragsteller in Stuttgart oder die Akteure in Ulm.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das lassen die sich gefallen? – Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, man darf erwarten, dass man unsere Entrüstung als baden-württembergische Standortpolitik missverstehen wird. Aber das wäre grundfalsch. Es wäre in einem Maß kleinkariert, dass sich dies auch verbietet. Denn wenn es um die Mobilität der Zukunft geht, dann konkurrieren nicht Baden-Württemberg und Bayern, nicht Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, sondern dann konkurriert Deutschland, dann konkurriert Europa mit Asien oder Amerika. Bei diesem Wettbewerb muss man für ganz Deutschland den Stärksten ins Rennen schicken – nicht den, der auch einmal etwas Schönes verdient hätte.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Andrea Bogner-Unden und Jürgen Filius GRÜNE)

Diese Fördermittel, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind kein Solidarausschlag. Sie sind auch keine Strukturförderung. Es geht hier um die Zukunft und die Transformation eines der wichtigsten Industriezweige in unserem Land.

Wenn die Experten in dieser Gründungskommission uns bescheinigen, dass Ulm an der Spitze liegt, dann müssen wir uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wehr setzen. Vielleicht kann man der Landesregierung vorhalten, dass sie sich zu früh gefreut hat. Die Zeichen waren so klar, so deutlich, die Faktenlage war scheinbar so unumstößlich, dass wir wohl alle gedacht haben, der Zuschlag sei in trockenen Tüchern, und vielleicht war auch zu viel Selbstzufriedenheit im Spiel.

Ich muss der Landesregierung aber insbesondere vorhalten, dass man sich seit Jahren der angeblich exzellenten Beziehungen nach Berlin rühmt und auf den großen Einfluss der Südwest-CDU in der Bundesregierung hinweist.

(Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Wenn es so ist, dann machen Sie jetzt etwas daraus. Ministerin Karliczek muss die Motive dieser Entscheidung öffentlich machen. Wir wollen die Einschätzung der Gründungskommission sehen, und wir wollen wissen, welche uns unbekannt Gründe dafür sprachen, sich gegen die Empfehlung der

Expertise der Kommission zu entscheiden. Wenn die beteiligten Ministerien das nicht tun wollen und weiter um den heißen Brei herumstottern wie bisher, dann muss man sie zwingen, dann muss ein Machtwort der Bundeskanzlerin oder ein Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag die wirklichen Umstände aufklären, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Vorwärts!)

Sollte sich dann zeigen, dass die Entscheidung gegen den Rat der Experten, gegen all die Spitzenreiter der Gründungskommission, gegen alle Fakten und Maßstäbe getroffen wurde, dann bleibt nur eine Antwort: Dann muss diese überforderte Ministerin, Frau Karliczek, zurücktreten. Denn es darf nicht sein, dass eine Ministerin bei einer Entscheidung pro domo, für ihren eigenen Bundestagswahlkreis, entscheidet.

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Das ist doch absurd! – Unruhe)

Eine Bundesministerin muss die Interessen Deutschlands wahren und muss die beste industrie- und standortpolitische Entscheidung treffen, und die heißt Ulm.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal: Entweder die Bundesbildungsministerin legt wundersame Gründe auf den Tisch, warum sie sich bei einem eine halbe Milliarde Euro schweren Zukunftsprojekt erst angeblich kaum selbst beteiligte und dann offensichtlich entgegen allen Voraussetzungen entschieden hat, oder sie räumt ein, dass sie aus politischem Kalkül gegen den besten Standort in Deutschland und damit gegen den gesamten Automobilstandort Deutschland entschieden hat. Dann ist diese Ministerin fehl am Platz. Frau Karliczek, dann müssen Sie zurücktreten!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Batterie ist ein strategisches Technologiethema für unseren Wirtschaftsstandort. Der Umbruch in der Automobilbranche, Kommunikation, die Medizintechnik, mobile Anwendungen aller Art, gerade auch in der Produktionstechnik – dass wir in Baden-Württemberg als wichtigem Produktionsstandort die neuen Techniken vorantreiben, dafür stehen die Batterie und die Energiespeichertechnologien. Es ist eine Schlüsseltechnologie.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir haben in Baden-Württemberg exzellente Voraussetzungen, um die Batterieproduktion industriell auszurollen. Wir haben exzellente Expertise beim Thema „Batterie der zweiten Generation“, die grüne Batterie jenseits des Lithiums.

Für meine Fraktion sind zwei Dinge klar. Erstens: Die Entscheidung der Bundesforschungsministerin, die Forschungs-

(Andrea Lindlohr)

fertigung Batteriezelle nach Münster zu geben, ist fachlich nicht nachzuvollziehen und deshalb falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Reinhold Gall SPD: Doch!)

Zweitens: Wir werden das Thema Batterieforschung im Land weiter voranbringen und die Exzellenz in unserem Land dafür nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Den Standort Ulm mit der ganzen Region und dem KIT in Karlsruhe zusammen zeichnet ein Mix aus Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Forschung und konkreter Anwendung in der Industrie aus. Das ist deutschlandweit einmalig. Diese Struktur ist leistungsfähig, und sie kann schnell Ergebnisse bringen.

Wir werden auf Landesebene handeln. Wir müssen definieren, wie wir die Batterie der Zukunft bei uns voranbringen. Dazu führen wir jetzt Gespräche. Dazu werden wir uns selbst einbringen, sicherlich auch mit Landesmitteln. Wir brauchen die Forschung, wir brauchen die Industrie. Ich denke, auch die Unternehmen hier im Land können zu dem Thema noch einen weiteren Beitrag leisten. Aber dafür erwarten wir vor allem das Engagement und die Mittel der Bundesforschungsministerin Karliczek. Sie muss hier an uns liefern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

„Revidieren“ war der Terminus, den die SPD für ihre Aktuelle Debatte gewählt hat. Damit wissen wir nun: Die SPD erkennt – Herr Kollege Stoch hat es hier auch gesagt – die Exzellenz des Batterieforschungsstandorts Baden-Württemberg, die Exzellenz am Standort Ulm und die Exzellenz des Antrags an, den diese Landesregierung hier eingereicht hat. Herzlichen Dank für Ihre späte Unterstützung und dafür, dass Sie das nun anerkennen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Welche Unterstützung? –
Abg. Gabi Rolland SPD: Da warten manche drauf! –
Zuruf von der SPD: Das ist ja lächerlich! – Zurufe
von der AfD)

Sie haben hier eine Rede gehalten rund um Frau Bundesministerin Karliczek. Wir haben aber auch Ihre erste Äußerung, Ihre Pressemitteilung vom 28. Juni 2019 gelesen: von Frau Karliczek kein Wort. Ich glaube, Sie waren die einzige politische Kraft, die es geschafft hat, zu dem Thema zu kommentieren, ohne die Bundesforschungsministerin zu erwähnen. Stattdessen: Kretschmann und Hoffmeister-Kraut hätten alles falsch gemacht; z. B.:

Großspurig verkünden Kretschmann und Hoffmeister-Kraut seit Monaten, Baden-Württemberg zu einem Hotspot der Batteriezellenforschung auszubauen.

Damit haben Sie sogar die vorhandene Exzellenz noch infrage gestellt. Sie sind völlig unglaubwürdig in dem, wie Sie von vorletzter Woche zu heute agieren, lieber Kollege Stoch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Stoch SPD: Was reden Sie da eigentlich? – Abg. Gabi Rolland SPD: Das ist doch nicht wahr! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sind Sie schon im Sommerurlaub?)

Also, Ihre Positionierung von heute teilen wir.

Sie haben sich uns also angeschlossen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

In der ersten Runde hatte Sie, wie wir alle jetzt noch einmal Ihrer Pressemitteilung entnehmen können, Ihre Urteilsfähigkeit völlig verlassen. Das sagt ja auch etwas aus.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Wie bitte?)

In der Bundestagsfraktion der SPD scheint insgesamt Ihre neue Linie als SPD-Fraktion im Land noch nicht angekommen zu sein. Ich zitiere – nicht gern – den Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup

(Abg. Sascha Binder SPD: Wer ist das?)

aus Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der SPD: Ah ja!)

– Ja, ja. Jetzt hören Sie einmal zu. – Überschrift:

*Batterieforschungsfabrik kommt nach Münster
Kritik aus Süddeutschland unbegründet*

Klar, der spricht für seinen Standort; ist in Ordnung.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Andreas Stoch –
Unruhe)

Nur können wir dann weiter lesen – ich zitiere immer noch Herrn Daldrup, SPD-Bundestagsfraktion –:

Wenn überdies Ibbenbüren als ehemaliger Steinkohlestandort –

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment. Frau Abg. Lindlohr, warten Sie bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte auch hier um etwas mehr Ruhe. – Vielen Dank.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE:

Wenn überdies Ibbenbüren als ehemaliger Steinkohlestandort in Betracht gezogen wird, ist dies ebenso berechtigt wie Forderungen anderer Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind.

Also, Strukturpolitik statt Exzellenz, verkündet durch die NRW-Bundestagsfraktion – Landesgruppe NRW. Sie können hier sicherlich –

(Abg. Andreas Stoch SPD: NRW-Bundestagsfraktion?)

Kommen Sie bitte, wenn Sie ein wichtiges Vorhaben des Landes unterstützen wollen, demnächst schneller aus dem Quark, als dass Sie hier jetzt große Reden schwingen. Bei Ihrer eigenen Bundestagsfraktion haben Sie offenkundig nichts, aber auch gar nichts erreicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD:
Völlig falsch! – Abg. Andreas Stoch SPD: Die Bundestagsfraktion hat überhaupt nichts entschieden!)

(Andrea Lindlohr)

– Ihre Bundestagsfraktion hat noch im Nachhinein gerechtfertigt, dass Strukturpolitik das entscheidende Kriterium sei und die Kritik aus Süddeutschland unbegründet sei.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie zitieren ständig NRW-Abgeordnete! Zitieren Sie doch mal baden-württembergische Abgeordnete! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch gar nicht wahr, was Sie hier erzählen! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment. Frau Abg. Lindlohr, warten Sie bitte.

(Anhaltende lebhaft Unruhe)

Meine Damen und Herren – – Warten Sie bitte, Frau Lindlohr. Die Uhr wird gestoppt.

(Fortgesetzte Unruhe)

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Die Uhr wird jetzt bitte gestoppt.

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Die Uhr wird gestoppt. – Meine Damen und Herren, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Rivoir und viele andere, ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe, damit Frau Abg. Lindlohr ihre Rede fortsetzen kann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich dachte, sie ist bald fertig!)

Vielen Dank. Ich würde diese Aufforderung ungern wiederholen.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herzlichen Dank. Leider wurde die Uhr jetzt nicht gestoppt; ich bitte, dies mit zu bedenken.

Präsidentin Muhterem Aras: Das habe ich im Griff.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Warum ist es so falsch, was Bundesforschungsministerin Karliczek jetzt entschieden hat? Es ist in der Sache falsch;

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch gar nicht das Thema!)

denn bei uns ist die Infrastruktur am besten. Wir könnten am Standort Ulm am schnellsten bei diesem Thema vorankommen. Bei diesem Thema stehen wir im globalen Wettbewerb, und wir können es uns nicht leisten, mit der Nichtexzellenz und einem langsameren Verfahren voranzugehen. Das ist in der Sache das Falsche, wenn es um das Thema „Forschungsfertigung Batteriezelle“ geht. Das, was das Bundesforschungsministerium hier entschieden hat, ist sehr schlecht.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist aber auch vom Verfahren her schlecht. Wir brauchen rationale Verfahren, wir brauchen erst recht wissenschaftsgeleitete Verfahren, um ein guter Forschungsstandort in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand, den Forschungseinrichtungen und den Unternehmen sein zu können.

Es gab Kriterien: 30 % Exzellenz, 30 % industrielle Anbindung, 20 % Finanzierung, 20 % Schnelligkeit. Sie können es durchgehen: Exzellenz: top; Ulm hat das Forschungscluster.

Industrielle Anbindung: klar vorhanden. Die Finanzierung haben wir hier gemeinsam beschlossen und die Mittel vorgehalten. Schnelligkeit: durch das in Ulm schon vorhandene Gebäude in jedem Fall gegeben.

Die Kriterien für das rationale Verfahren haben also für Ulm gesprochen. Strukturpolitisch ist anders entschieden worden. Im Nachhinein hören wir jetzt von Frau Karliczek, es sei noch die „Passfähigkeit der Konzepte in die Gesamtstrategie der Bundesregierung“ irgendwie zu berücksichtigen gewesen. Das ist ja der Puddingparagraf schlechthin; so kann man keine Verfahren führen. Baden-Württemberg braucht als Forschungsstandort, der auch international in der Konkurrenz steht, dass sich die Forschenden darauf verlassen können, dass Verfahren rational und nach den ausgegebenen und zutreffenden Kriterien laufen. Das war hier nicht der Fall, und das ist der große Fehler.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir schauen jetzt nach vorn. Wir handeln hier im Land, und wir haben dabei zwei Stränge. Sie wissen, der Standort Ulm ist bereits exzellent; nicht umsonst hat er das Exzellenzcluster gewonnen – und eben nicht Münster. Wir haben Exzellenz beispielsweise mit dem Cluster POLiS, dem Post-Lithium-Storage-Cluster. Die Batterie der nächsten Generation, die grüne Batterie mit einem geringeren Ressourcenverbrauch, wird exzellent erforscht, und zwar am Standort Ulm.

Hieran müssen wir anknüpfen; wir müssen mit den Mitteln, die wir vom Bund erwarten, an diesem Forschungsstandort zur grünen Batterie anknüpfen und hier neue Projekte in Gang bringen, und wir erwarten auch, dass uns der Bund hierbei unterstützt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das zweite Thema ist die industrielle Fertigung der jetzigen Technologie. Auch das ist entscheidend für unseren Wirtschaftsstandort. Hier gibt es einen Wettbewerb beim Bundeswirtschaftsministerium. Das in Baden-Württemberg ansässige Unternehmen VARTA ist hier Teil des deutsch-französischen Konsortiums; es ist also, nachdem die Europäische Kommission gesagt hat, man könne hierbei als nationale Regierung beihilfefrei fördern, in einem sehr spannenden Konsortium führend tätig. Wir unterstützen diesen Antrag und wollen, dass die industrielle Fertigung der jetzigen Technologie bei uns verankert wird. Dies unterstützen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Das ist der zweite Strang.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir fördern also Innovation. Wir wollen bei der Batterieherstellung vorankommen. Die Zukunft der Batterie ist energieeffizient, langlebig, wiederverwertbar und ressourceneffizient. Das können wir bei uns erreichen. Wir haben die Forschung, wir haben die industrielle Anbindung, wir können die neuen Technologien und die schlaudere Fertigung der bisherigen Technologie bei uns verankern. Dafür setzen wir unsere ganze Kraft ein, und wir erwarten von Ihnen hier auch Unterstützung – und erst recht von einer Bundesregierung, die demnächst, bitte, zu rationalen Verfahren zurückkehren sollte, falls sie die schon einmal hatte.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Wirtschaftsministerium hat für diese Ausschreibung des Bundes eine hervorragende Bewerbung abgegeben

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Oh!)

und hat bei dieser Bewerbung herausgearbeitet: Baden-Württemberg hat die beste Startposition für die Batteriefertigung der Zukunft. Deswegen geben wir nicht auf und lassen uns nicht abhängen, sondern diese Bewerbung ist für uns Ansporn, jetzt nach vorn zu schauen und in die Offensive zu gehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen Baden-Württemberg als Exzellenzstandort für Batterieforschung und Batterieproduktion ausbauen. Dieser Produktionsaspekt ist ein ganz wichtiger und zentraler Aspekt.

Es war im Jahr 2006, als die VARTA Dischingen den Amerikanern gehört hat. Sie kommt jetzt wieder zurück ins Eigentum der VARTA AG, aber sie hat den Amerikanern gehört. Die Firmenzentrale war bereits in Frankfurt, und die Produktion dieser Batterien sollte nach China verlagert werden.

Dann haben wir denen gesagt – ich kann es anhand von Presseartikeln belegen –: Bleibt hier in Deutschland, bleibt hier in Baden-Württemberg. Warum? Weil hier die Produktionsbedingungen die besten sind, weil wir ganz vorn dabei sind bei der Produktionstechnologie. Und wenn ihr eure Fabrik nach China verlagert, dann verlagert ihr sie morgen nach Vietnam und übermorgen nach Kambodscha, um günstige Arbeitsplätze und niedrige Arbeitskosten zu haben. Aber ihr habt eine alte Technologie.

Genau das ist jetzt das Argument bei der Forschungsfabrik, um die es hier geht. Wir haben in Baden-Württemberg die besten Bedingungen für die Produktionstechnologie. Wir haben das industrielle Umfeld, und deswegen waren wir mit unserer Bewerbung ganz vorn dabei. Das ist der zentrale Punkt, und dieser Punkt wurde in dieser Bewerbung herausgearbeitet.

Deswegen können wir jetzt nicht aufgeben, sondern müssen dranbleiben, weil die Produktionstechnologie für uns wichtig ist – nicht nur die Produktionstechnologie selbst; daran hängt die Digitalisierung, daran hängt die KI. Das ist ein strategischer Faktor für unser Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Deshalb war ich schon verwundert, als der nordrhein-westfälische Ministerpräsident gesagt hat, er habe Postautos aus Aachen, die StreetScooter. Wer einmal nachliest, wo die Batterie von StreetScooter herkommt, weiß: Die kommt aus Dingolfing. Dingolfing liegt nicht bei Aachen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein! Nachweislich!)

und natürlich werden in Dingolfing auch nicht die Batteriezellen produziert, sondern die kommen aus Asien – und das

ist schlicht und ergreifend kein industrielles Umfeld von Münster.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Deswegen hakt es bei dieser ganzen Geschichte. Wir, die CDU, haben das intensiv kritisiert. Wir haben hier den Anknüpfungspunkt für eine Forschungsfabrik Batterie!

Zweitens: Die Batterie selbst ist eine Schlüsseltechnologie – das ist heute schon dargelegt worden –, und zwar nicht nur für das Automobil, sondern auch für die Gerätehersteller. Die Gerätehersteller in unserem Land hätten natürlich Sorge, wenn sie auf die Batterie aus dem asiatischen Bereich angewiesen wären. Dann haben sie einen Wettbewerbsnachteil. Dann werden die Konkurrenten natürlich versuchen, im Wettbewerb über die Batterien an die Herstellung des ganzen Geräts zu kommen. Dann bedroht das ganze Industriezweige bei uns.

Deswegen wissen wir, welche Bedeutung die Batterie hat. Deshalb wollen wir die Batterie der Zukunft entlang der Wertschöpfungskette entwickeln. Claus Paal sagt immer: „Wir können alles. Auch Batterie. Auch Klimastiftung.“ Deswegen werden wir in Baden-Württemberg im Bereich Batterie vorangehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Baden-Württemberg verfügt über alle notwendigen Kompetenzen in Forschung und Industrie.

Es geht darum, die Lithium-Ionen-Batterie weiterzuentwickeln. Es geht darum, die Post-Lithium-Ionen-Batterie zu entwickeln. Es geht um eine höhere Energiedichte. Es geht um die Leistungsfähigkeit der Batterie. Es geht um wettbewerbsfähige Preise. Es geht um lange Lebensdauer, um einen längeren Ladungszyklus, um umweltverträgliche Produktionsmethoden, um bessere Entsorgungsbedingungen. Wir können in Baden-Württemberg auch Entsorgung, nicht nur Ibbenbüren.

Es geht nicht um die grüne Batterie; es geht nicht um ein Anstreichen einer Batterie. Auf den Inhalt kommt es an!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben hier die beste Forschungsinfrastruktur mit dem ZSW in Ulm, mit einem Labor für Batterietechnologie und einer Forschungsproduktionslinie für Batteriezellen, mit dem Helmholtz-Institut Ulm für elektrochemische Energiespeicherung, mit dem KIT, das vom Bund im Rahmen der Exzellenzinitiative für seine Exzellenzstrategie „Energiespeicherung jenseits von Lithium“ ausgezeichnet wurde, sowie dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Wir haben also in Baden-Württemberg wirklich alle notwendigen Bedingungen. Wir haben die Grundlagen.

Deswegen empfehle ich uns, an der Sache dranzubleiben. Wir haben immer gut daran getan, wenn wir uns nicht auf Subventionen von anderen verlassen haben,

(Abg. Bernd Gögel AfD: So kann man es auch sagen!)

sondern auf unsere eigenen Stärken gesetzt haben.

(Winfried Mack)

Heute Morgen lag vor meinem Hotelzimmer eine Zeitung, in der stand, der Bund wolle jetzt allen überschuldeten Kommunen in Deutschland die Schulden erlassen. Aber in 20 Jahren werden die gleichen Kommunen wieder die gleichen Schulden haben. Diese Subventioniererei hat noch nie zu etwas geführt.

Wir verlassen uns nicht auf Subventionen, sondern wir verlassen uns auf unsere Stärken. Dazu werden wir natürlich den Bund weiterhin in die Pflicht nehmen. Wir werden mitmachen beim strategischen Ansatz zu einer industriellen Batterieziel-fertigung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Wir werden auch bei der Europäischen Batterie-Allianz mitmachen. Warum? Weil es uns um die Arbeitsplätze geht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Gestern Abend wurden in den „Tagesthemen“ – vielleicht hat es jemand angeschaut – Beispiele aus Baden-Württemberg angeführt, um zu zeigen, welche Umbrüche da stattfinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir wollen bei der Batterietechnologie, bei der Produktionstechnologie vorn mit dabei sein. Wir wollen die Herzstücke unseres Landes erhalten. Wir haben alle Voraussetzungen, um diesen Wettbewerb zu gewinnen. Wenn wir uns anstrengen, sind wir schneller als Münster, und dann werden wir es geschafft haben.

(Abg. Claus Paal CDU: So machen wir es!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wolle das Wort.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Siegeszug der Automobilindustrie in Baden-Württemberg begann mit der legendären Überlandfahrt von Bertha Benz im August 1888 von Mannheim nach Pforzheim.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber ohne Batterie!)

Durch ihren Mut, der Welt zu zeigen, dass es neben Pferdekutschen auch andere Fortbewegungsmittel, nämlich das Automobil, gibt, entstand ein völlig neuer Industriezweig, der den Menschen vor allem eines brachte: Freiheit.

(Beifall bei der AfD)

Auch die Anfang der Zwanzigerjahre aufkommenden Elektroautos in Berlin und in vielen Städten der USA konnten sich aufgrund der geringen Reichweite, des Gewichts und der dünn gesäten Austauschstationen für die Batterie nicht durchsetzen.

Die immer bessere technische Entwicklung und Umsetzung bei unseren Benzin- und Dieselmotoren führte zu Spitzenleistungen und setzte sich ohne staatliche Förderung durch. Heute sind Hightechbenziner und -diesel zu einem nicht geringen Anteil „Made in Baden-Württemberg“ – und das ist spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ließe man dieser Entwicklung weiter freien Lauf, so würde sich in den nächsten Jahrzehnten erneut genau die Mobilitätstechnologie herausbilden, welche unter den gegebenen Rahmenbedingungen am konkurrenzfähigsten ist. In diesem evolutionären Prozess hätte die baden-württembergische Automobilindustrie gute Chancen, ihre Marktführerschaft weiter zu halten.

Doch es soll anders kommen. Getrieben von apokalyptischen Klimaneurosen, glauben weite Teile der Politik, in das Marktgeschehen eingreifen zu müssen. Mit milliardenschwerem Aufwand soll den Marktteilnehmern eine Technologie, nämlich die E-Mobilität, aufgezwungen werden, an deren Schwachpunkten sich bereits seit dem Verwinden vor 100 Jahren nichts geändert hat.

Auch unsere grün-schwarze Landesregierung setzt in Sachen zukünftiger Mobilität schwerpunktmäßig auf die batteriebasierte E-Mobilität. Und was nicht passt, muss passend gemacht werden. Die Forschung soll es nun richten. Dumm ist dabei nur, dass die Batterieproduktion in Deutschland vor Jahren aufgegeben wurde.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!
– Abg. Winfried Mack CDU: Stimmt doch nicht! Das ist doch Quatsch! Wo leben Sie denn?)

Dieser Industriezweig ist seither in fernöstlicher Hand. Der staatlich verordnete Technologiewechsel eröffnet den Asiaten einen völlig neuen Markt. Denn 30 % der Wertschöpfung eines E-Mobils entstehen allein bei der Batterieproduktion. Damit gingen also 30 % der Wertschöpfung der deutschen Automobilindustrie zugunsten des asiatischen Markts verloren. Die aufstrebenden asiatischen Länder haben dies erkannt. Sie haben sich 60 % der weltweiten Kobaltvorkommen gesichert, und sie haben inzwischen die Technologieführerschaft in der Batterieproduktion übernommen.

Zwischenzeitlich ist auch in Deutschland und in Baden-Württemberg die Erkenntnis gereift, dass die geplante Verkehrswende mit der herkömmlichen Batterietechnik nicht zu machen ist. Hektisch soll nun der technologische Vorsprung der Asiaten eingeholt und sogar überholt werden. Bund und Land überbieten sich gegenseitig mit Förderprogrammen zur Batterieproduktion. Aber eines muss man sich vor Augen halten: Wer einen anderen einholen oder sogar überholen will, muss zumindest zeitweise schneller sein als dieser.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Daher stellt sich grundsätzlich die Frage, ob auch eine noch so gute deutsche Forschung überhaupt noch in der Lage wäre, ihre fernöstlichen Konkurrenten einzuholen oder sogar zu überholen. Die Wirtschaft scheint diesbezüglich den Optimismus der Landesregierung nicht zu teilen.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Bosch hat sich gegen eine Batterieproduktion entschieden. Der Industrie- und Handelskammertag merkt an, dass trotz der Zukunftsfähigkeit der Elektroantriebe andere Technologien nicht aus dem Fokus geraten sollen.

Doch bleiben wir bei der Gedankenwelt der Landesregierung. Inzwischen ist auch ihr klar geworden, dass der Umbau der

(Carola Wolle)

Automobilindustrie das Land Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft kosten könnte. Immerhin sind bis zum Jahr 2030 fast die Hälfte der Arbeitsplätze in der und um die Automobilindustrie, nämlich 235 000, gefährdet. Daher bemüht sie sich um die vom Bund bereitgestellten Gelder für die Batteriezellenforschungsfertigung mit dem Ziel, dann auch die Bearbeitung, die Fertigung im Ländle zu halten.

Ulm scheint mit seinen bereits laufenden Forschungsprojekten, z. B. für neue Speicherkonzepte, sowie den zur Verfügung stehenden Gebäuden geradezu ideal zu sein. Darüber hinaus wurden von der Landesregierung Gelder in Höhe von 185 Millionen € vorsorglich in die aktuelle Haushaltsplanung eingestellt.

In Ulm und um Ulm herum wird alles versucht, um Forschung und Wirtschaft zusammenzubringen, um den Zuschlag vom Bund für die Batterieforschungsfertigung zu erhalten. Der damit einhergehende Geldsegen von im ersten Schritt 500 Millionen € wäre unabhängig vom Ergebnis ein Gewinn für unseren Forschungsstandort Baden-Württemberg gewesen.

Die Voraussetzungen in Ulm schienen eindeutig besser zu sein als bei den anderen Mitbewerbern des bundesweiten Wettbewerbs. Ende Juni schien alles unter Dach und Fach. Die Experten der sogenannten Gründungskommission beim Bundeswirtschaftsministerium hatten eine Empfehlung für Ulm abgegeben. Weißer Rauch auch in Berlin.

Die Freude hielt allerdings nur wenige Tage. Dann wurde bekannt, dass nicht Ulm, sondern Münster das Rennen gemacht hat. Dass Münster im Wahlkreis der zuständigen Bundesforschungsministerin Anja Karliczek liegt, ist natürlich reiner Zufall. Jetzt ist erst mal Katzenjammer angesagt. Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut ist enttäuscht, und Herr Ministerpräsident Kretschmann ist sogar „angefressen“ – lange Gesichter überall in der Regierung.

Nun drängen sich Fragen auf: Was nützt das Votum von Experten einer Gründungskommission, wenn dieses Votum niemanden interessiert?

(Beifall bei der AfD)

Wie kann es sein, dass eine Bundesministerin der CDU ein millionenschweres Forschungsprojekt in ihren Wahlkreis vergibt, ohne rot zu werden, Herr Strobl? Wie steht es um die Kommunikation zwischen der Landes- und der Bundesregierung, Herr Kretschmann, wenn die Landesregierung von der Bundesregierung derart kalt erwischt und düpiert wird? Und, Herr Mack, Sie haben gesagt, 1 Milliarde € könnte man gerade so überwinden; das brauchten wir nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was habe ich gesagt? –
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das hat er doch
gar nicht gesagt!)

Wie wollen Sie 1 Milliarde € Forschungsgelder vom Bund ausgleichen? Das können Sie gar nicht.

Aber vielleicht ist dieser Schock ja auch die Gelegenheit, inezuhalten und gegebenenfalls zu neuen Erkenntnissen zu kommen. Denn ob es die Forschungsfabrik für Batteriezellen – unabhängig vom Standort – schafft, den Vorsprung der Asiaten in Sachen Batteriefertigung einzuholen, ist wirklich fraglich.

Interessant dabei ist, dass plötzlich das Projekt „HyFab-Baden-Württemberg“ wieder in den Fokus der Landesregierung gerät – gell, Herr Kretschmann? Die Forschung an Brennstoffzellen wird nun sogar als Ersatz für die Batteriezellenforschungsfertigung gehandelt. Das Potenzial der Brennstoffzelle liegt weit über dem der Batterie. Darüber hinaus gibt es keinen ausgeprägten Forschungsvorsprung der Asiaten, den man dann ausgleichen müsste. Sollte sich das bewahrheiten, so hat die Pleite von Ulm sogar etwas Gutes. Vielleicht wird jetzt sogar die Suche nach der zukünftigen Mobilitätstechnologie wieder technologieoffen geführt – weg vom staatlichen Dirigismus hin zu marktkonformer evolutionärer Entwicklung, wie es die AfD schon lange fordert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Denn wir unterstützen eine technologieoffene Forschung.

Es war genau dieser Weg, der die baden-württembergische Automobilindustrie, beginnend mit der Entwicklung von Carl Benz und Gottlieb Daimler, an die Weltspitze brachte. Es muss im Interesse der Bürger dieses Landes, in unserem Interesse sein, dass das auch so bleibt.

Und Herr Stoch, zu Ihnen: Ich finde es schon interessant, dass Sie in der Bundesregierung sind und sich hier beschweren

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich bin nicht in der Bundesregierung!)

– aber die SPD –, dass Baden-Württemberg nicht zum Zuge gekommen ist. Hätte sich die SPD doch mal im Bund besser dafür eingesetzt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion teile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre so schön gewesen für Ulm – 500 Millionen € im ersten Schritt, Batteriezellenforschung

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Leuchtturm!)

– ein Leuchtturm, Herr Kollege Reinhart.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Und man war sich ja schon sicher. Der Ministerpräsident hat sich – untypisch für ihn – zurückgelehnt, hat gewartet, gehofft und gedacht, man hätte es schon in der Tasche. Seine anschließenden Bündnisgespräche mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Söder und mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Weil waren offensichtlich vorher nicht notwendig. Diese hat man erst hinterher begonnen, nachdem das Kind im Brunnen lag.

Die Bewerbung war ja hervorragend. Herr Kollege Mack, Sie haben das Wirtschaftsministerium gelobt. Das Wirtschaftsministerium habe eine ausgezeichnete Bewerbung abgegeben; das haben Sie hier mit aller Leidenschaft ausgeführt.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Mit der für die Ostalb typischen Leidenschaft hat er hier deutlich gemacht, wie hervorragend die Bewerbung gewesen ist. Und was passiert?

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich habe die Lebensfreude im Herzen!)

– Ja, die Lebensfreude der Ostalb hat nichts geholfen. Die Bewerbung ist trotzdem gescheitert. Da stellt sich die Frage: Warum, Herr Kollege Mack?

Ich glaube, die Antwort ist relativ einfach zu geben, in einem Wort – dem Wohlklang des Namens einer Kommune in Nordrhein-Westfalen: Ibbenbüren. Das war der Grund. Weil die Bundesforschungsministerin dort ihren Wahlkreis hat – das liegt doch auf der Hand und tritt zutage –, hat sie in das Verfahren eingegriffen

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Reiner Zufall!)

und dafür gesorgt, dass nicht Ulm – was fachlich gerechtfertigt gewesen wäre –, sondern Münster bzw. Ibbenbüren zum Zuge gekommen ist.

Herr Kollege Stoch hat das ja auch hinreichend gezeigelt. Ich fand das bemerkenswert. Ich will nur zwei Begriffe aus Ihrer Rede, Herr Kollege Stoch, zitieren. Da war von Rücktritt die Rede. Also, der Landesvorsitzende der baden-württembergischen SPD fordert eine Bundesministerin einer Regierung, an der die SPD beteiligt ist, zum Rücktritt auf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie beurteilen Sie das denn?)

Zweites Stichwort: Untersuchungsausschuss. Der Landesvorsitzende der baden-württembergischen SPD fordert einen Untersuchungsausschuss gegen die eigene Bundesregierung. Das wollen wir nur einmal festhalten.

In der Sache, Herr Kollege Stoch, kann ich das durchaus nachvollziehen. Ja, das riecht nach Skandal, nach Vetternwirtschaft innerhalb der Bundesregierung zuungunsten von Baden-Württemberg und zugunsten von Nordrhein-Westfalen. Nur muss ich mir natürlich die Frage stellen, ob man nicht vorher Dinge versäumt hat. Herr Ministerpräsident, warum haben Sie sich nicht vorher mit Söder und Weil zusammengetan, sondern erst hinterher, nachdem das Kind im Brunnen lag?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Es ist ja auch nichts Neues, dass Baden-Württemberg den Kürzeren zieht. Wir haben in Ulm den Kürzeren gezogen. Wir haben auch schon im Jahr 2017 am KIT den Kürzeren gezogen. Da ging es um das Deutsche Internet-Institut. Dafür haben Sie sich, Herr Ministerpräsident, auch eingesetzt. Frau Wanka hat aber im Mai 2017 entschieden: Dieses Internet-Institut kommt nach Berlin und nicht an das KIT. Auch da sind uns 50 Millionen € durch die Lappen gegangen.

Das macht deutlich – an diesem zweiten Beispiel sehen wir es –: Diese Landesregierung hat in Berlin nichts zu melden. Das ist das Problem, meine Damen und Herren. Deshalb hat Ulm auch nicht geklappt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Zuruf: Ja, genau!)

Aber es gibt noch weitere Beispiele. Ich nenne etwa das bundesweite Zentrum für künstliche Intelligenz. Es war mit französischen Partnern vorgesehen. Frau Bauer war ja in ihrer Funktion als Wissenschaftsministerin im August 2018 in Paris, um zu werben. Das Cyber Valley wurde vorgeschlagen. Was ist dabei herausgekommen? Nichts ist dabei herausgekommen, weil diese Landesregierung in Berlin nichts zu melden hat, meine Damen und Herren. Das ist das Problem.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das betrifft allerdings nicht nur den CDU-Teil der Landesregierung. Es ist bekannt, dass Herr Hermann gelegentlich nicht so richtig zugreift bei Fördermitteln. In der Vergangenheit, in der letzten Legislaturperiode gab es kaum eine Landtagssitzung, in der die CDU das nicht gezeigelt hat. Mittlerweile hat die CDU da etwas Kreide gefressen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Er ist auf den Pfad der Tugend gekommen! – Abg. Winfried Mack CDU: Er hat Gras gefressen!)

– Aha, er ist auf dem Pfad der Tugend. Herr Kollege Reinhart, gilt das auch für Stuttgart 21, dass er auf dem Pfad der Tugend ist? Dann können Sie ihn anschließend ja dafür loben.

Bundesmittel für Fernstraßen: Für Baden-Württemberg gab es 2016 Verfügungsmittel in Höhe von 814 Millionen €. Nur 789 Millionen € wurden abgerufen.

Es ist typisch für diese Landesregierung, dass Fördermittel nicht abgerufen werden oder dass man es bei Fördermitteln nicht schafft, zum Zuge zu kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Also: Baden-Württemberg hat in der Bundesregierung nichts zu melden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aber die FDP hat etwas zu melden!)

Wir stellen fest: Der SPD-Landesvorsitzende fordert Rücktritte und Untersuchungsausschüsse, und die CDU hat auch nichts zu melden.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Die FDP wollte nichts zu melden haben!)

– Ja, die FDP, Herr Kollege Reinhart, hat, wie ich feststellen muss, nicht weniger zu melden als Sie, obwohl Sie an dieser Bundesregierung beteiligt sind. Das ist doch das Problem:

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

kein einziger CDU-Minister aus Baden-Württemberg am Kabinettsstisch. Der Einzige, den Sie hatten, war Kauder. Der wurde ja inzwischen auch „geschlachtet“. Sie haben überhaupt nichts mehr zu melden, meine Damen und Herren. Das Problem ist: Kein CDUler aus Baden-Württemberg an entschei-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

dender Stelle am Kabinetttisch oder sonst wo in Berlin, und der Ministerpräsident hat auch nichts zu melden.

(Zuruf von der AfD)

Nun gut, und dann werden wir sehen, meine Damen und Herren, wie es in Ulm weitergeht.

Es ist richtig, zu sagen – Kollege Mack hat es ja auch ausgeführt –: „Wir müssen dranbleiben.“ Ja, es ist richtig: Wir müssen im Forschungsbereich dranbleiben – Mobilität der Zukunft. Vielleicht ist das ja auch ein Anlass, darüber nachzudenken, ob die Batterie in technologischer Hinsicht wirklich das letzte Wort der Geschichte ist bzw. ob es richtig ist, sich völlig auf die Batterie zu konzentrieren.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Nicht mal das Rad ist das letzte Wort der Geschichte!)

– Ja, ja. Das letzte Wort der Geschichte gibt es wahrscheinlich sowieso nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Also!)

Jedenfalls: Die Batterie ist es nicht. Es ist sicher sinnvoll, zu sagen: Die Batterie ist ein Teil der Mobilität der Zukunft,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

und es macht Sinn, dort zu forschen.

Wenn Baden-Württemberg den Zuschlag für die Batteriezellenforschung erhalten hätte, hätten wir uns gemeinschaftlich darüber gefreut. Aber wir würden doch schon sehr gern für etwas mehr Technologieoffenheit plädieren, dafür, etwas mehr über die Brennstoffzelle, über synthetische Kraftstoffe, über die Wasserstoffwirtschaft insgesamt nachzudenken.

Vielleicht tut sich ja die Chance auf, meine Damen und Herren, den Forschungsstandort Baden-Württemberg, was die Mobilität der Zukunft anlangt, jetzt etwas breiter aufzustellen und deutlich zu machen: Wir brauchen noch viele, viele Jahre auch den Verbrennungsmotor, wir brauchen noch viele Jahre den Diesel.

Die Batterie wird eine Rolle spielen. Aber die Batterie hat auch ihre Probleme, Stichwort Entsorgung und die Frage: Woher kommt das Lithium?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Manche sind ja bereit, ganze Teilkontinente zu verelenden, um dort Lithium zu schürfen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Diese Probleme muss man nämlich auch ansprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Die Alternativen bei den Kraftstoffen habe ich ja schon angesprochen.

Es würde sich wirklich lohnen, diese Entwicklung jetzt zum Anlass für einen gemeinsamen Kraftakt für das Land Baden-Württemberg zu nehmen, die Mobilität der Zukunft technologieoffen neu zu denken, wobei all die Punkte, die ich jetzt aufgezählt habe, eine Rolle spielen, wobei wir uns aber eben nicht einseitig auf die Elektromobilität und auch nicht einseitig auf die Batterieforschung konzentrieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat am 28. Juni verkündet, dass die Forschungsfertigung Batteriezelle in Münster errichtet werden soll. Auch uns hat diese Entscheidung überrascht, vor allem vor dem Hintergrund, dass wenige Tage zuvor das Ergebnis der Gründungskommission, das eindeutig Ulm favorisiert hat, in den Medien öffentlich verkündet wurde.

Für uns stellt sich natürlich die Frage, wie das Verfahren gelaufen ist.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Klüngel, Klüngel, Klüngel! – Abg. Bernd Gögel AfD: Da kann man telefonieren!)

Es gibt viele Fragen, die unbeantwortet sind. – Telefoniert wurde. Wir haben uns persönlich ausgetauscht, nicht nur ich mit Frau Karliczek. Wir haben immer noch keine Antworten auf die so drängenden Fragen nach dem Verfahren. Deshalb habe ich Frau Karliczek schriftlich um die Offenlegung der Entscheidungsgründe gebeten und auch mündlich die Bitte geäußert, dass sie diese liefert.

Ich möchte mich bei der SPD dafür bedanken, dass sie eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragt hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass die Diskussion weitgehend sachlich stattgefunden hat.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Weitgehend! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich möchte auch noch ergänzen, lieber Herr Rülke: Wir haben eine Ministerin am Kabinetttisch auf Bundesebene, Frau Annette Widmann-Mauz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was? Staatssekretärin!)

– Staatsministerin.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Lieber Herr Rülke, wir diskutieren die Zukunft Baden-Württembergs als Automobilstandort, als Standort der Mobilität

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

der Zukunft – Wirtschaft und Wertschöpfung, Arbeitsplätze, die hier gehalten und ausgebaut werden sollen im Rahmen eines ganz neuen Formats, das tief greift und breit wirkt. Mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft haben wir eine Plattform geschaffen, wo alle Akteure mitsprechen, mitdiskutieren, wo wir handlungsfähig sind, auch schnell in die Umsetzung gehen können. Wir hatten letzte Woche in Berlin eine Sitzung, die den Erfolg dieses Strategiedialogs unterstreicht.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Gern, aber erst zum Schluss meiner Rede.

Ich möchte noch einmal deutlich machen – das wurde auch in der Debatte, die jetzt geführt wurde, ganz klar –: Aus volkswirtschaftlicher und strategischer Sicht habe ich kein Verständnis, wenn hier bei solch einer zentral wichtigen Entscheidung nicht nur für Baden-Württemberg als Automobilstandort, sondern für ganz Deutschland, ja, ich möchte vielleicht auch sagen, für Europa, am Ende Struktur- oder andere Kriterien ausschlaggebend waren. Eine Begründung schuldet der Bund nicht nur uns, den Ländern, als Antragstellern, sondern auch der Öffentlichkeit, wenn Millionen investiert werden.

Frau Wolle, es ist keine Milliarde, es sind 500 Millionen €

(Abg. Carola Wolle AfD: Zweimal 500 Millionen!)

– nein, 500 Millionen € –, die für die Forschungsfabrik zur Verfügung stehen. Die Milliarde wird von dem Bundeswirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt als Förderprogramm. Hier muss natürlich ganz klar unterschieden werden.

Aber wenn Hunderte von Millionen Euro an Steuergeldern in Projekte fließen, die für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts von entscheidender Bedeutung sind, dann hat auch die Öffentlichkeit einen Anspruch auf Offenlegung der Argumente, damit sie nachvollziehbar werden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt
Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Genau! Das wollen wir auch!)

Bei dem Standortwettbewerb wurden als entscheidende Auswahlkriterien – ich möchte das nochmals betonen – die fachliche Expertise, die industrielle Anbindung, die Finanzierung und die Schnelligkeit ganz klar vorgegeben. Das BMBF hat auch den letzten Aspekt, die Schnelligkeit, betont und uns, den Antragstellern, ans Herz gelegt.

Jetzt möchte ich ganz kurz und auch mit Stolz über die Bewerbung berichten, die gemeinsame Bewerbung von ZSW und KIT, die das Land unterstützt hat. Sie konnte all diese Punkte vollständig erfüllen, und Baden-Württemberg hat in allen Punkten ideale Voraussetzungen. In Ulm stand alles bereit, und wir hätten morgen mit der Forschungsfertigung beginnen können. Hinsichtlich wissenschaftlicher und industrieller Anbindung sind Ulm und Karlsruhe hervorragend aufgestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

2018 wurde das Exzellenzcluster CELEST ins Leben gerufen – KIT, ZSW, Universität Ulm sind hier beteiligt –, die größte deutsche Forschungsplattform für elektrochemische Speicher, wissenschaftliche Exzellenz in Baden-Württemberg. Wir konnten belastbare Abnahmeverpflichtungen von potenziellen Anwendern im Umfang von über 50 Millionen € vorlegen. Mit VARTA und Leclanché verfügt unser Land über einmalige Kompetenz und Erfahrung in der Produktion von Lithium-Ionen-Batteriezellen.

Schließlich hat das Land mit der Bereitstellung von Gebäuden und Grundstücken sowie der erforderlichen finanziellen Unterstützung von bis zu 185 Millionen € alle Anforderungen vollständig erfüllen können.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den
Grünen)

Umso mehr hat es uns überrascht, dass diese Aspekte bei der finalen Standortentscheidung keine entscheidende Rolle mehr gespielt haben. Insbesondere Schnelligkeit und Industriekompetenz vor allem der Zellenhersteller sprachen eindeutig für Baden-Württemberg.

Nach dieser unbefriedigenden und irritierenden Entscheidung ist es umso notwendiger, dass wir uns nicht verunsichern lassen, sondern uns auf unsere Stärken besinnen. Wir müssen jetzt unseren eigenen Weg gehen. Dafür sind wir auch gut gerüstet und haben exzellente Ausgangsbedingungen. Wir müssen die Batterietechnologie in Baden-Württemberg weiter voranbringen. Denn der Markthochlauf der Elektromobilität wird stattfinden. Die Automobilhersteller planen jetzt schon mit festen Produktionszahlen. Sie gehen davon aus, dass im Jahr 2030 ca. 50 % der Fahrzeuge, die verkauft werden, batterieelektrisch oder Plug-in-Hybride sind. Darauf müssen wir uns einstellen.

Das sind Realitäten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen und die natürlich auch entscheidend sind für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes als Industriestandort und Automobilstandort Nummer 1. Wir müssen eine eigene Batteriezellen- und Batterieproduktionskapazität aufbauen. Wir brauchen das, um die Systemkompetenz zu sichern. Die restlichen 50 % sind natürlich der Verbrennungsmotor; das ist ja unbestritten. Da haben wir diese Systemkompetenz.

Wir brauchen sie aber auch in diesen neuen Feldern, und deshalb – es ist unsere Stärke, dass wir diese Systemkompetenz in Baden-Württemberg vorhalten können – müssen wir hier weiter vorangehen und unseren Baden-Württemberg-Weg finden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben die Zellenhersteller, wir haben die Material- und Komponentenhersteller, wir haben den Maschinen- und Anlagenbau, und wir haben die Abnehmerseite. Man nennt so etwas Cluster. Dieses Cluster, dieses exzellente Cluster, das spricht für sich, und darauf können und müssen wir auch aufbauen.

Es kann uns auch gelingen, eine wettbewerbsfähige Batteriezellenproduktion bei uns im Land aufzubauen, eine Musterfabrik, einen Leuchtturm. Die Produktion rechnet sich aber nur, wenn Produkte und Herstellung im internationalen Wett-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

bewerb nicht nur konkurrenzfähig, sondern überlegen sind. Wir können hier nur durch Innovation und Digitalisierung reüssieren. Dazu müssen wir die Batterieforschung und -entwicklung stärken.

Wir haben in den letzten Jahren über 100 Millionen € in eine Reihe von Ideen und Vorschlägen investiert, wie wir Baden-Württemberg in der Batterietechnologie weiter voranbringen können, und ich werbe in der Landesregierung weiter dafür, die Batterie- und Speicherkompetenzen im Land zu stärken.

In den kommenden Tagen sprechen wir mit allen Beteiligten, vor allem mit dem ZSW, Fraunhofer, dem KIT, aber auch mit VARTA sowie weiteren Industriepartnern, darüber, wie wir gemeinsam Ideen zusammentragen, um die Stärken der baden-württembergischen Forschungslandschaft nutzen und weiter ausbauen zu können.

Auch das BMBF hat angekündigt, die Produktionsforschung an den Standorten Karlsruhe und Ulm mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung der Produktion“ weiter voranzubringen.

Wir machen auch deutlich, dass künftige Fördermaßnahmen natürlich nicht durch vereinbarte Kooperationen, die uns schon im Vorfeld dieser Debatte zugesagt wurden, kompensiert werden können. Wir wollen hier fresh money,

(Vereinzelt Beifall)

neues Geld von der Bundesregierung,

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

um die offensichtlich auch im BMBF wahrgenommene Exzellenz in Baden-Württemberg weiter auszubauen.

Neben der Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Forschung begrüßen wir auch die Initiative der Bundesregierung zum Aufbau einer industriellen Zellenfertigung. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert diese Zielsetzung „Industrielle Zellenfertigung“ mit 1 Milliarde €. Wir haben die Firma VARTA aus Ellwangen, die als Konsortialführer aus mehr als 30 Firmen ausgewählt worden ist, die hier vorangehen, die sich mit ihrem Konsortium um diese Mittel bewerben. Es handelt sich hier um ein IPCEI-Projekt, also „Important Project of Common European Interest“, ein Projekt von übergeordneter strategischer Bedeutung für die Europäische Union. Da sind dann auch betriebsbezogene Förderungen möglich. Der Prozess auf EU-Ebene – die Notifizierung, die durchgeführt werden muss – sieht positiv aus.

Wir warten jetzt auf das Signal und hoffen – und sind hier auch in einer guten Ausgangssituation –, dass ein Projekt aus dieser Förderung des BMWi nach Baden-Württemberg kommt.

Auch hier wird eine Mitfinanzierung des Landes erwartet, und ich werde mich deshalb innerhalb der Landesregierung mit Nachdruck dafür einsetzen, dass wir unseren Beitrag dazu leisten.

Lassen Sie uns diese Chance ergreifen. Wir befinden uns ja auch in einer Wettbewerbssituation. Der Norden forscht, der Süden forscht und produziert. Wir setzen um, wir werden liefern.

Es geht um viel. Es geht um die Zukunft unseres Standorts, es geht um die Zukunft von Arbeitsplätzen in unserem Land. Wir dürfen andere Projekte natürlich nicht aus dem Blick verlieren, aber hier entsteht nun ein Fenster, eine Chance für uns in Baden-Württemberg, unseren Standort zu stärken.

Dabei setze ich auch auf Ihre Unterstützung und freue mich, dass wir uns heute in der Sache im Grunde einig sind. Danke dafür. Ich freue mich über jegliche Unterstützung, auch auf der Bundesebene, auch von der SPD.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, es folgt nun die Frage des Herrn Abg. Klos.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Danke, Frau Ministerin, dass Sie meine Frage zulassen. – Ist es Ihre Meinung, dass Baden-Württemberg angesichts seiner Leistungsfähigkeit, seiner Ertragskraft, im Gesamtgebilde Bundesrepublik Deutschland angemessen in der Bundesregierung vertreten ist?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Es war schon immer der Weg Baden-Württembergs, mit guten Argumenten und durch Taten voranzuschreiten. Wir waren schon häufig und in vielen Bereichen Vorreiter, und der Bund ist Baden-Württemberg bei bestimmten Entscheidungen gefolgt.

(Abg. Emil Sänze AfD: Bayern!)

Wir haben starke und gute Argumente und sind auf Bundesebene ebenfalls sehr gut vernetzt. Wir haben dort gute Kontakte, die wir nutzen und in die Waagschale werfen. Baden-Württemberg geht voran. Das müssen wir auch weiterhin tun. In vielen Bereichen können wir nicht auf den Bund warten.

Ich bin gespannt, wie die Entscheidung des BMWi ausfällt. Danach werden wir hoffentlich noch einmal über diese Themen reden dürfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort – –

(Zuruf)

– Moment! – Herr Abg. Mack? Den anderen Kolleginnen und Kollegen steht keine Redezeit mehr zur Verfügung.

(Zuruf)

– Sie müssen nicht, aber Sie hatten sich ja gemeldet.

(Unruhe)

Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Mack.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Er spricht für alle!)

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, die angesprochen wurden.

Erstens: Herr Kollege Rülke hat Technologieoffenheit ange-mahnt. Ja, das ist richtig. Aber es gibt kein Brennstoffzellen-auto ohne Batterietechnologie. Deswegen ist die Batterietechnologie ein entscheidender Faktor.

Zweitens: Es wurde gesagt, wir liefen hinterher und kämen ohnehin zu spät. Das stimmt nicht. Baden-Württemberg ist Weltmarktführer in der Batteriezellenproduktion. Bei dieser Forschungsfertigung Batteriezelle und dem, was wir selbst machen wollen, geht es darum, dass wir uns in die Zukunft beamen, dass wir das Jahr 2025 jetzt denken und überlegen, wie die Produktion im Jahr 2025 aussehen muss, damit wir dann ebenfalls Weltmarktführer sind. Darum geht es. Es geht nicht darum, hinterherzuhecheln, sondern darum, vorauszu-marschieren und auch morgen noch Weltmarktführer zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich hätte mir erhofft, dass Sie ein bisschen mehr zu den Gründen sagen, warum der Standort Ulm nicht zum Zuge gekommen ist. Sie haben am heutigen Tag gesagt, Sie hätten die Bundesministerin angesprochen und angeschrieben. Was das Schriftliche angeht, dauert es wahrscheinlich, bis das betreffende Ministerium eine Antwort zustande bekommt. Aber wenn man jemanden anspricht, erhält man normalerweise sofort eine Antwort. Insoweit bin ich schon interessiert zu erfahren, was Frau Karliczek denn gesagt hat. Sie haben gesagt, Sie hätten mit ihr geredet, haben aber diesem Haus vorenthalten, was sie gesagt hat. Das hätte uns schon interessiert, Frau Ministerin – nicht so sehr das, was Sie in aller epischen Breite zu dem Antrag gesagt haben, der dann am Schluss nicht zum Zug gekommen ist.

Ansonsten hätte ich natürlich auch erwartet – Kollege Reinhart ist jetzt nicht mehr da; das ist schade. Denn er ist ja offensichtlich der Einzige, der etwas Licht ins Dunkel bringen kann. Er hat ja mit der Ministerin telefoniert und hat dann auch einen Erfolg vermeldet: 50 Millionen €. Im Vergleich mit den 500 Millionen €, Herr Kollege Reinhart, sind 50 Millionen € natürlich Bakschisch, Trinkgeld, Almosen, ein Trostpflaster. Aber es sind immerhin 50 Millionen €.

Es hätte uns schon interessiert, womit diese 50 Millionen € verbunden sind, wofür wir sie bekommen. Aber Kollege Reinhart hat am heutigen Tag eisern geschwiegen und nimmt dieses Herrschaftswissen offensichtlich mit in die Sommerpause.

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich würde mir von der Landesregierung, von der Ministerin und auch von der CDU-Fraktion schon wünschen, dass man die Erkenntnisse,

die man gewonnen hat, mit dem Parlament teilt – falls man, Frau Ministerin, Erkenntnisse gewonnen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich ermahne Sie das letzte Mal, mich nicht als „Präsident“ anzusprechen. Das heißt: „Frau Präsidentin“. Ich spreche Sie auch als Abgeordneter und nicht als Abgeordnete an. Das ist ein Unterschied.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich befließige mich der klassischen Sprache, und ich werde dabei bleiben.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Eine Nichtanerkennung der Frau! – Unruhe)

Dass der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg insbesondere für die Automobilbranche zunehmend an Attraktivität verliert, hätte man schon erkennen können, als Bosch beschloss, seine Halbleiterfabrik in Dresden zu eröffnen. Aber wer kann dies dem schwäbischen Traditionsunternehmen schon verübeln, raubt ihm unsere Landesregierung zunehmend die Existenzgrundlage. Hier verbrennt halt eine Batterie nach der anderen.

Da erscheint es schon fast zynisch, dass Herr Kretschmann nun den Betroffenen gibt. Auf fünf Seiten formulieren Sie gemeinsam mit anderen enttäuschten Ministerpräsidenten, warum es sich bei der Entscheidung um einen Fehler gehandelt habe. Ja, es wurden Fehler gemacht, nämlich vor vielen Jahren, als man dieses Thema hier in Baden-Württemberg nicht früh genug förderte.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ach je! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

So konnte sich das MEET in Münster in neun Jahren einen Wissensvorsprung aufbauen. Der Gründer, Professor Martin Winter, wird vom „manager magazin“ sogar als „Batteriepapst“ bezeichnet. Ein Vorwurf, den sich auch SPD und FDP und besonders die CDU gefallen lassen müssen: Man verschnarcht halt seit Jahrzehnten wesentliche Entwicklungen.

Natürlich hat die Entscheidung ein Geschmäcke, aber die Schuld an der Entscheidung tragen Sie alle mit Ihren Versäumnissen in der Vergangenheit. Wenn Sie, liebe Grüne, das, was die Fraunhofer-Gesellschaft macht, immer so beherzigen würden wie in diesem Fall, dann sollten Sie das doch bitte auch tun, wenn es um die Lockerung der Feinstaubgrenzwerte geht.

Wenn wir allerdings über Geschmäcke reden, dann erinnere ich Sie an Ihre Pressemitteilung vom 30. April dieses Jahres, in der es u. a. hieß: „Aufbau und Betrieb der Forschungsfertigung sollen durch die Fraunhofer-Gesellschaft erfolgen.“ Lieber Herr Ministerpräsident, dass die „unabhängigen“ Experten, auch „Mietmäuler“ genannt, zu dem Ergebnis kommen, dass Baden-Württemberg der beste Standort sei, verwundert mich nicht wirklich, wenn sie danach für Aufbau und Be-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

trieb verantwortlich sind. Aber solche Klüngeleien kenne ich auch von Ihrem Parteifreund, dem Stuttgarter Bürgermeister Werner Wölfe.

Kein Plan B: Das ist Ihre Aussage in einem Interview mit dem SWR gewesen, Herr Ministerpräsident, und beschreibt gleichzeitig auch Ihren gesamten Politikstil. Sie sind lebensgefährlich für das Land – wie Ihre Partei für die ganze Republik. Auszubaden haben das letztlich andere.

Darum bleibt nur zu hoffen, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... dass Ihre halberzige Kritik noch ein paar Fördermittel in Berlin lockert.

Der Einzige, der Erfolg hatte, ist, wie Kollege Rülke bereits sagte, Herr Reinhart gewesen: mit einem Telefonat immerhin 50 Millionen €. Congratulations, Professor Reinhart!

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist beendet. Vielen Dank.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Auf Wiedersehen, Frau Abgeordnete!)

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Daheim im Innovationsland: Innovation im Bereich Umweltschutz, Umwelttechnik, Ressourceneffizienz und Bioökonomie in Baden-Württemberg – Drucksache 16/2160

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Murschel.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich bei der Debatte gerade gefragt, was das jetzt eigentlich war:

(Abg. Paul Nemeth CDU: Eine Aktuelle Debatte!)

Batterieforschung spitze, aber irgendwie doch nicht. Auch ging es um die Frage, wie man die Systemkompetenz behält, usw. usf. Dazwischen wurde das Ganze so ein bisschen mit dem Politikum verquickt, dass das Geld jetzt halt doch nicht nach Ulm geht, sondern irgendwo anders landet.

Was mir dabei im Kopf bleibt, ist eines: Das Thema „Bioökonomie, Umwelttechnologie, Umweltführerschaft“, das wir uns in Baden-Württemberg immer wieder als spezielle Kompetenz zuschreiben, dürfen wir uns nicht wegnehmen lassen. Da brauchen wir in Zukunft auf jeden Fall das Standing und die Kompetenz.

Ich gehe ein bisschen auf das Thema Bioökonomiestrategie ein. Das ist ein Thema, bei dem wir uns wirklich auf die Schulter klopfen können und sagen können: Da haben wir wirklich Gutes gemacht und auf den Weg gebracht. Da sind wir weltweit, glaube ich, an der Spitze – mit Universitäten, mit Einrichtungen, aber auch mit kleineren Einheiten und Unternehmen, die sich in diesem Bereich tummeln. Die damals von Grün-Rot geführte Landesregierung hat bereits 2013 die Bioökonomiestrategie auf den Weg gebracht. Das war die Antwort auf die große Frage, wie man von der fossilen Energie hin zu mehr Klimaschutz und zu einer Nachhaltigkeit kommt.

Der Begriff Bioökonomie ist noch immer etwas schillernd – so würde ich es einmal nennen. Aber über die verschiedenen Definitionen hinweg betrachtet, enthält er heute einen politisch-strategischen Ansatz, der weltweit über die ganzen Politikbereiche und über die Länder hinweg ein Wirtschaftssystem beschreibt, das Ressourcen- und Klimaschutz als Kernkompetenz hat und ethische und soziale Fragen in großem Umfang beinhaltet.

Unsere Landesstrategie Bioökonomie orientiert sich auch an den Nachhaltigkeitsgrundsätzen und -zielen des Landes und den Zielen der Vereinten Nationen für die nachhaltige Entwicklung – übrigens auch eingebunden in eine Strategie der EU. Das ist gut so, weil die EU in letzter Zeit tatsächlich einen Schwerpunkt darauf setzt und Milliardenprogramme auflegt, um diese Bereiche stärker zu unterstützen.

Wenn man die Definition global betrachtet, stellt man fest: Bioökonomie ist die umfassende, wissenschaftsbasierte Erzeugung und Nutzung biologischer Ressourcen, Prozesse und Prinzipien, mit deren Hilfe Produkte und Dienstleistungen in allen wirtschaftlichen Sektoren im Rahmen eines zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bereitgestellt und genutzt werden können. Global gesehen beinhaltet das also recht viel, sagt aber eigentlich klar aus: Mit dem Verbrauch der fossilen Energien leben wir ja tatsächlich auf Kosten der kommenden Generationen. Man braucht das nicht länger auszuführen – das haben wir in diesem Haus und in den Ausschüssen schon Hunderte Mal debattiert.

Wir betreiben keine nachhaltige Politik, stattdessen brauchen wir ein Umdenken in Kreisläufe. Wir müssen wegkommen von der Produktion von kaum abbaubaren Kohlenstoffverbindungen. Kunststoffe sind das Thema auf der Welt: belastete Ökosysteme und Einträge von Kunststoffen in die Nahrungskette als gesundheitliches Risiko. Die Ressourcen werden knapper. Sie kennen die Thematik. Die Menschheit wächst, der Hunger wird zunehmen, und die Folgen liegen auf der Hand.

Deswegen brauchen wir so etwas wie bioökonomische Prinzipien in Wirtschaft und Gesellschaft unter Nutzung von – wie es so schön heißt – Life-Science-Disziplinen – darauf setzt auch die Universität Hohenheim ganz starke Schwerpunkte – und eine kreislauforientierte Ökonomie.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Paul Nemeth CDU)

Deswegen wird die Bioökonomie zu einem Systemwechsel führen, was die Art und Weise angeht, wie man Güter produziert, wie diese Güter genutzt werden und wie sie später auch

(Dr. Bernd Murschel)

recycelt oder einer energetischen Verwertung zugeführt werden. Damit ist sie ein integraler Teil der Energiewende wie auch der Nahrungsmittelversorgung, und sie spielt sicherlich auch beim Thema Mobilität – wir haben gerade darüber diskutiert – eine große Rolle.

Es geht also nicht nur um Umwelt- und um Klimaschutz, sondern auch um die Frage, wie Arbeitsplätze attraktiv und umweltfreundlich gestaltet werden können. Hierzu gibt es unterschiedliche Antworten – dies spiegelt sich auch in der Ökonomiestrategie wider – für ländliche, für urbane und für industrielle Räume.

Die strategischen Ziele im Bereich der Bioökonomie sehen für ländliche Räume anders aus als für die urbanen Bereiche. Die einzelnen in der Strategie nachzulesenden Maßnahmen sind nur strategische Beispiele, die man unendlich fortsetzen könnte.

Ich nenne einmal das, was auf der Ebene des Landes und der Landesregierung bereits gemacht wurde: Holz als Baustoff statt des aufwendigen Einsatzes von Zement; dies wurde vorgebracht, es ist nun auch ein Schwerpunktthema in der LBO. Biogasanlagen, die derzeit rund 8 % der Bruttostromerzeugung liefern: Jeder weiß, dass in ein paar Jahren fast alle dieser Anlagen aus der EEG-Förderung herausfallen werden. Wenn dies eintritt, stellt sich die Frage: Was passiert eigentlich mit all den frei werdenden Flächen, die bislang für die Biomasseproduktion genutzt wurden? Was wäre unter bioökonomischen Gesichtspunkten eine geeignete weitere Landnutzung? Soll man Nahrung erzeugen? Soll man dort Tiere halten? Soll man Nutzpflanzen für eine stoffliche Produktion anbauen? Soll man Energiepflanzen anbauen? All das sind Kernfragen für die Bioökonomie. Deswegen wird spannend sein, wie sich dies weiterentwickelt.

Die Themen werden uns also nicht ausgehen. Wir müssen in Baden-Württemberg die Bioökonomie als zentralen Bestandteil einer auf Fortschritt hin ausgerichteten Entwicklung verstehen, die unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit steht.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Daheim im Innovationsland: Innovation im Bereich Umweltschutz, Umwelttechnik, Ressourceneffizienz und Bioökonomie in Baden-Württemberg“ – das ist ein Antrag, der geradezu auf unser Land Baden-Württemberg zugeschnitten ist, und zwar gestern wie heute. Wir haben in diesem Bereich nämlich eine tolle Geschichte. Zugeschnitten ist er auch auf diese Regierung von Grün-Schwarz; denn wir haben in unserem Koalitionsvertrag umfangreiche Vereinbarungen getroffen, die unsere Vorreiterrolle in Baden-Württemberg, in Deutschland und in Europa fortführen sollen. Das ist ein Schwerpunkt dieser Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Die Umgebung, in der wir das tun, ist tatsächlich dramatisch. Die Weltbevölkerung wächst; derzeit leben 7,5 Milliarden

Menschen auf dem Planeten, 2050 werden es möglicherweise zehn Milliarden sein. Jahr für Jahr wächst die Weltbevölkerung um ca. 80 Millionen Menschen, so viel also, wie hier in Deutschland leben. Wir brauchen weltweit eine verstärkte Sicherung der Ökosysteme – Boden, Luft, Wasser, Natur –; wir brauchen – Kollege Murschel hat es schon angesprochen – die Sicherung der Ernährung. Dies muss, global gesehen, Toppriorität haben. Und zu all dem kommen die Herausforderungen durch den Klimawandel.

Deswegen brauchen wir eine hervorragende Forschung. Diese müssen wir fördern. Wir brauchen eine Exzellenzstrategie, und wir brauchen – meine Damen und Damen von der AfD –

(Heiterkeit der Abg. Nicole Razavi CDU)

innovative Köpfe. Wir brauchen innovative Köpfe aus der ganzen Welt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Deswegen schadet es Baden-Württemberg, wenn ausländerfeindlich und rassistisch argumentiert wird. Das darf in Baden-Württemberg keinen Platz haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Das ist unterirdisch! Ein Unsinn, so zu sprechen! Pauschal irgendwas in den Raum zu setzen!)

– Lesen Sie einmal Ihre Reden im Landtag nach. Dann wissen Sie, was ich meine. Hören Sie weiter zu.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sollten sich schämen! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Gegenruf von den Grünen: Was hat denn das mit Hartz IV zu tun?)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich darf um mehr Ruhe bitten. –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Tief durchatmen, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Das geht gar nicht!)

Herr Abg. Nemeth, warten Sie. – Herr Abg. Nemeth hat das Wort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Kollege hat recht mit dem, was er sagt!)

Abg. Paul Nemeth CDU: Wir haben hier in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, seit Jahrzehnten Exportschlager, die wir in Zukunft klimaneutral gestalten wollen und müssen. Und es gibt Firmen, die das leisten – diese vielen, vielen Hidden Champions, die wir in Baden-Württemberg haben. Unsere Stars wie Daimler, ZF, Bosch, Trumpf, Porsche, Heidelberger Druck sind heute noch Old Economy und werden morgen New Economy sein, indem sie klimaneutral für die Welt von heute und morgen gestaltet werden. Das ist deswegen entscheidend, weil auch die Chinesen das vorhaben. Es gibt einen Wettbewerb um Qualität und Schnelligkeit, und wir müssen dabei schneller und besser sein.

Da ist die Bioökonomie auch eine mögliche Lösung. Es geht hier um die Transformation einer großen, breit segmentierten Wirtschaft, und die Rohstoffe werden zukünftig, meine Damen und Herren, biobasiert sein. Anders geht es gar nicht.

(Paul Nemeth)

Nach Auffassung der CDU-Fraktion haben wir dabei nicht nur in Bezug auf Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Prosperität in Baden-Württemberg eine Aufgabe, sondern schaffen damit in Europa und der Welt etwas Gutes, weil wir es schaffen, klimaneutral Wohlstand für jedermann zu organisieren.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wie?)

Dabei verfolgen wir das Ziel, unsere Produkte ökologisch tragfähig zu machen sowie Chancengerechtigkeit und Wohlstand für jedermann zu schaffen. Das sind langfristige Entwicklungen, die dafür sorgen, dass wir eine CO₂-freie Wirtschaft gestalten, dass wir gleichzeitig den Naturschutz, die Gesundheitsforschung und -entwicklung im Auge haben und unsere Gesellschaft weg von einer Wegwerfgesellschaft und hin zu einer Kreislaufwirtschaft organisieren. Damit ist das, was mit der Bioökonomie geschaffen werden kann, beispielsweise auch ein Kampf gegen den Plastikmüll. Das Land ist auf diesen Transformationsprozess gut vorbereitet und auch ein Treiber dieser Entwicklung.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Ich bin auch unterbrochen worden. Deswegen möchte ich das jetzt kurz zu Ende führen.

Präsidentin Muhterem Aras: Das ist alles berücksichtigt.

Abg. Paul Nemeth CDU: Nein, das ist es nicht. Ich habe doch gesehen, dass die Uhr hier weiterlief.

(Abg. Anton Baron AfD: Ordnungsruf, Frau Präsidentin! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Wir brauchen hier nicht zu debattieren. Vollenden Sie den Satz, bitte.

Abg. Paul Nemeth CDU: Die Gründung von BIOPRO im Jahr 2003 beispielsweise hat hier eine Grundlage geschaffen. Deswegen glauben wir, dass wir mit dem jetzigen Koalitionsvertrag, mit den Aktionen, die der Herr Minister nachher auch noch vorstellen wird, sowohl für die ländlichen als auch für die urbanen Räume zum Wohle Baden-Württembergs eine gute Zukunft schaffen, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Voigtmann.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst ist es natürlich verdächtig, wenn die grüne Fraktion ihrer eigenen Regierung bescheinigt, dass Baden-Württemberg europa- und weltweit eine der Regionen mit dem höchsten Grad an Innovationen sei. Sie agiert hier wie ein Stichwortgeber, und dann kommen 21 Seiten Selbstdarstellung. Da wird man schon stutzig.

Aber vielleicht war das auch der Blick aus dem Antragsjahr 2017; der Antrag ist ja schon etwas älter. Da war der Blick

vielleicht noch siegestrunken und getrübt von dem glänzenden Wahlerfolg 2016.

Wenn es tatsächlich so ist, wie es behauptet wird, dann ist das ja wohl im Wesentlichen den sogenannten Tüftlern und Tüftlerinnen – das muss man jetzt ja immer dazusagen –, den Erfindern und Erfinderinnen sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Baden-Württemberg zu verdanken,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Präsidenten und Präsidentinnen!)

ohne deren Zutun das sicher nicht so gekommen wäre.

Allerdings irrt sich die Regierung, wenn sie in ihrer Stellungnahme schreibt, dass das alles dem Erfindungsreichtum besonders im Bereich der erneuerbaren Energien zu verdanken sei, welcher maßgeblich zum Wohlstand dieses Landes beigetragen habe. Nach unserem Eindruck ist eher das Gegenteil der Fall. Denn wir sehen, wenn wir genau hinschauen, Wohlstandsverluste durch Doppelstrukturen bei der Stromversorgung, den Niedergang vieler unserer Schlüsselindustrien und ähnliche Beispiele.

Wenn Sie so tun, als ob Sie das Copyright für die Ressourceneffizienz besäßen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Bevor es die Grünen gab, gab es schon die Schwaben und die Badener, die ständig auf den sparsamsten Einsatz von Ressourcen achtgegeben haben. Sie sehen: Es ist eigentlich doch alles schon einmal da gewesen.

(Beifall bei der AfD)

Der sorgsame Einsatz von Ressourcen war schon immer der Schlüssel zum wirtschaftlichen Wohlergehen. Es gibt daneben aber auch noch andere Produktionsfaktoren wie Betriebsmittel, Kapital und schließlich personelle Ressourcen, die auch zu beachten sind. Das lernt man in der ersten Vorlesung Betriebswirtschaftslehre.

Bleiben wir aber doch noch ein bisschen bei Ihren Lieblingsressourcen Rohstoffe und Energie. Glauben Sie ernsthaft, dass man gestandenen Unternehmern Vorträge über richtiges Wirtschaften halten muss, Sie die gar stimulieren müssen? Das muss sich wohl eher auf die Verwaltungen in Gemeinden, Bund und Ländern beziehen, wo der Begriff Effizienz jahrelang, gar jahrzehntelang eigentlich ein Fremdwort war.

Natürlich haben Sie recht, wenn Sie beklagen, dass Waren und Dienstleistungen, die mit zu hohem Energie- und Ressourceneinsatz produziert bzw. erbracht werden, unökologisch sind. Sie sind dann aber zugleich auch – darauf sollten Sie achten – zu teuer, also unökonomisch und damit nicht wettbewerbsfähig. Das ist ein marktwirtschaftliches Prinzip, das man sich einmal genauer anschauen muss, das wie von selbst funktioniert – ganz im Interesse der Ökologie und ohne Reglementierungen seitens überschlaue Ökologen.

Beschränken Sie, die Landesregierung, sich also besser darauf, mit Augenmaß Rahmenbedingungen zu setzen. Greentech-Innovationen, wie es so schön heißt, und Märkte dafür entstehen mit klugen Unternehmen quasi von ganz allein.

Hören Sie auf, einen Wust von teuren und in weiten Teilen unsinnigen Studien in Auftrag zu geben. Beispiele hierfür sind

(Klaus-Günther Voigtmann)

die Studie „Ressourceneffizienz durch Industrie 4.0“, der Umwelttechnikpreis, das Projekt „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ und Ähnliches.

Was Ihre ominöse Ultraeffizienzfabrik betrifft: Es klingt verdammend nach Zentralverwaltung, wenn von Ihnen postuliert wird – ich zitiere –:

Die Fabrik der Zukunft soll vollkommen verlust- und belastungsfrei, ohne Emissionen ..., ohne Lärm und Abfall produzieren.

Wahrscheinlich ohne Mitarbeiter und ohne Anstrengung.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Ob die Unternehmer es so wollen, dass man sie an die Hand nimmt und in eine leuchtende Zukunft führt, wage ich zu bezweifeln.

Schauen wir doch mal, wie sich die Welt zwischen der Antragstellung im Jahr 2017 und heute entwickelt hat. 2019 schauen wir auf eine deutsche und damit auf eine baden-württembergische Wirtschaft auf dem Rückzug. Die Prognosen sind düster, die Wirtschaftsdaten stagnieren; demnächst werden sie rückläufig sein. Großfirmen kündigen Schrumpfkuren, teilweise Massenentlassungen an. Die Energiekosten steigen kontinuierlich. Die Gefahr eines großflächigen Blackouts nimmt zu. Mit der Abschaltung weiterer Kernkraftwerke 2019 und 2020 steigt der CO₂-Ausstoß statistisch zwangsläufig weiter an.

Und wo bleibt die Ressourceneffizienz in Bezug auf die Energieerzeugung? Da zählen natürlich nur erneuerbare Energien. Aber es wird mit Herkulesaufwand volkswirtschaftliches Vermögen in die Rückgewinnung von Phosphor aus den Abwässern investiert – aus ideologischen Gründen natürlich, denn da gehört es nicht hin. Die Kosten dieses Phosphors liegen aber weit über dem Marktpreis des Handels mit Phosphor aus den Abbaugebieten. Das ist also ein Verlustgeschäft.

Warum nimmt man sich mit demselben Enthusiasmus der sogenannten Abfälle aus der Kernkraftnutzung an und macht dort aus Rohstoffen ideologischen Müll, welcher mit Hunderten von Milliarden Euro unter die Erde geschafft werden muss, anstatt die dort noch vorhandenen Energiereserven mit heutiger Technik zu heben?

(Zuruf des Abg. Gernot Gruber SPD)

Diese Energiereserven sind größer als das, was Sie mit ein paar Tausend Windrädern in ihrem gesamten Lebenszyklus zusammenbekommen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und das übrigens auch noch bedarfsgerecht und CO₂-frei in inhärenten Kraftwerken. Viele dieser Verfahren und Patente wurden in den Neunzigerjahren des letzten Jahrtausends für „einen Apfel und ein Ei“ aus Deutschland in die Welt verschleudert und werden uns in der Zukunft erhebliche Konkurrenzprobleme beschern. Die Nationen, welche diese Rechte übernommen haben ...

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: ... – selbstverständlich –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

nennt man im Übrigen heute innovativ. Das werden dann eben andere sein, und sie werden die Industrie Baden-Württembergs und Deutschlands in den Schatten stellen. Erfolg hat eben, auf die Dauer gesehen, nur der Tüchtige und nicht der Ideologe.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Gruber.

Abg. Gernot Gruber SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Daheim im Innovationsland“ ist unser Thema. Zum Glück haben wir viele Innovationen hier im Land, auch im Bereich Umwelttechnik und Umweltschutz. Das ist wichtig für unser Land, und ich denke, das entspricht auch den Erwartungen an die dichte Universitäts- und Forschungslandschaft, an die wirtschaftsstarke Betriebe in unserem Land, an die Frauen und Männer, die als Tüftler, Denker, Techniker und Ingenieure unser Land voranbringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Unstrittig ist bei diesem Thema auch – das ist auch bei den ersten beiden Vorrednern deutlich geworden –, dass die Landesregierung und insbesondere auch der Umweltminister hier umtriebig und engagiert sind. Es sind schon viele Beispiele genannt worden. Wir, die SPD-Fraktion, unterstützen deswegen auch vieles – nicht deshalb, weil vieles schon in der grün-roten Landesregierung angeschoben worden ist, sondern weil wir vieles auch inhaltlich für richtig halten.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Es stellt sich aus Sicht der Opposition aber dann natürlich die Frage: Ist Baden-Württemberg, ist die grün-schwarze Landesregierung insgesamt gut genug für die großen Herausforderungen, die sich uns stellen? Kollege Nemeth hat das Thema Weltbevölkerung angesprochen; es ist ja schon gewaltig. Da müssen wir an der einen oder anderen Stelle auch besser und innovativer und noch engagierter werden.

Ich möchte auf ein Beispiel hinweisen: Es gibt seit Jahren ein hochinteressantes und für die Energiewende kaum zu überschätzendes Projekt mit Speicherung der Windenergie in einer großen Redox-Flow-Batterie beim Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie, ICT, im Pfinztal. Die Erwartungen an die Technik haben sich im Testbetrieb im Wesentlichen erfüllt. Wir, der zuständige Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion, haben uns das vor Ort direkt angeschaut. Wir möchten doch einmal anmerken: Wir haben das Gefühl, auch wenn wir den langen Antrag mit der ausführlichen Stellungnahme der Landesregierung anschauen, dass dieses tolle Projekt zu wenig Beachtung gefunden hat, zu wenig Beachtung findet, wenn wir es weiter vorantreiben wollen.

(Gernot Gruber)

Große Batterien auf Redox-Flow-Basis sind wegen ihres Volumens nicht nur für den Einsatz im Straßenverkehr geeignet, sondern sehr wohl auch interessant für die Schifffahrt und stationäre Speicher in Häusern oder Quartieren. Wir denken, dass wir bei der Energie nicht nur auf Lithium-Ionen-Batteriespeichertechnik setzen sollten, gerade, weil sie auch aufgrund der schwierigen Rohstoffgewinnung und der schwierigen Arbeitsbedingungen zu Recht in der Kritik steht.

Deshalb könnte und sollte die Landesregierung aus unserer Sicht auch in andere Bereiche mehr Energie investieren, um die Projekte noch intensiver voranzutreiben. Da erwarten wir uns hier auch eine noch stärkere Betonung der Technologieoffenheit.

Natürlich müssen wir – das ist ja bei Tagesordnungspunkt 1 auch angeklungen – auch bei der Elektromobilität vorankommen. Die Firmen in unserem Land müssen weltmarktfähig bleiben. Das gilt aus unserer Sicht aber nicht nur für die Elektromobilität, sondern auch für die klassischen Antriebe, die energieeffizienter weiterentwickelt werden müssen. Wir müssen die Chancen durch synthetische Kraftstoffe nutzen und auch die wasserstoffbetriebene Brennstoffzelle vorantreiben. Auch hier wollen wir, dass Baden-Württemberg Innovations- und Musterländle ist – wenn ich das so sagen darf.

Viel ist daran aus unserer Sicht zu stark nur auf die Lithium-Ionen-Technik ausgerichtet, und andernorts – der Kollege Mack hat es heute Morgen angesprochen – baut die Post schon Lkws nicht nur mit klassischer Batterietechnik, sondern auch mit Brennstoffzellen und mit chemischem Speicher. Auch bei dieser Technik müssen wir vorn dabei bleiben.

Wenn ich auf die Anzeige meiner Redezeit schaue, sehe ich, dass mir nicht mehr viel Zeit bleibt. Ich kürze deshalb ab. Wir haben schon am Anfang dieser Sitzung viel Zeit investiert.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ganz wichtig ist uns, dass wir die Technik, die wir haben – sei es bei der Windenergie, sei es bei der Solarenergie –, auch einsetzen. Beim Beispiel Solarenergie erfüllt uns mit Sorge, dass uns Bayern ein Stück weit den Rang abläuft und bei der Freiflächenfotovoltaik viel erfolgreicher ist als wir. Ich denke, da müssen wir nachlegen; da müssen wir Anschluss finden, um auch bei der CO₂-Bilanz besser zu werden. Denn es darf niemanden von uns zufriedenstellen, dass Baden-Württemberg mit einer CO₂-Einsparung von nur 12 % gegenüber 1990 leider viel schlechter dasteht als der Bund.

Insofern brauchen wir gute und schöne Reden hier im Landtag, auf Kongressen, brauchen wir gute und schöne Broschüren. Aber noch wichtiger ist, dass wir in der konkreten Praxis vorankommen. Mit anderen Worten: Insgesamt ist in unserem Innovationsland viel erreicht worden, aber noch mehr ist auch zu tun.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Reich-Gutjahr das Wort.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute einen Antrag der Grünen aus dem Jahr 2017, der sich mit dem Thema „Innovationsland Baden-Württemberg“ beschäftigt und der klären soll, wie das Potenzial an Innovationen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung durch unsere Landesregierung weiter verlässlich stimuliert werden kann. Er enthält elf Fragen und 20 Seiten Antworten mit viel Grundsätzlichem zum globalen Ressourcenverbrauch und den Klimafolgen der Rohstoffgewinnung sowie einige Beispiele wie die Ultraeffizienzfabrik, Projekte wie „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ und Thinktanks, die Stimulation sein sollen.

Diese Maßnahmen aktivieren aus unserer Sicht möglicherweise große Unternehmen, sich mit den Fragen in diesem Kontext auseinanderzusetzen. Wir sind uns aber ziemlich sicher, dass sich kleine und mittlere Unternehmen kaum die Zeit nehmen werden, an solchen Runden teilzunehmen. Dies hatte ich schon ausgeführt, als wir Anfang 2018 zu diesem Thema sprachen.

Warum wurde der Antrag jetzt aufgerufen? Es hat sich schon gezeigt: Er soll vermutlich dazu dienen, die neueste Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie für Baden-Württemberg“ zu präsentieren und ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Die Absicht der Regierung ist es, hier dem Verbrauch endlicher, fossiler Energien durch den Einsatz nachwachsender Rohstoffe etwas entgegenzusetzen. Die Details hatten Herr Murschel und Herr Nemeth schon dargestellt.

Ich frage mich: Gibt es dazu bei uns in Baden-Württemberg, in Deutschland oder auf der Welt tatsächlich zu wenige Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung, dass es weiterer Initiativen bedarf? Braucht es auch eine Klimaschutzstiftung, wie von der CDU vorgeschlagen, um bei dem Thema Klimaschutz voranzukommen?

Unser Problem liegt doch viel weniger in einem Mangel an Erkenntnissen als in der fehlenden Umsetzung der Erkenntnisse in Innovationen. Denn wenn wir aus den vielen Erkenntnissen Innovationen gemacht hätten, dann wären wir auch bei den Klima- und Umweltschutzziele deutlich weiter. Bei so vielen Stimuli durch die regierungsseitigen Strategien kann es eigentlich nicht sein, dass wir beim CO₂-Ausstoß erst eine Reduzierung um 11 % erreicht haben und damit hinter unserem Ziel von 25 % bis 2020 deutlich zurückbleiben. Das gilt auch auf Bundesebene. Denn Maßnahmen für den Klima- und den Umweltschutz sind keine rein nationalen oder bundesstaatlichen Aktivitäten, sondern sie müssen ganzheitlich erfolgen.

Ist vielleicht die Politik selbst mit ihren vielen Einzeleingriffen der Grund, dass es nicht vorangeht, weil sie stört?

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Wir brauchen eine Stoßrichtung, die bewirkt, dass sich alle Akteure am Markt aktiv auf die Suche nach Verbrauchersenkungstechnologien und Alternativen zu fossilen Brennstoffen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der bisher beschrittene Weg hat Deutschland jedenfalls in eine klimapolitische Sackgasse geführt. Aktuell werden näm-

(Gabriele Reich-Gutjahr)

lich neben dem europäischen Emissionshandelssystem – EU ETS – zusätzlich erneuerbare Energieträger gefördert sowie ordnungsrechtliche und fiskalische Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen. Immer mehr parallel laufende, nicht aufeinander abgestimmte und sich teilweise sogar widersprechende Einzelmaßnahmen führen jedoch nicht zu einem nennenswerten Fortschritt bei der CO₂-Reduktion und damit beim Klimaschutz.

Der Instrumentenmix, den die Politik anwendet, ist kleinteilig, redundant und bürokratisch. Er ist unwirtschaftlich, setzt keine Anreize, innerhalb der Sektoren und über die Sektoren hinweg nach kostengünstigen und wirksamen Maßnahmen der CO₂-Einsparung zu suchen.

Immer größer werden die Zweifel an der Bezahlbarkeit der Versorgungssicherheit und der Umweltverträglichkeit der deutschen Energiepolitik. Wir müssen endlich zu marktwirtschaftlichen und effizienten Maßnahmen zurückkehren.

Diese Einschätzung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2017/18 gilt es aufzugreifen – Zitat –:

Um die deutschen und europäischen Klimaschutzziele ... zu erreichen, muss Deutschland jetzt eine Kehrtwende in der Klimapolitik einleiten. Die getrennt vorangetriebene Strom-, Mobilitäts- und Wärmewende ist kontraproduktiv, da der Staat keine genaue Kenntnis über

– jetzt hören Sie gut zu! –

künftige technologische Entwicklungen und damit über die ideale Intensität und Reihenfolge der einzelnen Transformationen hat.

Sektorenspezifische Ziele und Klimaschutzinstrumente sind kontraproduktiv. Wir brauchen Ansätze, die alle Sektoren technologieneutral miteinander verkoppeln und mit einem einheitlichen CO₂-Preis versehen.

Deswegen hatte die FDP-Bundestagsfraktion bereits im Januar 2018 einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht, auch den Verkehrs- und den Wärmesektor in den Emissionshandel einzubeziehen – zunächst national und dann möglichst schnell EU-weit, ergänzend zu dem bereits vorhandenen Zertifikatehandel.

Leider wurde dieser Antrag von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Das ist in mehrfacher Hinsicht bedauerlich. Wir kommen beim Kampf gegen den Klimawandel nicht voran, wir schöpfen die Innovationspotenziale aus Forschung, Entwicklung, von Tüftlern und Unternehmen nicht aus, und wir verschenken die Wirtschaftskraft dieser Innovationen, die wir im Hinblick auf strukturelle Veränderungen dringend brauchen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Wir brauchen einen umwelt- und klimarelevanten Ruck, der durch unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft geht. Der CO₂-Zertifikatehandel ist der Königsweg dazu. Kleinteilige Strategien wie die heute vorgetragene verzerren hingegen den Markt und be-

hindern den Fortschritt und sind deshalb am Ende auch nicht nachhaltig.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat Herr Minister Untersteller das Wort. – Bitte.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Reich-Gutjahr, ich bin völlig anderer Meinung, was den Preis über alle Sektoren betrifft. Ich will Ihnen nur ganz kurz an einem Beispiel erläutern, warum.

Derzeit haben wir im europäischen Emissionshandel einen Preis von 26 € pro Tonne. Das ist schon einmal erheblich mehr als im letzten oder im vorletzten Jahr, als wir 6 €, 7 € pro Tonne hatten. Das war kein Preissignal, sodass trotz Ausbaus der erneuerbaren Energien die Braunkohlekraftwerke rund um die Uhr durchgelaufen sind.

26 € pro Tonne sind allerdings ein Signal für die Strombranche mit der Folge, dass im letzten Jahr Steinkohlekraftwerke in Deutschland in einem Umfang aus dem Markt gegangen sind wie noch nie zuvor. Aber 26 € im Wärmesektor und im Verkehrssektor sind kein Preissignal. Das ist sozusagen die Schwankung, die Sie und ich zwischen dem Preis am Morgen und dem am Abend an der Tankstelle sehen. Das ist doch kein Preissignal.

Wenn das stimmt, was ich sage, dann macht es selbstverständlich Sinn, die Sektoren unterschiedlich zu betrachten. Das können Sie heute übrigens in einem Verbandepapier nachlesen, in dem der BDI – das ist nicht unbedingt ein Verband, mit dem ich täglich zusammensitze –, aber auch Gewerkschaften und andere Industrieverbände genau dies zum Ausdruck bringen. Ich meine, dann kann man doch nicht einfach sagen: „Das, was wir da vorgeschlagen haben, ist das Beste, was es gibt.“ Vielmehr ist das zu Recht von allen Fraktionen im Bundestag abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen hat die Landesregierung – in diesem Fall der Kollege Hauk und ich – einen Vorschlag für eine gemeinsame Bioökonomiestrategie in Baden-Württemberg gemacht. Die Landesregierung hat diese Strategie auf den Weg gebracht und beschlossen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Wir werden in den kommenden Jahren mit dieser Strategie den Einsatz nachwachsender Rohstoffe in unserem Land weiter vorantreiben. Dies dient zum einen dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, stärkt aber auch – das ist ebenfalls wichtig – unseren Wirtschaftsstandort. Dies gilt umso mehr in der Umbruchphase, in der sich der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg befindet und in den kommenden Jahren befinden wird.

Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg zu einem Beispielland für biobasierte, nachhaltige und kreislaforientierte Wirtschaftsformen zu machen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ist es bereits!)

(Minister Franz Untersteller)

Wir wollen mit innovativen biologischen Konzepten erneuerbare und recycelbare Rohstoffe erschließen. Wir wollen damit auch einen Teil der Treibhausgasemissionen senken, die Biodiversität steigern und damit gleichzeitig Impulse für Innovationen in der Wirtschaft und in der Forschung geben.

Das Potenzial einer innovativen, biobasierten oder biointegrierten Ökonomie ist enorm, meine Damen und Herren. Die Bioökonomie wird Innovationen anreizen und dabei helfen, den Industriestandort Baden-Württemberg in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu sichern. Die Bioökonomie ist mithin ein, so will ich einmal sagen, schönes Beispiel, wie wir durch gezielte Umweltpolitik auch Innovationen anreizen können, die uns sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Ressourcenschonung, als auch bei der Stärkung unserer unternehmerischen Innovationskraft voranbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich will Ihnen neben der Bioökonomie zwei weitere Beispiele nennen. Das erste ist die Kreislaufführung wirtschaftskritischer Rohstoffe als Schrittmacher für zukünftige Innovationen. Das Wort Ultraeffizienzfabrik ist ja jetzt hier schon zweimal gefallen.

Wenn man hier manche reden hört, insbesondere von der rechten Seite, könnte man denken, in Ministerien würden Leute sitzen, die keine Ahnung hätten, sondern sich irgendwas aus den Fingern saugen würden. In Wirklichkeit reden wir über einen Projektvorschlag, der in diesem Fall von drei angesehenen Fraunhofer-Instituten kommt. Das sind übrigens nicht nur bundesweit, sondern europaweit angesehene Institute, nämlich das Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation in Stuttgart, das Institut für Produktionstechnik und Automatisierung – auch mit Sitz in Stuttgart – und das Institut für Grenzflächen- und Bioverfahrenstechnik. Diese Institute haben diese Idee entwickelt, und wir fördern sie. Wir machen das, weil wir diesen Wirtschaftsstandort in Zukunft sichern wollen.

Dann muss ich mir dieses Zeug von der rechten Seite anhören. Das, was Sie hier erzählen, ist, denke ich, wirklich gefährdend für den Wirtschaftsstandort. Das kann ich Ihnen nur sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf von den Grünen: Richtig!)

Mit diesen geförderten Vorhaben wollen wir die Ressourceneffizienz in den kommenden Jahren steigern, wollen wir kritische Rohstoffe, insbesondere Metalle, im Kreislauf führen, um damit Impulse für Innovationen beim Recycling, aber auch bei der Produktentwicklung zu geben.

Warum ist das so wichtig? Ich will es auch einmal an Zahlen erläutern. Der Ressourcenverbrauch hat sich in den letzten 30 Jahren, global gesehen, verdoppelt. Das sind nicht meine Zahlen, das sind die Zahlen der OECD. Er hat sich auf ein Niveau von 80 Milliarden t verdoppelt. Und die Prognose der OECD ist, dass sich der Ressourcenverbrauch in den nächsten 30 Jahren, wenn die anderen Länder, global gesehen, den OECD-Standard anstreben sollten, noch einmal mehr als verdoppelt und auf ein Niveau von über 180 Milliarden t steigt.

Wenn dann sozusagen noch mehr Primärrohstoffe gefördert werden – in noch abgelegeneren Winkeln dieser Erde – und noch mehr Aufwand betrieben werden muss, um an Metalle, Seltene Erden usw. zu kommen, frage ich Sie: Wieso soll es falsch sein, dass wir Projekte voranbringen wie die Ultraeffizienzfabrik, wie das Projekt Demontagefabrik, bei denen es darum geht, die Metalle, die in unseren Handys sind, die in unseren elektronischen Geräten sind, wieder zurückzugewinnen und sie im Kreislauf zu führen, und zwar so, dass dies wirtschaftlich geschieht? Was soll denn, bitte schön, daran falsch sein?

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich würde Sie bitten, Frau Kollegin Reich-Gutjahr, solche Ideen nicht zu verunglimpfen, sondern dankbar zu sein, dass wir Forscherinnen und Forscher hier am Standort haben und solche Institutionen und Einrichtungen wie die Fraunhofer-Institute, die uns hierbei unterstützen und Baden-Württemberg zu einer führenden Region bei diesen Themen machen. Da geht es um die Sicherung der Rohstoffversorgung unserer Industrie und um nichts anderes.

Ich will Ihnen auch da ein Beispiel nennen. Gold ist bekanntermaßen etwas, was für Menschen sehr wichtig ist, und viele begehren das ja auch. Aus einer Tonne Golderz gewinnen Sie 5 g Gold. Aus einer Tonne Althandys könnten Sie 200 g Gold gewinnen. Alle Welt buddelt aber nach den 5 g. Warum? Weil in unseren Handys dieses Gold nur in Spuren enthalten ist und es sich bei den üblichen Methoden nicht rechnet, dieses Gold wieder zurückzugewinnen.

Jetzt geht es nicht nur um das Gold. Da drin sind 40 bis 50 verschiedene Metalle, Seltene Erden und ich weiß nicht was. Also geht es doch darum, Verfahren zu entwickeln, wie wir diese Stoffe wieder zurückgewinnen können. Da sind wir mit dabei.

Ich habe mich auch gewundert, als ich gelesen habe – auch in den Vorlagen unserer Fachleute –, dass es möglich ist, Gold z. B. aus Elektronikschrott zu gewinnen, indem bestimmte Bakterien das Gold an sich binden und das Ganze anschließend mit Luft aufgeschäumt wird. Der Schaum mit dem Gold kann dann eingeschmolzen und das Gold zurückgewonnen werden.

Was, bitte schön, soll denn falsch daran sein, dass wir solche Verfahren – ich habe jetzt nur dieses eine Beispiel genannt – in den nächsten Jahren unterstützen, um dann in einem gewissen Umfang – sicherlich nicht 1 : 1 – Rohstoffe zurückzugewinnen? Was soll falsch daran sein, dass wir schauen, wie wir Phosphor – ein endlicher Stoff, wie insbesondere die Landwirtinnen und Landwirte wissen, ein notwendiger Stoff für menschliches Leben – aus Klärschlamm oder aus der Asche von verbranntem Klärschlamm wieder zurückgewinnen können? Was soll daran falsch sein?

Es gibt heute noch Phosphorvorkommen, und es gibt sie auch noch einige Jahrzehnte. Aber wenn man sich einmal ein wenig mit der Thematik beschäftigt hat, dann stellt man fest: Wir stehen vor einem kleinen Problem. Die Phosphorvorkommen, die es gibt – hauptsächlich in Marokko, Mauretanien usw. –, sind immer stärker mit Uran verunreinigt.

(Minister Franz Untersteller)

Ein Fernsehteam eines hiesigen Senders ist einmal mit Phosphordünger, den jeder von uns im Baumarkt kaufen kann, nach Obrigheim gefahren. Es war eine Anregung von mir, das einmal zu machen. Das hat das Team gemacht. Es ist da rein und kam auch wieder raus. Aber der Sack Phosphordünger liegt heute noch in Obrigheim. Warum? Weil er nicht freigemessen wurde, weil er über zehn Mikrosievert in der Belastung liegt und damit nicht mehr herausdarf.

Das ist von der Belastung her nicht dramatisch – nicht dass Sie das falsch verstehen –, aber das heißt: Phosphor ist immer stärker verunreinigt. In den Projekten, die wir hier in Baden-Württemberg haben, können wir mittlerweile zeigen, dass die Produkte aus Phosphor, den wir hier wieder zurückgewinnen, in der Qualität sogar besser sind als solche aus Primärphosphat.

Jetzt frage ich Sie: Was soll denn falsch daran sein, dass wir in den letzten Jahren 8 Millionen € aus EU-Mitteln, in diesem Fall EFRE-Mittel, plus weitere 6 Millionen € aus Landesmitteln in die Hand genommen haben, um Projekte zum Voranbringen der Phosphorrückgewinnung hier in Baden-Württemberg zu starten?

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt
Beifall bei der SPD)

Das machen wir beispielsweise in Offenburg mit dem Klärschlamm. Wir werden es aber in Zukunft auch mit Asche machen. Die diesbezüglichen Projekte sind mittlerweile von uns freigegeben und werden in den kommenden Jahren umgesetzt. Wir gehen davon aus, dass wir mittelfristig größenordnungsmäßig 30 bis 40 % des Phosphorbedarfs in Baden-Württemberg über eine solche Kreislaufführung abdecken können.

Da muss man doch sagen – die Beispiele, die ich Ihnen genannt habe, zeigen es –: Da kommen Ökologie und Ökonomie zusammen. Was meine ich damit? Wenn weniger Primärrohstoffe noch aus den letzten Winkeln dieser Erde herausgeholt werden müssen, dann ist das unter ökologischen Gesichtspunkten zunächst einmal positiv zu bewerten.

Und unter ökonomischen Gesichtspunkten ist es positiv zu bewerten, wenn wir mit unseren Ansätzen, die wir in den letzten Jahren im Rahmen der Ressourceneffizienzstrategie verfolgt haben, mit dazu beitragen, dass die Rohstoffversorgung der baden-württembergischen Industrie verbessert wird.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir achten darauf, dass auch die Kosten im Rahmen bleiben und wir damit nicht so sehr in eine Abhängigkeit von der weltweiten Entwicklung mit ihren Krisen usw. geraten. Das ist doch eine positive Entwicklung, über die alle eigentlich froh sein müssten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, darf Frau Abg. Reich-Gutjahr eine Zwischenfrage stellen?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ja, bitte.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Danke. – Herr Minister, wir sind uns sicherlich einig, dass es richtig ist, diese Erkenntnisse zu gewinnen. Mein Punkt war ja die Frage: Finden sie ihren Umschlag in der Wirtschaft oder bei Anwendern, die daraus das machen müssen, was am Ende zu Innovationen am Markt führt? Können Sie uns da noch einmal ein paar Beispiele nennen, was aus der Ultraeffizienzfabrik umgesetzt wurde?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herzlichen Dank für das Stichwort. Das Beispiel gebe ich Ihnen gern gleich. Wenn Sie mich in meiner Rede fortfahren lassen, werden Sie feststellen, was ich damit meine. Aber ich bin Ihnen jetzt schon einmal dankbar, dass Sie mir das Stichwort geben.

Wir werden – um ein weiteres Beispiel zu nehmen – gemeinsam mit einem breiten Forschungs- und Industriekonsortium im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft das Thema „Industrielle Demontage und Recycling von Batterien“ voranbringen. Vorhin ist – ich weiß nicht mehr, von welcher oder welchem meiner Vorrednerinnen und Vorredner – die Aussage gefallen: Na ja, es ist nicht unproblematisch mit den Rohstoffen, die wir für Batterien brauchen: Lithium, Kobalt. Das stimmt ja auch; also macht es dann doch Sinn, dass wir Forschungsprojekte voranbringen, um auch in Bezug auf diese Stoffe, die in den Batterien verbaut sind, zu schauen, dass wir sie wieder zurückgewinnen können.

Das ist mit Gegenstand des Projekts Demontagefabrik, das wir auch wiederum mit Fraunhofer-Instituten voranbringen wollen. Ich sehe hier die große Chance, erstens Rohstoffe, die für eine emissionsfreie Mobilität essenziell sind, im Land zu halten und Importabhängigkeiten zu reduzieren, zweitens natürlich die Wertschöpfung auch bei der Batterie an unserem Standort zu vertiefen, und schließlich auch die mit negativen Umweltwirkungen verbundene weltweite Primärrohstoffgewinnung – ich habe es eben schon gesagt – zu drosseln.

Hier schaffen wir Innovationen mit einem dreifachen Nutzen, nämlich für Baden-Württemberg, für die heimische Wirtschaft und für die Umwelt.

Jetzt komme ich zu dem, was ich angekündigt habe. Ich verdeutliche es einmal anhand des Beispiels Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie als strategische Zukunftstechnologie: Die Automobilindustrie ist – das wissen wir alle – nun mal eine Kernbranche für Baden-Württemberg. Sie befindet sich derzeit in einem tief greifenden Wandel. Neben den Themen Digitalisierung und „Autonomes Fahren“ spielt der Umstieg auf emissionsfreie Antriebssysteme eine ganz entscheidende Rolle. Diesen Transformationsprozess begleiten wir mit großem Einsatz. Das haben wir vorhin in der Debatte auch gesehen.

Noch einmal: Das, was wir hier in den letzten Monaten, leider vergeblich, versucht haben – Stichwort Batterieforschung Ulm –, ist ein Weg; ein anderer ist, dass wir die Forschungsfabrik HyFab, wie das Projekt heißt, vor wenigen Wochen im Ministerrat beschlossen haben. Damit wollen wir die Automobilindustrie und auch die Zulieferindustrie in Baden-Württemberg bei der Industrialisierung der Brennstoffzellenfertigung qualifizieren und unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Minister Franz Untersteller)

Frau Kollegin Reich-Gutjahr, schauen Sie einmal – jetzt komme ich zu dem, was Sie gefragt haben –, wer denn bei solchen Projekten alles dabei ist. Jetzt könnte ich allein die nächsten fünf Minuten vorlesen, welche Unternehmen alle dabei sind. Das mache ich natürlich nicht. Ich sage es Ihnen nur einmal auszugsweise: Audi AG, BMW AG, ContiTech, ElringKlinger, Freudenberg, Friedrich Boysen GmbH, FUMATECH, Schmalz GmbH, Liebherr, Mercedes-Benz hier in Stuttgart, Schaeffler, Siemens usw. usf. Ich meine, da kann man doch nicht behaupten, dass wir das irgendwie losgelöst von der industriellen Basis dieses Landes machen würden.

Ganz im Gegenteil: Ich habe den Eindruck, dass wir in den letzten Jahren diese Projekte, übrigens auch das Projekt „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ – – Das war nicht meine Idee; das war die Idee von Herrn Koch, dem früheren Chef des LVI hier in Stuttgart – er ist vor, ich glaube, zwei Jahren verstorben. Wir haben uns dann zusammengesetzt und haben gesagt: Es ist eine gute Idee – das machen wir gemeinsam –, zu schauen: Was haben wir im Mittelstand in Baden-Württemberg an positiven Beispielen für Ressourceneffizienz? Es zeigte sich, dass da einiges zusammenkam.

Die Hoffnung, die wir bei so etwas immer haben, ist die, dass andere das dann auch machen. Ich meine, wenn einer sieht, dass ein Mittelständler das macht, fragt er sich: Wieso kann ich das nicht? Es ist doch die Hoffnung, die wir mit solchen Projekten verbinden, dass das vorangebracht wird. Auch da würde ich mir wünschen, dass Sie solche Projekte unterstützen und sie hier nicht diskreditieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, Frau Abg. Gurr-Hirsch möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ja, gern.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte schön.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Minister, unsere beiden Häuser sind an diesem Thema beteiligt. Können Sie den Interessierten sagen, wie viele Arbeitsplätze in Zukunft möglicherweise generiert werden können – dies ist sicherlich eine Schätzung – und wie die EU diesen Zweig bewertet, so dass wir vielleicht in der nächsten Förderperiode an der EU-Förderung teilhaben können?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herzlichen Dank für die Frage. – Ich kann jetzt keine konkrete Zahl nennen.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das ist üblich, Herr Minister!
Das können Sie nie!)

– Ach, Leute, euer Gequake. Wirklich!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sagen Sie ihm doch die Uhrzeit, dann ist er zufrieden!)

Auch in den Beratungen im Kabinett ist deutlich geworden, dass es, was die Rohstoffgewinnung betrifft, auch im Bereich der Landwirtschaft erhebliche Potenziale gibt. Aber auch industriell sind erhebliche Potenziale vorhanden. Beide Häuser

haben in den letzten Monaten die Dinge gemeinsam in Brüssel vorgestellt. Unser Ziel ist es, in die nächste EFRE-Förderperiode aufgenommen zu werden. Die Signale sind positiv, um nicht zu sagen, sehr positiv. Das bedeutet, dass wir in den nächsten Jahren als Kofinanzierung der Mittel, die wir seitens des Landes bereitstellen, auch erhebliche Mittel aus Brüssel bekommen werden.

Es ist ja kein Geheimnis – der Herr Ministerpräsident hat es in der Pressekonferenz dargestellt –: Im Zeitraum von 2020 bis 2024 geht es um einen Betrag von rund 50 Millionen € – nicht nur Landesmittel, sondern auch europäische Mittel –, den wir in dieses Projekt stecken werden.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch Folgendes: Innovationsexzellenz braucht einen Nährboden, und eine Umweltpolitik, die sowohl den Schutz der Umwelt im Blick hat als auch Innovationen stimuliert, schafft einen solchen Nährboden. Davon bin ich fest überzeugt. Ich will es einmal zuspitzen: Umweltpolitik ist, so gesehen, zukünftig eine Art grüner Industriepolitik. Allein die Beispiele, die ich genannt habe – Bioökonomie, Kreislaufführung wirtschaftskritischer Rohstoffe, die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie –, zeigen, dass wir Umweltpolitik in Baden-Württemberg gestalten, um nachhaltige Entwicklungen zu stärken und den Erfolgspfad als Innovationsland in Zukunft weiter beschreiten zu können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Grünen hat nun Herr Abg. Dr. Murschel noch einmal das Wort.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Herrn Nemeth und Herrn Gruber dankbar, dass sie im Grundsatz gesagt haben, es gehe in die richtige Richtung. Da muss man nicht großartig ein Brimborium aufbauen, schon gar kein Szenario vom Untergang der Wirtschaft hier in Baden-Württemberg damit verknüpfen oder ein Gebilde in den Raum stellen, das im Kern lautet: Wer Ressourceneffizienz betreibt, wer Recycling betreibt, arbeitet gegen die heimische Wirtschaft.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Wirtschaft lebt von diesem innovativen Ansatz, und viele machen mit. Für den Umwelttechnikpreis haben sich im Jahr 2019, soweit ich weiß, 80 Unternehmen beworben. 29 werden jetzt prämiert. Jeder von uns wird in seinem Wahlkreis über die Jahre hinweg kleine und mittlere Unternehmen kennen, die diesen Umweltpreis für innovative Ansätze erhalten haben. Das zeigt, dass dies in der Breite angekommen ist.

Seit dem Jahr 2011 gibt es die Landesagentur für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz BW, die im Auftrag des Landes die Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz darstellt, die berät, informiert und das Thema verbreitert. Es gibt Förderprogramme wie ECOfit oder „Umweltmanagement im Konvoi“, also das EMAS-Projekt, oder die WIN-Charta, und wir sind in den Rankings jedes Mal an der Spitze. Baden-Württemberg liegt in Europa und sicherlich auch im weltweiten Ranking an der

(Dr. Bernd Murschel)

Spitze. Im Südwesten sind die hiesige Region und der Landkreis Böblingen eine Zelle der Innovation großer, aber auch kleiner und mittlerer Unternehmen, die breit aufgestellt und bei der Bioökonomie wirklich Vorreiter sind. Darauf bin ich stolz. Hier sind wir auf einem guten, auf dem richtigen Weg.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Dem stimmen Sie zu.

Wir haben damit Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Daheim im Innovationsland: wie baden-württembergische Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Innovation und Zukunftsfähigkeit beitragen – Drucksache 16/2161

Das Präsidium hat die Redezeiten hierzu wiederum folgendermaßen festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zuerst spricht Frau Abg. Erikli von den Grünen. – Bitte.

Abg. Nese Erikli GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Was zeichnet unser Bundesland, was zeichnet Baden-Württemberg aus? Stellt man diese Frage Menschen aus anderen Bundesländern, dann fallen häufig die Worte „fleißig“, „tüchtig“ oder auch „neugierig“.

Baden-Württemberg ist tatsächlich das Land der Tüftler und Denker. Wir haben bei uns im Ländle eine außerordentliche Vielzahl von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, darunter auch einige von Weltrang. Diese Mischung macht Baden-Württemberg zum Innovationsstandort Nummer 1 in Europa und zu einer der führenden Wirtschaftsregionen der Welt.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, den wir heute hier behandeln, zeigt umfassend, wie das Land diese einzigartige Infrastruktur für Innovationen fördert und auch bewahrt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich halte es für den richtigen Ansatz, dass die Landesregierung auf die Verknüpfung der Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovativen Wirtschaftsformen setzt. So bleibt unser Bundesland auch weiterhin ein herausragender Innovationsstandort.

Als Innovationsimpuls sehen wir vor allem einen soliden neuen Hochschulfinanzierungsvertrag. Durch eine gesicherte Finanzierung können die Hochschulen die Ausbildung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von morgen sicherstellen.

Grüne Innovationspolitik vereint Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit. Wir wollen das Klima retten und dabei auch neue Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zurufe von der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– War klar, dass sich die AfD gleich beschwert. – Grüne Innovationspolitik sieht den Menschen im Mittelpunkt: Innovation für den Menschen und mit dem Menschen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Durch eine bürgernahe Ausgestaltung der Innovationspolitik nehmen wir die Menschen mit und beugen Ressentiments gegen neue Techniken vor, z. B. durch den Einsatz von Reallaboren oder auch mittels Citizen Science. Reallabore machen das Leben zum wissenschaftlichen Experimentierfeld und bringen so Wissenschaft und Gesellschaft zusammen. Das Land Baden-Württemberg treibt diese bürgernahe Forschung mit insgesamt 18 Millionen € voran.

Als Sprecherin für universitäre Forschungspolitik sowie Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie liegt mir diese Verbindung besonders am Herzen, Bürgerinnen und Bürger in Innovationsprozesse einzubinden, sie die Richtung von Innovationspolitik mitbestimmen zu lassen. Durch die Einbindung der Bevölkerung in Innovationsprozesse werden Bürgerinnen und Bürger nicht nur an den Forschungsprozessen beteiligt, sondern sie bestimmen die Richtung unserer Innovationspolitik auch mit. Es entsteht eine gemeinwohlorientierte Innovation.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Paul Nemeth CDU)

Ein Thema, das die Menschen im Land zu Recht beschäftigt, ist der Klimawandel. Über die Hälfte der Wählerinnen und Wähler haben bei der Europawahl angegeben, dass Klima- und Umweltpolitik für ihre Wahl entscheidend waren. Das ist ein politischer Auftrag, den wir sehr wohl ernst nehmen müssen, liebe AfD. Mein Kollege Bernd Murschel ist ja bei dem letzten Tagesordnungspunkt schon auf das Thema „Innovation im Umwelt- und Klimaschutzbereich“ eingegangen.

Einen erfolgreichen Klimaschutz erreichen wir nur, wenn politische Entscheidungen mit Innovationen in der Forschung Hand in Hand gehen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir brauchen sowohl eine sinnvolle CO₂-Bepreisung als auch neue, nachhaltige Antriebstechniken für unsere Autos. Wir brauchen sowohl die politische Vorgabe für den Ausbau von erneuerbaren Energien als auch effiziente Speichertechnologien für den Ökostrom.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dies alles zeigt: Nur gemeinsam mit Innovationen können wir den Klimawandel aufhalten. Wir sehen die vielen Förderprojekte, die in dem heute behandelten Antrag vorgestellt werden, nur als Anfang. Wir wollen die Rahmenbedingungen für moderne Innovationspolitik weiter ausbauen. Diesen Weg der Verzahnung müssen wir weitergehen. Nur wenn die Innovationspolitik weiterhin im Zusammenhang mit den ökologi-

(Nese Erikli)

schen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gedacht wird, bleibt sie auch erfolgreich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht der Kollege Abg. Deuschle.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Daheim im Innovationsland“ – so ist auch der zweite Antrag überschrieben, den wir heute diskutieren. Für die CDU-Fraktion und für mich ist klar: Baden-Württemberg ist deshalb Innovationsland, weil die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land fleißig und kreativ sind. Sie sind es, die der Innovation ein Zuhause geben –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

in den Fabrikhallen, in den Firmenbüros, in über hundert Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen. Das ist der eigentliche Erfolg unseres Bundeslands. Ja, Baden-Württemberg ist schon lange das Land der Dichter, Denker und Tüftler. Doch richtig heimisch geworden ist die Innovation erst durch die einmalige Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft. Wir kommen nicht umhin, an dieser Stelle an Lothar Späth zu erinnern, der wie kein Zweiter beide Seiten zusammengebracht

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und damit Baden-Württemberg als Marke für Innovation in der Welt etabliert hat.

Lothar Späth hat erkannt, worauf es bei der Innovationsfähigkeit entscheidend ankommt, nämlich darauf, wie er sagte, die Zeitspanne zwischen Forschung und marktfähigen Produkten so kurz wie möglich zu halten. Das ist die Atmosphäre, die in Baden-Württemberg geschaffen wurde, in der sich Innovation wohl- und zu Hause fühlen kann. Das ist die Grundlage, auf der wir heute aufbauen. Genau für dieses Erbe stehen wir Christdemokraten in dieser Landesregierung ein.

(Beifall bei der CDU)

Wir denken und handeln dabei groß, wie wir mit der Förderung des Cyber Valley zeigen. Dieses Zentrum, mit dem wir eine der ersten großen europäischen Forschungskoperationen aus Wissenschaft und Wirtschaft auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz haben, beweist, dass Baden-Württemberg das Zeug zur digitalen Leitregion hat. Ich bin unserer Wirtschaftsministerin dankbar, dass sie die KI-Strategie selbstbewusst weiterentwickelt, z. B. mit dem großen Innovationspark KI, der Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Start-ups einmal mehr zusammenbringt, in diesem Fall für ein Wertschöpfungszentrum, ein Testfeld für die Praxistauglichkeit von KI-Anwendungen. Wir vergessen nicht, auch die Kleinen mitzunehmen, nämlich da, wo Innovation beginnt, direkt bei den mittleren und kleineren Unternehmen, den sogenannten Start-ups.

(Beifall des Abg. Willi Stächele CDU)

Wir tun das seit 2008 mit Innovationsgutscheinen und fördern damit Forschungs- und Entwicklungsaufträge, die Unterneh-

men auch an Hochschulen vergeben können – ein Gewinn für beide Seiten, aber vor allem für den Mittelstand in unserem Land, für den fehlende Finanzierungsquellen leider immer noch mit die wichtigsten Hemmnisse für Innovation sind. Wir tun das mit einem vom Wirtschaftsministerium forcierten Seedfonds zur frühen Gründungsfinanzierung. Damit geben wir all denen eine Chance, die viel Mut, aber zu wenig Geld mitbringen, um ihre innovativen Ideen umzusetzen.

Damit stärken wir aber auch unsere Standorte durch die außergewöhnliche Dynamik: forschungsbasierte Spin-offs im Hightechbereich, also Ausgründungen aus den Hochschulen, wobei mehr als jede sechste Gründung in Deutschland hier bei uns im Ländle erfolgt und eine Gründung hier im Vergleich zu allen anderen Gründungen beinahe doppelt so oft Marktneuheiten hervorbringt. Natürlich spinnen wir auch an dem Technologietransfernetz weiter, das Lothar Späth über das Land gezogen hat.

Ich will hier stellvertretend die 2010 gegründete Landesagentur für neue Mobilitätslösungen und Automotive Baden-Württemberg nennen, eine Anlaufstelle, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen und Kommunen vernetzt und bei der technologieoffenen Suche nach alternativen Antriebstechnologien unterstützt.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Innovationsfähigkeit wird sich auch daran entscheiden, ob unser Autoland auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität der Zukunft vorn mitfährt. Ich begrüße daher ausdrücklich das erst kürzlich vom Wirtschaftsministerium gestartete Programm „Innovative Mobilitätstechnologien“, das von der genannten Landesagentur mit begleitet wird. Auch hier geht es darum, dass sich Forschungseinrichtungen und Wirtschaft unterhaken, vorwettbewerbliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit für den Mittelstand ermöglichen, ganz konkret für die innovativen Fertigungsprozesse für Elektromotoren der nächsten Generation.

Und ja, die CDU-Fraktion ist fest davon überzeugt, dass man auch die Lösung für eine saubere Stadtluft genau dort findet: auf den Produktionsstraßen innovativer Unternehmen und nicht auf dem Klageweg vor den Verwaltungsgerichten.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir nun alles zusammennehmen, von der künstlichen Intelligenz über die zukunftsfähige Mobilität – wozu selbstverständlich auch das autonome Fahren gehört – bis hin zum innovativen Mittelstand, dann reden wir zwangsläufig immer auch über Digitalisierung und über das inzwischen wichtigste Infrastrukturkriterium für unseren Forschungs- und Wirtschaftsstandort, nämlich das schnelle Internet. Ich bin deshalb dankbar, dass wir, die CDU-Fraktion, sowie unser für Digitales und für innere Sicherheit zuständiger Minister unser Wahlversprechen einlösen können, insgesamt eine halbe Milliarde Euro in den Breitbandausbau zu investieren. Das ist fast sieben Mal so viel wie unter der grün-roten Vorgängerregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin unserem Minister für Inneres und Digitalisierung dankbar, dass er alles daransetzt ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss.

Abg. Andreas Deuschle CDU: ... – natürlich –, unsere Förderpolitik nochmals zu optimieren, und zwar nicht nur auf der Angebotsseite, sondern auch auf der Nachfrageseite, stets mit dem Ziel, Glasfaser bis an jedes Haus zu bringen.

In diesem Sinn: Lassen Sie uns in Baden-Württemberg Fortschritt und Innovation auch weiterhin ein Zuhause geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun spricht Herr Abg. Klos für die AfD.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der AfD spricht jetzt in diesem Landtag der Oppositionsführer, und damit kommen nun realistische Einschätzungen und Fakten zur Sprache.

(Lachen bei den Grünen)

Dieser Antrag und die bisherige Debatte offenbaren, dass man der Fraktion GRÜNE wohl das kleine Einmaleins einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und das Prinzip der Gewaltenteilung in Erinnerung rufen muss.

Wir beginnen: Es gibt die Legislative – das sind wir hier, die Abgeordneten im Landtag –, und es gibt die Exekutive – das ist dieser Schweizer Käse, der kaum besetzt hier sitzt. Die Aufgabe der Exekutive ist die ausführende Gewalt, und unsere Aufgabe im Landtag ist es, die Regierung zu kontrollieren, und nicht, der Regierung eine Plattform zur Selbstdarstellung zu liefern, so, wie es der Antrag der Grünen tut.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, ist die Kontrolle, und für diese Kontrolle stehen uns mehrere Instrumente, etwa parlamentarische Initiativen, wie es der vorliegende Antrag ist, zur Verfügung. Erfüllt nun dieser Antrag diese Anforderungen? Nein, das tut er nicht; denn er dient nicht der Überwachung und der Kontrolle der Regierung. Er enthält keine kritischen Fragen; er macht der Regierung keinen Vorhalt. Stattdessen muss man lesen – ich zitiere –:

Mit dem vorliegenden Antrag bitten die Antragsteller

– jetzt fehlt eigentlich nur noch das Wort „untertänigst“ –

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

um nähere Informationen dazu, wie die Landesregierung dazu beiträgt ...

usw. usf.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Keine Ahnung vom Prozedere!)

Meine Damen und Herren, das ist die zum Tsunami gewordene Schleimspur, die die Grünen zu ihrer grünen Ministerin legen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

und es ist genau das Gegenteil von Kontrolle. Das ist eigentlich ein Fall für den Rechnungshof; es ist nämlich verdeckte Parteienfinanzierung. Es ist die Instrumentalisierung des Ministeriums für parteipolitische Zwecke – nichts anderes.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Unsere Aufgabe als Legislative ist es, das Regierungshandeln und die Versäumnisse der Regierung kritisch zu hinterfragen – und nicht das, was die Grünen hier machen, nämlich, einer ins Zwielicht geratenen Ministerin Theresia Bauer beizuspringen. Sie ist angeschlagen, und da nützt auch eine Serviceanfrage der eigenen Partei nichts. Eine Ministerin, die man so stützen muss, die stürzt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Nun zum Text Ihres Antrags. Da heißt es: „Daheim im Innovationsland“. Daheim, Heim, Heimat, gar Vaterland? Diese Begrifflichkeiten bei den Grünen? Machen wir einen kleinen Faktencheck. Der Bundesvorsitzende der Grünen, Robert Habeck – Zitat –:

Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.

Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit über die Grünen und ihre Ideologie. Wir, die AfD, werden alles tun, um diese grüne Ideologie in der ganzen Bundesrepublik bekannt zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Wir stehen zu Deutschland, zu Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wir stehen zu den Farben Schwarz-Rot-Gold, wir stehen zu unserer Landesflagge Schwarz-Gold. Wir lieben unser Vaterland, und wir werden es gegen jede Hassbotschaft, speziell von Ihnen, verteidigen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Ihr gesamter Antrag atmet den Geist der Manipulation, der Indoktrination und der Ideologisierung. Sie wollen eine andere Republik.

(Zuruf von den Grünen: Was ist das Thema?)

Sie wollen eine nicht demokratische Grundordnung, und die freudsche Fehlleistung Ihres Obergurus in Bezug auf das diktatorische System in China hat es offenbart – Leugnern zwecklos.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie glauben, Ihre gefährliche Ideologie mit harmlos klingenden Begriffen wie „Transformation“ und „soziale Innovation“

(Rüdiger Klos)

sowie mit grüner Selbstbeweihräucherung tarnen zu können: Wir enttarnen Sie.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau wegen solcher Reden wird er nicht mehr nominiert in Mannheim!)

Unsere Universitätslandschaft war über Jahrzehnte gewachsen, leistete hervorragende Arbeit, und dann kamen die Grünen mit der Ideologisierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Meine Damen und Herren, Fakt ist – das hat die Veranstaltung der IHK Heidelberg am Montag mit dem Titel „Wirtschaft und Wissenschaft“ gezeigt –: Es gibt erhebliche Defizite an den Universitäten. Der Rektor der Universität Heidelberg, Professor Eitel, hat Klartext gesprochen. Die jetzigen Zuwendungen pro Student liegen ein Drittel unter denen des Jahres 1998, und das – wie er zu Recht beklagt – bei gestiegenen Anforderungen.

Er beklagt auch Gefälligkeitsgutachten. Er beklagt, dass hier einem vermeintlichen Mainstream gefolgt wird. Er beklagt, dass Daten in wissenschaftlichen Arbeiten passend gemacht werden. Er beklagt, dass nicht passende Ergebnisse ignoriert werden. Meine Damen und Herren, genau das ist das Ergebnis einer Ideologisierung von Forschung und Lehre, und wir, die AfD, wollen das auf gar keinen Fall.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie glauben, mit diesem Antrag Ihre Technikfeindlichkeit vergessen zu machen, dann rufe ich sie Ihnen gern ins Gedächtnis. Ihr Wahlprogramm – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist schon um. Kommen Sie bitte zum Schluss.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Abg. Rüdiger Klos AfD: Ich rede genauso lange wie der Kollege von der CDU.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie reden so lange, wie Sie dürfen!)

Die Grünen unterstützen den Widerstand gegen Informations- und Kommunikationstechnologien und fordern: Keine Digitalisierung des Fernsprechnetzes, keine Glasfaserverkabelung.

Meine Damen und Herren, wo wäre Deutschland, wenn Sie damals schon an die Macht gekommen wären? Richtig: Im Abgrund.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Aber da müssen Sie erst an uns vorbei. Bevor Sie Deutschland in den Abgrund steuern, müssen Sie erst an der AfD vorbei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Born SPD: Jetzt wissen wir es! Die AfD bewacht den Abgrund!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann darf ich für die SPD den Kollegen Selcuk ans Redepult bitten.

Abg. Ramazan Selcuk SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Entscheidend ist nicht, woher die Wurzeln kommen, sondern entscheidend ist, wo man Wurzeln geschlagen hat. Ich habe meine Wurzeln hier geschlagen, und ich fühle mich hier zu Hause und liebe natürlich mein Land.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Kommen wir zum Thema.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bitte, ja!)

Diese grün-schwarze Landesregierung macht vieles falsch. Während in anderen Bundesländern massiv in den Ausbau moderner Mobilitätskonzepte investiert wird, gilt im Stuttgarter Kabinett das Motto: Weniger ist mehr. Damit ist nicht der Autoverkehr in und um Stuttgart gemeint, sondern das Engagement von Verkehrsminister Hermann. Auch im Bereich der Digitalisierung ist Baden-Württemberg ein riesiges grün-schwarzes Loch.

(Beifall des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Zwar zeigt die Landesregierung gern auf einzelne leuchtende Sterne, doch können diese nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Dörfer im Schwarzwald noch immer Lichtjahre von einem Breitbandanschluss entfernt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Die ganze Hilflosigkeit der Regierung zeigt sich jedoch erst am Beispiel des geplanten Batterieforschungszentrums Ulm. Obwohl alle Fakten dafür sprachen, das Forschungszentrum in Ulm anzusiedeln, gelang es der Landesregierung nicht, die zuständige Bundesforschungsministerin Karliczek zu überzeugen. Noch schlimmer: Den Zuschlag erhielt am Ende Münster, der Nachbarwahlkreis von Frau Karliczek. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Wahlgeschenke statt Arbeit fürs Land, das ist Ihre Forschungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir aber nun zur Stellungnahme des grün geführten Ministeriums zur Innovationsfähigkeit unserer Hochschulen – eine dankbare Aufgabe, wurden doch kritische Fragen von der grünen Fraktion ausgespart und bei vielen Fragen die passende Antwort gleich mitgeliefert.

Als Beispiel für dieses Theater zitiere ich Ihnen die Frage 9 aus dem Antrag:

... ob sie

– die Landesregierung –

der Aussage zustimmt, dass es verkürzt wäre, den Innovationsbegriff auf technische und ökonomische Innovation zu begrenzen, sondern dass ein zukunftsfähiger Innovationsbegriff auch soziale Innovationen und Fragen der Nachhaltigkeit umfassen sollte; ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion, warum verschwenden Sie die Zeit der Ministerin mit solchen Fragen?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das habe ich doch erklärt!)

(Ramazan Selcuk)

Da uns die im grünen Selbstbeschäftigungsprogramm aufgeworfenen Fragen also nicht weiterbringen, konzentriere ich mich in der Folge auf die Fragen, die nicht im Antrag gestellt wurden.

Erstens: Wenn ein Innovationsbegriff Zukunftsfähigkeit, soziale Innovationen und die Fragen der Nachhaltigkeit umfasst, warum sind unsere Hochschulen dann kein Vorbild für gute Arbeit? So liegt der Anteil unbefristeter Beschäftigung an unseren Universitäten nur bei knapp über 20 %, und die Betreuungsrelation zwischen Professoren und Studierenden ist mehr als ausbaufähig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Thema Hochschulfinanzierung wäre es nicht redlich, aus der Opposition heraus Luftschlösser zu bauen. Aber eine unbefristete Anstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist doch nicht die goldene Turmspitze, sondern das Fundament eines innovationsfähigen Hochschulbetriebs.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens reicht es beim Thema Digitalisierung nicht aus, nur einzelne prestigeträchtige Schaufensterprojekte zu fördern, sondern es braucht einen grundlegenden Wandel, damit an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Digitalisierung auch vorangetrieben werden kann. Dies betrifft die Lehre, die Vernetzung der Wirtschaft und Big Data, aber auch IT-Ausstattung und Campusmanagementsysteme.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, es gibt den Wunsch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie diese zu?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Abg. Ramazan Selcuk SPD: Nein, ich würde gern weiterfahren.

Und drittens ist es nicht weiter hinnehmbar, dass HAWs und die DHBW bei der Finanzierung weiterhin deutlich schlechter gestellt sind als die Universitäten.

Wir sind zu Recht stolz auf die Arbeit an unseren Hochschulen. Sorgen wir mit einer anständigen Finanzierung dafür, dass die Forscherinnen und Forscher dies auch in ihrer täglichen Arbeit erleben.

Um die Innovationskraft Baden-Württembergs dauerhaft sicherzustellen, sind Maßnahmen an den Hochschulen selbst jedoch bei Weitem nicht genug. Es braucht ein ganzheitliches Konzept, das nicht erst an den Hochschulen ansetzt, sondern schon viel früher. Die Landesregierung ist hier handlungsunfähig und gefährdet die Zukunft junger Generationen.

Deshalb hat die SPD in ihrem Leitantrag zur Bildungspolitik zahlreiche Forderungen formuliert. Erstens – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, Sie müssen jetzt bitte auch zum Schluss kommen.

Abg. Ramazan Selcuk SPD: Ich komme gleich zum Schluss. – Erstens: Abschaffung der unsozialen Kitagebühren. Zweitens: Förderung der rhythmisierten Ganztagschulen. Und drittens: Abschaffung aller Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD)

Denn für uns ist klar – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt ist Ihre Redezeit wirklich lange um. Bitte kommen Sie zum Schluss.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gibt es jetzt keinen Ordnungsruf, oder wie?)

Abg. Ramazan Selcuk SPD: Mein letzter Satz. – Für uns ist klar: Wenn Bildung den Innovationsstandort fördern soll, dann darf sie nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Gebührenfreiheit!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun spricht der Kollege Weinmann für die FDP/DVP. – Bitte.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist nicht zuletzt aufgrund eines gelungenen Zusammenspiels zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, Forschungseinrichtungen und einem vitalen Technologietransfer ein herausragender Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungsstandort. Mit der Investition von knapp 5 % des Bruttoinlandsprodukts in den Bereich Forschung und Entwicklung belegen wir bundesweit, ja europaweit einen Spitzenplatz. Für uns ist das aber kein Grund, uns zurückzulehnen – ganz im Sinne Marie Curies, die sagte:

Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Marion Gentges CDU: Schönes Zitat!)

Die Politik muss sich der Punkte annehmen, bei denen augenscheinlich Handlungs- und Korrekturbedarf besteht. Dieser wird beispielsweise deutlich, wenn man das gemeinsame Positionspapier des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, der Landesrektorenkonferenz, der HAWs und der DHBW betrachtet. Hier führen die Praktiker aus dem Hochschul- und Unternehmenskontext zahlreiche Punkte auf, die notwendig sind, um unsere Hochschullandschaft so aufzustellen, dass sie ihren essenziellen Beitrag für Innovation, Forschung und Lehre auch morgen noch erbringen kann.

Lassen Sie mich dabei auf einige Punkte hinweisen. Der anstehende Hochschulfinanzierungsvertrag bietet, gerade auch vor dem Hintergrund der Verständigung auf die jüngst auch hier diskutierten Hochschulpakete, eine Chance, die Hochschulen im Land für die Zukunft fit zu machen und augenscheinlich bestehende Unwuchten im Hochschulfinanzierungsvertrag I zu korrigieren sowie eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung zu ermöglichen. Diese Chance gilt es ideologiefrei zu nutzen.

Unsere Hochschulen leiden zusehends unter einer lähmenden Verwaltungsbürokratie. Der Aufwand, den gesteigerten gesetzlichen Vorgaben gerecht zu werden, geht zulasten des Auftrags der Hochschulen, des umfassenden Wissens-, Gestaltungs- und Technologietransfers. Die im Koalitionsvertrag für

(Nico Weinmann)

die Hochschulbereiche vorgesehene Taskforce „Bürokratieabbau und Strategiefähigkeit“ darf nicht länger Zukunftsmusik bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch und vielleicht gerade vor dem Hintergrund des Skandals um die Vermarktung des Brustkrebsbluttests am Universitätsklinikum Heidelberg müssen wir Ausgründungen aus den Hochschulen weiter fördern und gleichzeitig die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen im Landeshochschulgesetz in Kenntnis dessen, was möglicherweise mit krimineller Energie in einem – so bleibt es zu hoffen – Einzelfall schiefgelaufen ist, sorgfältig evaluieren und korrigieren.

Wir müssen darüber hinaus die Infrastruktur für Gründer verbessern. Die mit der letzten LHG-Novelle geschaffenen Möglichkeiten für Hochschulen, Unternehmens- und Existenzgründungen ihrer Mitglieder durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Räumlichkeiten zu fördern, hat aktuell allenfalls Symbolcharakter. Die bisherige Infrastruktur ist durch Forschung und Lehre komplett ausgelastet. Hier ist kein Raum.

Der Antrag unserer Fraktion, das Programm „Junge Innovatoren“, das die notwendige Attraktivität schafft, um den Forschungs- und Tüftlergeist in eine erfolgreiche Gründung zu überführen, zu stärken, fand hier im Gremium keine Mehrheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das waren nur ganz wenige Punkte. Es gäbe so viel mehr zu sagen, was zwingend zu tun wäre. Ja, wir haben dank unserer differenzierten und leistungsfähigen Hochschullandschaft eine sehr gute Ausgangsposition. Aber der Wettbewerb wird zunehmend härter, und so müssen auch wir unsere Anstrengungen verstärken, wenn wir auch in Zukunft ganz vorn dabei sein wollen. Dabei reicht es nicht aus, wie es oftmals hier angesprochen wird, in den Programmen die zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mittel mit der Gießkanne zu verteilen, sondern wir müssen auch strukturelle Veränderungen andenken, um genau dieses Ziel zu erreichen.

Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Frau Ministerin Bauer an das Mikrofon bitten.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es freut mich sehr, dass das Thema „Innovation in unserer Heimat Baden-Württemberg“ eine solche Emotion hier im Saal auslöst.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Da sehen Sie mal!)

Das hat das Thema auch verdient. Es haben jetzt nicht alle zum Thema selbst geredet, aber sei's drum.

Ich würde gern ein paar Ausführungen zu unserer Innovationsstärke und den Herausforderungen, vor denen wir hier im Land stehen, machen, ein paar der Gedanken, die Sie jetzt schon geäußert haben, noch einmal aufgreifen, vertiefen, mit ein paar Zahlen unterlegen.

Lassen Sie uns als Erstes schauen, wie wir wirtschaftlich dastehen. Es gibt den Innovationsindex. Seit mehreren Jahren bereits nimmt Baden-Württemberg in diesem Innovationsindex – das ist ein internationaler Index – einen Spitzenplatz ein. Baden-Württemberg hat den Indexwert von 82 Punkten. Damit liegt der Südwesten mit deutlichem Abstand vor Bayern – Bayern erreicht 65 Punkte – oder der Ile-de-France – 64 Punkte – in einer absoluten Spitzenposition.

Maßgeblich für diese Positionierung von Baden-Württemberg ist der beträchtliche Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung. Allein 2015 flossen in diesen Bereich rund 22 Milliarden € – das sind rund 4,9 % des BIP. Auch das ist ein Spitzenwert, auf den wir stolz sind, weil das auch im europäischen Kontext ein absoluter Spitzenwert ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dazu trägt die Wirtschaft einen sehr großen Anteil bei – aber eben nicht nur, sondern auch unsere Forschungs- und Hochschuleinrichtungen. Wenn man sich die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg mit neun Universitäten, 19 Hochschulen für angewandte Wissenschaften, einer großen DHBW, pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen, einer Vielzahl von außeruniversitären Forschungseinrichtungen anschaut, dann kann man da auch mit Fug und Recht sagen: Baden-Württemberg gehört zu den hochschulreichsten und forschungsintensivsten Regionen in Europa.

Dabei schaffen wir beides: sowohl erfolgreiche, herausragende Clusterbildung als auch eine Versorgung in der ganzen Breite mit wissenschaftlichen Kapazitäten über das ganze Land, nah an den Leuten, nah an unserer Wirtschaftsstruktur, nah an den verschiedenen Regionen und deswegen strukturbildend wirkend im ganzen Land.

Die Leistungsstärke unserer Hochschulforschungslandschaft zeigt sich auch – das ist ein weiterer Indikator – an der Höhe der eingeworbenen Drittmittel. Schauen wir auf das Jahr 2017 – das ist der aktuellste Wert, der in Zahlen erhältlich ist –: Die baden-württembergischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben 2017 Drittmittel in Höhe von 943 Millionen € eingeworben. Von der privaten Wirtschaft waren es in diesem Zusammenhang 129 Millionen €, die direkt auf Kooperationen mit der gewerblichen Wirtschaft zurückgehen. Das ist ein wirklich starker Indikator dafür, dass die Kooperationen funktionieren, dass der wechselseitige Austausch funktioniert und dass wir auf einem hervorragenden Niveau agieren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Falls ich Sie noch nicht überzeugt haben sollte, hier ein weiterer Indikator: das erfolgreiche Abschneiden der baden-württembergischen Hochschulen im aktuellen Exzellenzwettbewerb. Auch das spricht eine eindeutige Sprache. In Baden-Württemberg gibt es allein 12 der insgesamt 57 bundesweit geförderten Cluster. In Prozentzahlen ausgedrückt sind das 21 % aller Cluster bundesweit, die sich in Baden-Württemberg befinden, die von baden-württembergischen Universitäten eingeworben wurden. Das kann sich sehen lassen.

Sechs der neun Universitäten Baden-Württembergs sind im Wettbewerb um den Exzellenztitel. Am Ende werden bundes-

(Ministerin Theresia Bauer)

weit elf den Exzellenztitel erhalten. Die Entscheidung, wer in Baden-Württemberg dabei ist, wird – Sie wissen es – in wenigen Tagen, am 19. Juli, fallen. Ich sage Ihnen schon einmal so viel: Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir auch da eine neue, eine weitere Facette in diese Erfolgsgeschichte aufnehmen können, die ich Ihnen eben präsentiert habe.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sehr verehrte Damen und Herren von der SPD, deswegen nutzt es nichts, diese Erfolge mit ein paar Zahlen, wie Sie es zum Thema „Gute Arbeit“ versucht haben, irgendwie kleinzureden. Schauen Sie auch da, ob Sie ein Bundesland finden, das so wie wir im Hochschulbereich in den vergangenen Jahren 2 700 zusätzliche Stellen entweder entfristet oder neu geschaffen hat. 2 700 Stellen in unseren Hochschulen in den vergangenen Jahren: Suchen Sie mal ein anderes Bundesland, in dem es das auch gibt.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Zum Thema Betreuungsrelation: Natürlich kann man in diesem Bereich immer noch besser werden – ohne Zweifel. Unsere Hochschulen sind im letzten Jahrzehnt bei den Studierendenzahlen enorm – um 40 % – gewachsen. Wenn wir schauen, wie die Betreuungsrelation Anfang der Jahrtausendwende war, haben wir in der Tat Gründe, da noch mal besser zu werden. Aber relativ zu anderen Bundesländern muss man sagen: Baden-Württemberg hat eine absolute Spitzenposition.

Also wäre es trotzdem schön – bei allen Herausforderungen, die ich Ihnen ja gern zugestehen will –, die Kirche im Dorf zu lassen und einmal zu schauen, wo wir da im Vergleich stehen. Und da sollten wir unser Licht wirklich nicht unter den Scheffel stellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das gilt auch mit Blick auf den Hochschulfinanzierungsvertrag, der Ende 2020 ausläuft. Wir verhandeln gerade über die nächste Generation des Finanzierungsvertrags, mit dem wir die Grundfinanzierung unserer Hochschulen absichern. Auch da wäre es schön, die Dinge nicht schwärzer zu malen, als sie sind.

Baden-Württemberg war das erste Bundesland, das es nach langen Jahren geschafft hat, die Grundfinanzierung der Hochschulen wieder verlässlich nach oben zu korrigieren. Ich meine, Sie waren damals noch an der Regierung.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Der Kollege war noch nicht im Landtag, aber Sie waren in der Regierung mit dabei. 3 % verlässliches Wachstum in der Grundfinanzierung, das hat bundesweit Standards gesetzt. Das könnte man bei solch einer Gelegenheit wie dieser auch einmal loben.

Seien Sie sich sicher: Auch der nächste Vertrag wird sich an dieser Stelle nicht lumpen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Sie können ja mithelfen.

Nun erlauben Sie mir einen Blick auf unser Technologietransfersystem. Auch das ist außerordentlich positiv. Es ist differenziert, es ist hoch entwickelt, in all seinen Facetten mit einer Vielzahl von Transfereinrichtungen in den Hochschulen selbst angesiedelt, aber auch an den Kammern und den Wirtschaftsorganisationen, sodass wir auf ein dichtes Netz von Transfereinrichtungen schauen können.

Wir haben mit der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung und mit verschiedenen fachspezifischen Agenturen wichtige Akteure aufgestellt, die die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bedienen können und zur Stärkung des wechselseitigen Wissens- und Technologietransfers beitragen.

Darüber hinaus bin ich stolz darauf, dass es uns gelingt, Kooperationsformate neuer Art hinzuzufügen und zu zeigen, wie man weiter vorankommt. Wichtige Stichworte sind eben in der Debatte schon genannt worden. Eines ist das Thema Innovationscampus, in dem wir besondere, international sichtbare Regionen zu strategisch besonders wichtigen Themen in der Zusammenarbeit zwischen Grundlagenforschung, Anwendungsorientierung, Gründungen, Kooperationen aus der Wirtschaft hervorbringen wollen. Das bekannteste Beispiel ist hier das Cyber Valley, das wir in der Tat in wenigen Jahren mit einer großen Strahlkraft im Raum Stuttgart/Tübingen aufgebaut haben. Man kann aber auch den neu am Start befindlichen Innovationscampus zwischen Stuttgart und Karlsruhe im Bereich der neuen Mobilität nennen oder den Innovationscampus in der Region Heidelberg/Mannheim zum Thema Lebenswissenschaften, „Heidelberg 4 Life“.

Wir gehen nach demselben Prinzip vor: Da, wo wir besonders stark sind und wo es schon eine besonders starke Konstellation von Akteuren gibt, verstärken wir noch einmal, um internationale Strahlkraft zu erreichen.

Ein weiteres Thema – das ist eben auch schon angesprochen worden – sind unsere innovativen Kooperationsmöglichkeiten im Forschungscampus ARENA2036, der einen besonderen Schwerpunkt auf die Digitalisierung in der Produktion legt, auch auf den Bereich Leichtbau, und der mit vielen Partnern aus der Wirtschaft zusammenarbeitet. Wir haben in diesem System 31 feste Partner und bauen wettbewerbsfähige, neue Produktionsmodelle und -systeme insbesondere im Automotivbereich auf.

Im Bereich der Gründeraktivitäten – um ein Beispiel zu nennen – haben wir die Start-up Autobahn in Stuttgart, einen eigenen sogenannten Accelerator aufgebaut, der viele Partner aus der Wirtschaft anzieht – auch aus dem Ausland –, um in diesem Bereich weiter voranzukommen.

Falls Sie das noch nicht kennen, empfehle ich Ihnen, sich im Kalender einzutragen, dass am 16. Juli der nächste Demo Day stattfindet, bei dem es darum geht, internationale Start-ups und Investoren nach Baden-Württemberg einzuladen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, zu sehen, was sich bei uns im hochschulnahen Gründerbereich so tut. Ich bin mir sicher, Sie können etwas dazulernen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Abgeordnete Erikli hat zu Recht auf ein weiteres gutes Kooperationsformat verwiesen, auf die Reallabore, bei denen wir das Thema Technologie- und Wissenstransfer nicht nur an

(Ministerin Theresia Bauer)

die Wirtschaft adressieren, sondern auch an lokale Entscheiderinnen und Entscheider, an Kommunen, an Regionen, an die Zivilgesellschaft. Denn Innovationen sind eben nicht nur technologischer Art, sondern sie brauchen auch Veränderungen, Verhaltensveränderungen in breiteren Teilen der Gesellschaft. Deswegen sind uns die sozialen Innovationen in diesem Kontext so wichtig.

Wir haben mit den Reallaboren – ich glaube, das kann man mit Fug und Recht so sagen – zunächst einmal einen Begriff in die Welt gebracht bzw. ein Format aufgesetzt, das am Anfang noch etwas argwöhnisch begleitet worden ist, das sich aber inzwischen als wirkliche Erfolgsmarke etabliert hat, bundesweit gut unterwegs ist und gern kopiert wird.

Deswegen: Ich glaube, wir haben allen Grund, selbstbewusst und mit einem gewissen Stolz auf unsere Innovationslandschaft zu schauen. Das darf uns natürlich keineswegs Anlass sein, selbstzufrieden zu sagen: „Ist schon alles in Ordnung. Wir können einfach so weitermachen wie bisher.“

Es ist schon sehr richtig und wahr, darauf zu verweisen, dass in der Welt mit einer enormen Dynamik agiert wird, dass viele Regionen und Länder der Welt auch viele Ressourcen aufbringen und sich auf den Weg gemacht haben, die Möglichkeiten wissenschaftlicher Veränderung und Transformation für ihre Gesellschaft und ihre Wirtschaft zu nutzen.

Deswegen heißt es auch für Baden-Württemberg mit der guten Ausgangslage, die wir haben, uns noch weiter anzustrengen, unsere Zusammenarbeitsstrukturen weiter zu verstärken, weil wir nur in der gemeinsamen Kraftanstrengung aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die strategischen Felder schnell genug bearbeiten können. Deswegen haben wir den Strategiedialog Automobil, deswegen haben wir das Forum Gesundheitsstandort aufgebaut, um genau in diesen Konstellationen die wichtigen Themen der Zukunft miteinander zu identifizieren und unseren Standort gut in die Zukunft zu führen.

Deswegen: Wir haben Grund, zuversichtlich zu sein. Wir haben Grund, die Lage der Welt ernst zu nehmen, uns zu sputen und uns zu bemühen, die Prioritäten auch in Zukunft richtig zu setzen.

Wir tun das gut und gern in unserer Heimat Baden-Württemberg. Das ist ein Begriff, der sich nicht parteipolitisch vereinbaren lässt. Deswegen müssen Sie es aushalten, dass wir gut und gern, aus guten Gründen auch von grüner Seite

(Abg. Bernd Gögel AfD: Hatten Sie ja schon bewiesen!)

den Raum, in dem wir leben, mit dem Begriff „Heimat“ belegen.

Sie haben die Zeit verwendet und verschwendet, Worte über unseren Parteivorsitzenden Habeck zu verlieren.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, was sagen Sie dazu?)

Auch da empfehle ich Ihnen: Lesen Sie sich einfach ein bisschen ein. Er hat wunderbare Publikationen darüber verfasst und wunderbar in einer modernen und weltoffenen Weise begründet, dass Heimat unser Zusammenleben ausmacht. In die-

sem Sinn empfehle ich Ihnen auch dies zur Lektüre für die eigene Fortbildung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann hat für die Grünen noch einmal Frau Abg. Erikli das Wort.

Abg. Nese Erikli GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich möchte gern noch mit weiteren kurzen Beispielen auf das Thema Innovation eingehen. In Radolfzell am Bodensee – in meinem Wahlkreis – befindet sich das Max-Planck-Institut für Ornithologie, das nun eigenständig wird. Ursprünglich eine Vogelwarte, haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Ort mittlerweile den Schwerpunkt auf die Verhaltensbiologie gesetzt. Erst gestern titelte SPIEGEL ONLINE:

In einem spektakulären Forschungsprojekt wollen Wissenschaftler Tierwanderungen weltweit dokumentieren, Erdbeben vorhersagen und die Ausbreitung von Krankheitserregern verfolgen.

Bei der Beobachtung der Wanderbewegungen von Tieren kommen in meinem Wahlkreis auf internationalem Niveau künstliche Intelligenz und satellitengestützte Technik zur Anwendung. Früher zählten die Ornithologen in Radolfzell die vorbeiziehenden Vögel und notierten die Zahlen mit Stift auf Papier. Heute arbeitet ein internationales Team am Projekt ICARUS, welches über im Weltall befindliche Satelliten Wanderrouten von Tieren erforscht.

Für mich ist das Max-Planck-Institut in Radolfzell ein Beispiel dafür, wie dynamisch die Forschung bei uns im Ländle arbeitet.

(Beifall der Abg. Andrea Bogner-Uden GRÜNE)

Forschung darf nicht stillstehen, wenn sie innovativ bleiben will. Auch in Tübingen hat das Max-Planck-Institut Initiative gezeigt und gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg 2016 das Cyber Valley gegründet. In den kommenden Jahren entsteht dort ein internationaler Topstandort im Bereich der künstlichen Intelligenz. Die Landesregierung fördert dieses Projekt mit insgesamt rund 100 Millionen €.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Baden-Württemberg ist im Bereich Wissenschaft und Forschung gut aufgestellt. Das hat unsere Wissenschaftsministerin Theresia Bauer in ihrer Rede, die sie gerade gehalten hat, ebenfalls deutlich gemacht.

Wichtig ist weiter, dass wir die einzelnen Aspekte der Innovationspolitik aber nicht aus den Augen verlieren. So waren in der Vergangenheit Kunst und Kultur schon häufig Verstärker für Innovationen. Deshalb ist es mir auch ein Anliegen, diese Impulse weiterhin aufzunehmen – ganz im Gegensatz zur AfD, die lieber Listen von ausländischen Künstlerinnen und Künstlern erstellt. Man fragt sich, wofür sie das macht und was sie eigentlich mit diesen Listen vorhat.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach! So peinlich! – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

(Nese Erikli)

Stattdessen leben unsere Kunst und Kultur hier vor Ort von der Vielfalt und auch von wechselseitigen Impulsen.

(Zurufe von der AfD: Welche denn?)

Unsere Kunstbetriebe sind international anerkannt. Gerade in Baden-Württemberg befindet sich auf engem Raum eine einzigartige Dichte von Opern und Theaterhäusern, Museen sowie Kunst- und Filmhochschulen. Dort entstehen wichtige Diskurse, die die Gesellschaft bereichern. Diese Anregung und Innovation durch die Kunst brauchen wir.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Schließlich möchte ich auch den sozialen Aspekt nicht aus den Augen verlieren, lieber Herr Selcuk. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung in Bezug auf die neuen Technologien sehr wohl ernst und vermitteln auch, wie sich neue Technologien positiv auf unser Zusammenleben auswirken können.

Die kürzlich veröffentlichte Studie „Sicherheit im Wandel“ der Baden-Württemberg Stiftung setzt sich u. a. mit den Herausforderungen der digitalen Revolution auseinander. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die neue Stufe der Digitalisierung auf absehbare Zeit nicht zu einem Ende der Arbeitsgesellschaft führen wird. Sie wird aber viele Jobs verändern. Dieser Umbruch wird den Menschen leichterfallen, wenn wir, das Land, diesen Prozess aktiv mitgestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Dürr AfD: Wann machen Sie das denn? Können Sie wenigstens ein Beispiel nennen?)

Nur eine Innovationspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert, kann erfolgreich sein. Dafür setzen wir uns mit allen innovativen Kräften in diesem Land ein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es noch weitere Wortmeldungen der Fraktionen, die noch Redezeit haben? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, dann kommen wir zur geschäftsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/2161. Da dies ein reiner Berichtsantrag ist, können wir ihn für erledigt erklären, wenn Sie damit einverstanden sind. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Neuerlass des Gesetzes über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 16/6450

Zur Begründung darf ich das Wort Herrn Minister Guido Wolf erteilen.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Geschichte Baden-Württembergs als Urlaubsland ist eine Erfolgsgeschichte. Die Zahl der Gäste in unseren Hotels, Restaurants und Ausflugszielen wächst seit Jahren im Rekordtempo. Dieses Wachstum braucht ein festes Fundament, braucht die richtigen Weichenstellungen. Dazu gehört nicht nur die aktuelle Tourismuskonzeption, die wir in diesen Tagen ins Ziel gebracht haben. Dazu gehört auch das Gesetz über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten. Es schafft die Voraussetzungen für den Erfolg unserer Kultur- und Erholungsorte. Es sichert die hohe Qualität und stellt die richtigen Weichen. Heute geht es darum, dieses Gesetz zu modernisieren und damit den Erfolg unserer Kurorte und Bäderorte weiter zu sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, fast jede vierte Übernachtung in Baden-Württemberg wird in einem Kur- und Erholungsort verbracht. Sie sehen, der Tourismus in den Kur- und Erholungsorten spielt eine bedeutende Rolle. Ich wage zu prognostizieren, dass diese Bedeutung immer größer wird. Schauen Sie sich die Trends bezüglich Achtsamkeit, Zeit in der Natur, Ich-Zeit und Erholung an. Dieser Markt hat großes Wachstumspotenzial. Aber nicht nur in Baden-Württemberg haben die Kur- und Erholungsorte ein Prestige. Im deutschlandweiten Vergleich können wir erfreulicherweise verkünden: Baden-Württemberg ist das Bäderland Nummer 1.

Das Gesetz über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten regelt die Vergabe des Prädikats „Kurort“ und damit die Frage, welcher Ort sich offiziell Kurort nennen darf.

Baden-Württemberg hat bereits im Jahr 1972 als erstes Bundesland die Anforderungen für eine Prädikatisierung zum Kur- oder Erholungsort in einem Gesetz verankert. Dies zeigt zu einem frühen Zeitpunkt das Bewusstsein für diesen Zweig der Tourismusbranche.

Nun liegt das Jahr 1972 aber auch schon ein paar Jahrzehnte zurück. Zeit also für eine Novellierung, höchste Zeit für eine Novellierung.

Das Gesetz über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten bildet den rechtlichen Rahmen für die Prädikatisierung durch das Land. Die inhaltlichen Anforderungen an ein Prädikat als Kur- oder Erholungsort sind in den Begriffsbestimmungen des Deutschen Heilbäderverbands festgelegt. Diese einheitlichen Begriffsbestimmungen ermöglichen eine Vergleichbarkeit der Prädikate und sollen künftig besser überprüft werden – im Interesse unserer Gäste und der Kurorte selbst.

Getreu dem Motto „Gesicherte Qualität durch bessere Kontrollen“ sieht die Neufassung des Gesetzes eine spürbare Stärkung der Qualitätssicherung vor. Erstmals führen wir eine Überprüfung aller prädikatisierten Orte im Abstand von zehn Jahren ein. Bisher war in Baden-Württemberg für die Erholungsorte nach Verleihung des Prädikats keine regelmäßige Überprüfung vorgesehen. Überprüft wurde nur anlassbezogen, sozusagen wenn bereits augenscheinlich bestimmte Vorgaben nicht mehr erfüllt wurden.

Mit der Neuregelung bietet sich nun die Möglichkeit, Qualitätsverschlechterungen rechtzeitig aufzuspüren und zusammen mit den Kommunen durch Beratung und Hilfestellung

(Minister Guido Wolf)

auch gegenzusteuern. Wir wollen sozusagen nicht nur verhindern, dass das Kind in den Brunnen fällt, sondern wir wollen verhindern, dass sich das Kind dem Brunnen überhaupt nähert.

Einen weiteren neuen Aspekt der Qualitätssicherung bildet die inhaltliche Erweiterung der Überprüfungen. Bisher war es bei der Überprüfung der Prädikate ausreichend, wenn die Kommunen ein Gutachten bezüglich Luftqualität und Bioklima vorlegten. Künftig wollen wir genauer und eben auch hier regelmäßig hinschauen. Wir wollen gesichert gesunde Luft.

Daher sieht der aktuelle Gesetzentwurf eine regelmäßige Überprüfung aller relevanten Voraussetzungen für das Erlangen des Prädikats im Turnus von zehn Jahren vor. So wird z. B. überprüft, ob Sportstätten, Kultureinrichtungen sowie Hotellerie und Gastronomie vorhanden sind. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Qualität unserer Kurorte.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Gesetzentwurf hilft dabei, unseren hohen qualitativen Anspruch an die Kur- und Erholungsorte im Land zu sichern. Mir war es zudem ein Anliegen, ein gut lesbares und für die Praxis nachvollziehbares Gesetz zu formulieren. Daher wurde im Zuge der Neufassung der Gesetzestext nicht nur aktualisiert und ergänzt, sondern auch besser systematisiert. Das Gesetz über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten ist damit fit für die Zukunft und die Aufgaben der kommenden Jahre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, mir ist abschließend noch ein Anliegen besonders wichtig: Dieses Gesetz kann noch so gut sein, die eigentliche Qualität der Kur- und Erholungsorte in unserem Land hängt vor allem auch mit der Dienstleistung der vielen dort tätigen Menschen zusammen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! Jawohl!)

Deshalb ist es mir wichtig, zum Abschluss der Einbringung dieses Gesetzentwurfs den vielen in diesem Bereich tätigen Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich Dienstleistung am Gast erbringen, von Herzen zu danken.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Sie sind Herz und Seele der Qualität in unseren Kurorten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf: Jawohl!)

Ich bitte Sie sehr herzlich darum, diesem Gesetzentwurf im weiteren Gesetzgebungsverfahren zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Das machen wir!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über diesen Gesetzentwurf hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Nun spricht für die Grünen Herr Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Baden zum Entspannen, Erholen und Gesunden hat eine sehr lange Tradition in Baden-Württemberg. Unsere 2 000 Jahre alten römischen Bäderruinen in Baden-Baden und in Badenweiler zeugen davon.

Vor 200 Jahren hieß es in Ludwig Uhlands Gedicht „Der Überfall im Wildbad“

(Der Redner hält einen Ausdruck hoch.)

über den württembergischen Grafen Eberhard II.:

*... ins Wildbad will er reiten,
wo heiß ein Quell entspringt,
der Sieche heilt und kräftigt,
der Greise wieder jüngt.*

Das war eine Begebenheit aus dem Jahr 1367.

Das Baden ist somit baden-württembergisches Kulturgut. Außerdem ist die erwiesenermaßen heilende und entspannende Wirkung der Heilbäder und Kurorte ein zentrales Standbein des Tourismusstandorts Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg ist das Bäderland Nummer 1 in Deutschland mit 56 höher prädikatisierten Heilbädern und Kurorten, gut 12 Millionen Übernachtungen und über 3,5 Milliarden € Umsatz im Jahr. Diese Zahlen kommen nicht von ungefähr. Sie entstammen einer Broschüre, die, zeitlich genau richtig, vom Herrn Präsidenten des Heilbäderverbands, Fritz Link, herausgegeben wurde.

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

Es empfiehlt sich, einmal einen Blick hineinzuworfen, um zu sehen, welche unglaubliche, wichtige Bedeutung diese Wirtschaftsbranche in Baden-Württemberg hat.

Dieser Bedeutung Rechnung tragend, hat Herr Minister Wolf im Jahr 2016 ein Gutachten zur Fortentwicklung des Heilbäder- und Kurortwesens in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben. Die nun vorgelegte Neufassung des Gesetzes entspricht den Empfehlungen des Gutachtens.

Der alte Gesetzestext wird aktualisiert, ergänzt und vor allem systematisiert, während die materiellen Inhalte des Gesetzes nahezu unverändert bleiben. Das Gesetz selbst legt außerdem ein besonderes Augenmerk auf die Qualitätssicherung. Die Anerkennung als Heilbad oder Kurort stellt nämlich ein zentrales staatliches Qualitätssiegel dar. Es ist daher Aufgabe unseres Landes, die notwendigen Standards zu setzen und diese dann auch zu kontrollieren. Ein solches Vorgehen ist letztendlich im Sinne der Gäste und der Betreiber.

Vor diesem Hintergrund halten wir die Kontrolle der Einhaltung der Standards alle zehn Jahre, die Möglichkeit für die Behörden, gewisse Auflagen zu machen, und die Möglichkeit, im Extremfall eine Anerkennung auch zu widerrufen, für richtig und werben um Zustimmung.

In dem von mir bereits angesprochenen Gutachten heißt es auch, ein Prädikat werde ganz überwiegend als Qualitätssiegel angesehen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass

(Reinhold Pix)

dies zu wenig vermarktet werde. Aus Marketinggesichtspunkten möchte ich deswegen sagen, dass die neue Tourismuskonzeption genau dieser Tatsache Rechnung trägt. Darin wird insbesondere die Stärkung der Tourismus Marketing GmbH und der Heilbäder und Kurorte Marketing GmbH Baden-Württemberg empfohlen. Dies ist ein aus meiner Sicht notwendiger und längst überfälliger Schritt.

Erlauben Sie mir – ähnlich, wie es der Herr Minister getan hat – eine finale Anmerkung aus grüner Sicht. Gerade für viele Urlauber in Heilbädern und Kurorten sind die Natur und naturnahe Freizeitangebote ein zentraler Reisegrund. Dies gilt aber nicht nur für die Gemeinden mit Prädikat. Rund zwei Drittel aller Urlaubsreisen im Land haben einen Naturbezug. Es wird unser aller Aufgabe sein, unser größtes touristisches Kapital, nämlich intakte Landschaften und die Natur, zu schützen – für uns, für unsere Kinder, aber auch für unsere Gäste und deren Kinder.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU darf ich Herrn Abg. Dr. Rapp ans Redepult bitten.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute das Gesetz zum Neuerlass des Gesetzes über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten und zur Änderung des Finanzgleichgesetzes.

Herr Kollege Pix hat gerade mit einem Blick in die Geschichte begonnen. Aber ich denke, auch ein Blick in die Zukunft ist wichtig.

Mit diesem Gesetz wird den Empfehlungen des Gutachtens zur Fortentwicklung des Kurorte- und Bäderwesens in Baden-Württemberg entsprochen.

Deswegen lassen Sie mich am Beginn auch ein Dankeschön sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tourismusreferat des Justizministeriums, allen voran natürlich auch an Minister Guido Wolf.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Der Geschäftsführer der Schwarzwald Tourismus GmbH hat letztes Jahr in einem Interview geäußert: „Was wir im Tourismus brauchen, sind keine Kirchtürme, was wir brauchen, sind Leuchttürme.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Norbert Beck CDU: Vollkommen richtig!)

Mit den Kurorten und den Bädern in Baden-Württemberg haben wir die Leuchttürme in unserem Tourismusland Baden-Württemberg. Prädikate wie „Kurort“, „Erholungsort“, „Heilbad“ sind untrennbar mit der touristischen Kultur in Baden-Württemberg verbunden und genießen sowohl bei den Einwohnern als auch vor allem bei den Besucherinnen und Besuchern höchsten Stellenwert.

Ich bin dem Minister der Justiz, für Europa und für den Tourismus dankbar. Denn die Neufassung des Gesetzes – das wurde im Detail schon ausgeführt – legt einen eindeutigen Schwerpunkt auf den Bereich der Qualitätssicherung, und das bei einer der Hauptsäulen des Tourismus in Baden-Württemberg, nämlich bei unseren Kur- und Erholungsorten. Diese Qualitätssicherung soll auch eine zukunftsweisende Ausrichtung der anerkannten Kommunen gewährleisten. Deswegen ist es auch wichtig, den hohen Stellenwert dieser Prädikate und die Qualität zu sichern, weiterzuentwickeln und zu stärken.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Denn klar ist auch: Die Gäste, die unsere prädikatisierten Destinationen besuchen, müssen gewahr sein, dass bestimmte Kriterien erfüllt sind, dass die Qualitätsstandards eingehalten werden und dass die Attribute, mit denen wir national wie international für Baden-Württemberg werben, auch erfüllt sind.

Das gilt natürlich nicht nur für unsere Besucher, es gilt auch für die Einwohnerinnen und Einwohner. Es gilt im Bereich der Infrastruktur, die letztendlich im Kielwasser mit unseren Angeboten, mit der hohen Qualität einhergeht, bis hinein in die Nahversorgung, aber auch bis hin zur ärztlichen Versorgung.

Die Attraktivität der Kurorte und Heilbäder bedeutet auch Attraktivität für die Einwohner und bedeutet auch Attraktivität im Hinblick auf die Arbeitsplätze, die geschaffen wurden, geschaffen werden und erhalten werden. Es handelt sich übrigens um Arbeitsplätze, die nicht nach China oder an andere Produktionsstätten verlagert werden können, sondern die eng verknüpft sind mit der Einrichtung, mit der Qualität und mit der Leistung unserer Kureinrichtungen, aber auch aller damit zusammenhängenden Einrichtungen wie der Gastronomie, der Gasthöfe, der Beherberger und weiterer Einzeldestinationen.

Meine Damen und Herren, nur wenn wir es schaffen, die Qualität auf all diesen Ebenen zu halten, zu erhöhen, dann schaffen wir, das Land Baden-Württemberg, es auch in Zukunft, Tourismusstandort Nummer 1 oder Nummer 2 – immer im Wettstreit mit Bayern – zu bleiben und auch die Attraktivität zu wahren.

Ein Baustein für diese Zukunft sind die richtigen Rahmenbedingungen. Hier wurden Maßstäbe für die Zukunft gesetzt. Die Prädikatisierung, die Qualitätsstandards, die ständige Überprüfung, die entsprechenden Vorgaben, die wir, das Land Baden-Württemberg, auch machen, entsprechen den Anforderungen sowohl der Fachbranche als auch den Anforderungen der Gäste sowie der Besucherinnen und Besucher in Baden-Württemberg. Auch das ist eine Form von Nachhaltigkeit. Auch das zeichnet den Tourismusstandort Baden-Württemberg aus.

Deswegen darf ich Sie um Unterstützung und um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf bitten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD hat das Wort Herr Abg. Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die baden-württembergischen Kur- und Erholungsorte bilden eine wichtige Säule des Tourismus im Land. Mit knapp 300 Orten, die dieses Prädikat tragen, verfügt Baden-Württemberg über mehr Kur- und Erholungsorte als jedes andere Bundesland. Und der Tourismus boomt. Im vergangenen Jahr kamen mehr Urlauber nach Baden-Württemberg als je zuvor.

Das aktuell geltende Kurortegesetz stammt noch aus dem Jahr 1972. Die Landesregierung legt nun einen Entwurf einer Neufassung dieses Gesetzes vor, welcher das Rad in Sachen Kurorte und Erholungsorte nicht neu erfindet, sondern die Struktur des Gesetzes optimiert und an die bestehende Praxis bei seiner Umsetzung anpasst. Dies ist wirklich zu begrüßen.

Eine Neuerung des Gesetzes ist die namentlich spezifische Bezeichnung entsprechend dem jeweiligen Heilmittel, also beispielsweise Mineralheilbad, Thermalheilbad oder Soleheilbad etc. statt bisher schlicht Heilbad. Diese Differenzierung macht Sinn, denn damit wird die Art des Kurorts einfach transparenter. Zentrales Element des bereits aktuell gültigen Kurortegesetzes ist die Auszeichnung einer Gemeinde mit einem Prädikat als Kur- oder Erholungsort; das wurde bereits mehrmals erwähnt. Hierdurch erhalten die Gemeinden eine Art Qualitätssiegel, das von den Gästen beachtet und geschätzt wird.

Schon das bisher geltende Gesetz beinhaltet strenge Kriterien für die Vergabe dieser Prädikate. Der vorgelegte Neuentwurf geht darüber hinaus, indem er nun auch regelmäßige Überprüfungen verbindlich vorsieht.

Nun kann es auch zu einer Aberkennung eines Prädikats kommen. Das ist sinnvoll, damit sich die Gäste auf die mit dem jeweiligen Prädikat versprochene Qualität auch verlassen können. Der dadurch beim Land entstehende jährliche Mehraufwand in Höhe von 12 500 € ist angemessen. Bei den betroffenen Gemeinden wird ein Mehraufwand nur beim Eintreten von Veränderungen durch die damit verbundene Meldepflicht entstehen. Auch dieser zusätzliche Aufwand erscheint uns auf jeden Fall überschaubar.

Vor dem Hintergrund einer zukünftig stärker alternden Bevölkerung wird die Bedeutung der Kur- und Erholungsorte für den Tourismus auch zukünftig noch weiter steigen. Die von der Landesregierung eingebrachte Neufassung des Kurortegesetzes ist stimmig und wird auch dazu beitragen, die Attraktivität unserer Kur- und Erholungsorte zu erhalten und weiter zu steigern.

(Beifall bei der AfD)

Einen kritischen Aspekt möchte ich allerdings noch erwähnen, und zwar mit einem Beispiel aus meinem Wahlkreis Hohenlohe. Das Solebad der Stadt Niedernhall hatte leider keine Förderung für eine Sanierung erhalten. Der diesbezügliche Bedarf ist massiv, vonseiten der kleinen Stadt können jedoch nicht ausreichend Mittel erbracht werden.

Mit drei Ministerbriefen bin ich Anfang 2018 dieser Angelegenheit nachgegangen. Die Gründe für das Ausbleiben einer

Förderung stellten sich als erschreckend trivial heraus. Vonseiten des Herrn Ministers Hauk hieß es damals, das Bad sei nicht ELR-förderfähig, weil es kein Freibad, sondern ein Hallenbad sei. Bereits diese Begründung scheint zumindest ungewöhnlich. Herr Minister Wolf erklärte hingegen in seiner Antwort, eine Förderung im Rahmen des Tourismusinfrastrukturprogramms könne nur Heilbädern zufallen, die sich in prädikatisierten Kommunen befänden. Dies ist in vielen Fällen eine Ungerechtigkeit. Dieser Prädikatsstatus ist eben nicht für jede Kommune erreichbar – aus verschiedenen Gründen. Eine wertvolle Heilquelle kann es dort allerdings trotzdem geben. Insbesondere wenn es sich, wie in Niedernhall, um ein gesundheitlich bedeutsames Heilbad handelt, das touristische Relevanz für Tagesausflügler hat, darf es nicht sein, dass es wegen solcher Nichtigkeiten durchs Förderraster fällt.

Daher möchte ich meine Rede mit dem Appell schließen, auch die oftmals wertvolle Kurinfrastruktur in nicht prädikatisierten Orten nicht zu vergessen und die Förderrichtlinien dementsprechend anzupassen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Wölfle das Wort.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die uns jetzt vorliegende Novellierung war notwendig, eigentlich überfällig; denn bisher haben wir ein Gesetz aus dem Jahr 1972, und dieses Gesetz hat in all den Jahrzehnten so gut wie keine Veränderungen erfahren. Mit dem stark veränderten Reiseverhalten und natürlich auch den Qualitätsansprüchen der Gäste ist es dringend notwendig, das Gesetz anzupassen.

Schaut man in den Entwurf, ist es zunächst vor allem eine sprachliche Überarbeitung: Die Texte sind moderner, sie sind kürzer und natürlich auch verständlicher. Das ist auch gut so. Wo aber ist das Neue und Innovative?

Zu begrüßen ist, dass mehr Wert auf Qualität und auf Qualitätssicherung gelegt wird. Damit trägt man in der Tat den veränderten Ansprüchen unserer Gäste Rechnung. Neu ist auch, dass es die Möglichkeit der digitalen Beantragung bei den Regierungspräsidien geben wird – aber das halte ich doch eher für eine Selbstverständlichkeit.

Der Qualitätsanspruch, so richtig und wichtig er ist, führt aber auch zu einem Mehraufwand. Es muss ja auch geprüft werden. Bei den ca. 300 Gemeinden rechnet man mit je zwölf Stunden pro Kurort und Kontrolle. Das Ministerium sieht die damit entstehenden Mehrkosten als nicht problematisch an; nach eigener Angabe werden diese durch bereits vorhandene Ressourcen im Ministerium abgedeckt werden können. Ob das gelingt, wird sich zeigen. Es ist aber anzunehmen, dass der erforderliche Mehraufwand auch bei den Gemeinden zu Kosten führen wird; zumindest sieht das der Gemeindetag so.

Ich möchte aber trotzdem an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Kur- und Erholungsorte auch ein ureigenes Interesse daran haben sollten, im Wettbewerb mit Qualität zu punkten, und dies sollte auch eigenes finanzielles Engagement rechtfertigen. Ich möchte dies gern begründen:

(Sabine Wölfle)

Rund 390 000 Menschen in Baden-Württemberg arbeiten im Tourismusbereich. Das sind weit mehr als in der Automobilindustrie; dort reden wir von ca. 220 000. Diese Zahlen zeigen deutlich, welchen wirtschaftlichen Stellenwert der Tourismus bzw. der Gesundheitstourismus hier in Baden-Württemberg tatsächlich einnehmen. Es geht also auch um Arbeitsplätze und um deren Sicherung für die Zukunft.

Rund 60 000 Arbeitsplätze sind unmittelbar an die 56 Heilbäder und Kurorte im Land gebunden. Daneben gibt es weitere Faktoren, die für jede Gemeinde relevant sind. Fast zwei Millionen Übernachtungsgäste machen ca. 55 % des Umsatzes im Gastgewerbe aus, 31 % im Einzelhandel und 12 % bei den Dienstleistungen. Das sind die Übernachtungsgäste.

Schauen wir uns nun mal die Tagesgäste an, also die Gäste, die nicht übernachten: Hier sind es 40 % Umsatz im Gastgewerbe, 25 % im Einzelhandel und 34 % bei den Dienstleistungen.

Mit anderen Worten: Habe ich einen attraktiven Kur- und Erholungsort, profitieren alle von den Übernachtungs- und den Tagesgästen; ganz abgesehen davon, dass jede Gemeinde mit Prädikat auf Basis ihrer kurtaxepflichtigen Übernachtungszahlen ja rückwirkend Zuweisungen über den sogenannten Fremdenverkehrslastenausgleich erhält.

Für den Erhalt und den Ausbau touristischer Infrastruktur können zudem auch Fördermittel über das Tourismusinfrastrukturprogramm beantragt werden. Deshalb darf und muss die Qualitätssicherung auch ein Thema der betroffenen Gemeinden sein. Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr wurde in den baden-württembergischen Heilbädern und Kurorten 2017 ein Bruttojahresumsatz – wir haben es schon gehört – von 3,5 Milliarden € erwirtschaftet, davon allein 1,8 Milliarden € im Gastgewerbe. – Hier erwähne ich das Stichwort Gaststättensterben.

Der Einzelhandel in den Kurorten, Heilbädern und Erholungsorten im Land erbrachte 2017 einen Umsatz von 790 Millionen € – Stichwort Gewerbesteuer.

Vor diesem Hintergrund ist es auch nachvollziehbar, dass die Anerkennung nicht unbegrenzt verliehen wird, sondern dass diese spätestens nach zehn Jahren erneut geprüft wird. Dies ist im Sinne des Bäder- und Tourismuslands Baden-Württemberg richtig und wichtig, und es sollte natürlich auch im Interesse der betroffenen Gemeinden liegen.

Die Änderungen im Kurortegesetz bzw. die textlichen Anpassungen lösen auch Folgeänderungen im Finanzausgleichsgesetz aus. Die Bemessungsgrundlage bleibt aber bis zur nächsten turnusgemäßen Anpassung gleich.

Ich möchte es in der ersten Lesung zunächst einmal bei dieser grundsätzlichen Betrachtung belassen. Einige kritische Anmerkungen behalte ich mir dann allerdings für die zweite Lesung bzw. für die Aussprache im zuständigen Europaausschuss vor.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die FDP/DVP spricht Herr Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt es, wenn die Landesregierung Gesetze ändert und dabei die Anforderungen dann teilweise an die Realität angepasst werden. Wenn beispielsweise für die Kategorie „Erholungsort“ das Kriterium der durchschnittlichen Mindestaufenthaltsdauer, die bislang bei fünf Tagen lag – bedauerlicherweise ist es offenbar nicht mehr so, dass Gäste fünf Tage am Stück Urlaub machen –, nun fällt und wenn weitere Kriterien überprüft werden sollen, so ist das gut.

Allerdings, Herr Minister, würde ich mich natürlich freuen, wenn man ein solches Gesetz auch als Omnibusgesetz nutzen würde, um beispielsweise bei der Frage der Ortsschilder die Regelungen so auszugestalten, dass auch auf das Schild geschrieben werden kann, was hier im Gesetz steht. Es sollte nicht so sein, dass man nur Ankündigungen macht und dies dann an irgendwelchen Ressorts – die vielleicht in einem anderen Haus sitzen – scheitert, sondern man sollte Nägel mit Köpfen machen und das Ganze auch werbewirksam voranbringen.

Das wäre sicherlich der tollen Arbeit und den tollen Erfolgen, die die baden-württembergischen Kur- und Erholungsorte haben, nicht nur adäquat, sondern es wäre auch wichtig. Denn es ist ein wichtiges Werbeinstrument. Wenn wir sehen, wie wenige Mittel wir da direkt hineingeben, sollten wir ihnen eigentlich diese Rahmenbedingungen nicht verwehren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen werden wir das Gesetz in den Beratungen wie immer konstruktiv-kritisch, aber sehr, sehr wohlwollend begleiten, Herr Minister. Wir würden uns freuen, wenn es hier noch zu einer Ergänzung käme.

So viel in der ersten Runde, sowohl was die Gesetzesberatung betrifft als auch den Debattenbeitrag der FDP/DVP.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich das Wort Herrn Kollegen Glück geben.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Schweickert hat es gerade gesagt: Wir stehen diesem Gesetz erst einmal positiv gegenüber.

Ich möchte hier die Frage stellen: Was hat der Landtag denn mit einem Kurort zu tun? Wenn man ehrlich ist, kann man guten Herzens sagen: gar nichts.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Trotzdem möchte ich an diesem letzten Tag, an dem ich Mitglied dieses Parlaments sein darf, ein paar Sätze über diesen Landtag sagen. Ich möchte mich bei meinem Kollegen Erik

(Andreas Glück)

Schweickert bedanken, der mir hierzu die Möglichkeit gibt, indem er vorher etwas schneller gesprochen hat.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich möchte nicht verhehlen: Es ist etwas traurig, das gewohnte Umfeld mit Ihnen allen zu verlassen. Aber den Aufgaben im EU-Parlament sehe ich voller Enthusiasmus und voller Freude entgegen. Ich fühle mich für diese neuen Aufgaben auch gut vorbereitet und gut gewappnet. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich Ihnen hier zu verdanken. Hier in diesem Parlament habe ich in den letzten acht Jahren das politische Handwerkszeug gelernt. In zahlreichen Reden, Diskussionen, Kontroversen, aber auch in sehr vielen Übereinstimmungen sind mir sehr viele von Ihnen hier ans Herz gewachsen.

Als Quereinsteiger in die Politik habe ich Politik immer mit einem gesunden Maß an Skepsis gesehen. Aber eines ist für mich heute völlig klar: Dieses Parlament dient den Menschen, und dieses Parlament arbeitet hervorragend.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Ganz herzlich möchte ich mich bei meiner FDP/DVP-Landtagsfraktion inklusive aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedanken. Ich möchte den Dank aussprechen an alle Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen hier im Haus.

(Zurufe der Abg. Thomas Blenke und Nicole Razavi CDU)

Ich möchte meinem Ersatzbewerber Rudi Fischer ganz herzlich danken, dass er für mich hier in die Bresche springen wird. Und ich möchte Ihnen sagen: Arbeiten Sie mit Rudi Fischer zusammen. Er ist wirklich ein ganz dufter Kerl, und er hat die Zusammenarbeit mit Ihnen hier mit Sicherheit verdient.

Ich möchte auch der Landtagsverwaltung, der Presse und allen, die zu diesem Landtag von Baden-Württemberg gehören, ganz herzlich danken.

Ich möchte Ihnen zum Schluss noch eines mit auf den Weg geben: Kommen Sie ruhig öfter einmal im Europaparlament vorbei. Besuchen Sie mich dort mit meinen Kollegen. Denn der Erfolg – –

(Abg. Winfried Mack CDU: Und andersrum! – Weitere Zurufe)

– Ja, vorgestern, Herr Minister, war es ja so weit. – Aber wirklich, kommen Sie öfter vorbei, und mischen Sie sich ein! Denn der Erfolg unseres Landes hängt auch entscheidend mit davon ab, wie gut wir Baden-Württemberger in Brüssel verankert sind.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich kann Ihnen vergewissern: Heute verlieren Sie hier keinen Kollegen, sondern Sie gewinnen einen Kollegen in Brüssel und Straßburg dazu.

(Abg. Winfried Mack CDU: Einen Freund!)

Für Sie und Ihre Arbeit wünsche ich Ihnen alles Gute, Gottes Segen, Gesundheit und vor allem immer ein glückliches Händchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo! – Abg. Thomas Blenke CDU: Schön war's, Andi!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lieber Herr Glück, vielen Dank für Ihren warmherzigen Abschied. Wir wünschen Ihnen alles Gute und viel Glück.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl Zimmermann CDU: Hat er ja!)

Man muss schon sagen: Sie hinterlassen eine Lücke. Wir werden aber Ihren Nachfolger sehr herzlich aufnehmen.

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/6450 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir jetzt am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 17. Juli 2019, um 10:00 Uhr statt.

Ich darf die Sitzung schließen.

Schluss: 12:50 Uhr